Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

3. April 1974 Jg. 2 Nr. 7 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 37 92 21 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 48 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 3.4. 1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621 / 37 91 21 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellungen durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 112 985-758 – Die Zeitung wurde am 31.3.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Höhere Agrarpreise - mehr Profit für Monopole - den kleinen Bauern bleibt nichts!

Um durchschnittlich 8,5 % sind die Richt- und Mindestpreise der Agrarerzeugnisse durch Beschluß der europäischen Landwirtschaftsminister am 23. März erhöht worden. Zweifellos werden die Lebensmittelpreise weiter steigen, aber die Bauern haben nach offiziellen Berechnungen nur Einkommenssteigerungen um 2 bis 4 %, also weniger als die Preissteigerungsrate, zu erwarten. Denn ihre Erzeugermarktpreise liegen schon über den jetzt erhöhten Mindestpreisen, die die Europäische Gemeinschaft garantiert – aber diese Erzeugerpreise, die die Bauern erhalten, sind zugleich weit unter dem, was die Verbraucher im Laden bezahlen müssen.

Im letzten Jahr sind die Lebensmittelpreise teilweise um 20 bis 50 % gestiegen, während die Bauern für viele Produkte sogar weniger bekamen; so mußten sie z. B. Kartoffeln um 8 % billiger, Schlachtvieh um 12 % billiger, Obst um 25 % billiger abgeben, während die Verbraucherpreise für Kartoffeln bis um 35 % stiegen. Für Rindfleisch erhielten die Bauern um 3,40 Mark je Kilo, während im Laden zwischen 15 und 20 Mark gezahlt werden mußte. Durchschnittlich stiegen die Lebensmittelpreise um 7 %, während die Bauerneinkommen um 3,8 % stiegen.

Den Hauptprofit aus der Arbeit der Bauern zogen die großen Konzerne der Lebensmittelverarbeitung, das Handelskapital, außerdem das Bankkapital, an das die Bauern schon an die 10 % ihrer Betriebsausgaben als Zinsen für Kredite zahlen müssen, und die großen Industriekapitalisten, die landwirtschaftliche Maschinen, Düngemittel und andere Produktionsmittel zu immer höheren Preisen an die Bauern verkaufen. Industriell erzeugte Futtermittel wurden um 27 % teuerer, Düngemittel um 20 bis 50 %, Dieselöl um 100 %, Reparaturen an Maschinen und Traktoren um 9 %, Betriebsmittel um 10,4 %.

Gegen das Monopol der Produktionsmittellieferanten sind die kleinen, vereinzelt wirtschaftenden Bauern machtlos. Von den Handels- und Verarbeitungsmonopolen (wie Nestle, Unilever, Oetker, Coop, Edeka) werden sie regelrecht ausgebeutet durch sinkende Abnehmerpreise, die die Monopole nicht hindern, ständig die Verbraucherpreise zu erhöhen. Nur die Großbauern, die selbst Landarbeiter als Lohnabhängige ausbeuten, als Großlieferanten Rabatte erhalten und sich teuere Inverstitionen leisten können, ziehen selbst Profit aus der Landwirtschaft. Sie sind es auch, die den Bauernverband beherrschen und die bäuerlichen Markt-Genossenschaften. Ihren Interessen entspricht auch der Plan der Bundesregierung, die Zahl der Vollerwerbsbetriebe auf 250 000 zu reduzieren. Nur diese erhalten noch staatliche Fördermittel, während die übrigen 750 000 Kleinbauern zur Aufgabe gezwungen werden sollen. Das Industriekapital braucht sie als billige Hilfsarbeiter. Über 100 000 verlassen jährlich die Landwirtschaft, die bleibenden Kleinbauern verdienen um 65 % eines Industriearbeiterlohnes, arbeiten 12 Stunden auf dem Hof und vielfach noch nebenher in der Industrie, um sich über Wasser zu halten.

Im Kapitalismus gibt es keine Rettung für die Masse der Kleinbauern. Schon 43 % der Bauern sind auf Zu- und Nebenerwerb angewiesen. Im Kapitalismus geht der Großbetrieb über ihren Kleinbetrieb "wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre" sagte Friedrich Engels schon vor 100 Jahren.

Die kleinen Bauern und die Landarbeiter müssen sich zusammenschließen, um an der Seite der Arbeiterklasse gegen die kapitalistischen Ausbeuter und für den Sozialismus zu kämpfen. Dann wird es möglich sein, die Landwirtschaft im Interesse der landwirtschaftlichen Produzenten und des ganzen Volkes aufzubauen.

Redaktion und Genossen aus Göttingen, Mannheim und Heidelberg.



Vor dem Bremer DGB-Haus protestieren Metaller gegen den Abschluß

Nach dem Streik stimmten die Bremer Metaller in der Urabstimmung mit 56 % gegen das Lohnabbauergebnis. Dafür hatten sie nicht gestreikt. Nur 32 % stimmten dafür. Gegen die IG-Metall-Fürsten Loderer, von Steeg und Weinkauf forderten viele den Gewerkschaftsausschluß. **Siehe Seite 4 und 5.**

Bundestag beschließt jetzt drastische Diätenerhöhung

Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat nun einmütig die ersten der geplanten Erhöhungen der Abgeordnetendiäten und Abgeordneten-Pauschalbezüge beschlossen (siehe KVZ Nr. 2 und 3). Die monatlichen Diäten und Pauschalen werden um ca. 20 %, um 1 280 DM, von 6 370 DM auf 7 650 DM monatlich netto, steuerfrei, erhöht. Später sollen die Diäten nochmal erhöht werden, sobald beschlossen ist, daß die Abgeordneten Steuern zahlen müssen. Diese Erhöhung wird dann mindestens so viel betragen, wie die dann zu zahlenden Steuern ausmachen.

Außerdem wurden die Zuwendungen an die Bundestagsfraktionen um 3,7 Millionen auf 26 Millionen Mark erhöht. Das alles, obwohl Abgeordnete kostenlos vom Bundeshaus aus telefonieren können, kostenlos mit der Bahn fahren, bei Dienstreisen kostenlos mit dem Flugzeug fliegen und noch von den Parteien für die "Wahlkreisarbeit" Geld bekommen, das ebenfalls aus Steuergeldern kommt. Denn die Parteien erhalten **Wahlkampfgelder, die ebenfalls erhöht werden von bisher 2,50 DM pro Wähler auf 3,50 DM pro Wähler. Die Wahlkampfgelder wurden damit um 40 Millionen DM auf insgesamt 140 Millionen DM erhöht.**

So einmütig wie diese Volksbetrüger gegen die Lohnforderungen der ÖTV- und Metall-Kollegen auftraten, so einmütig beschließen sie jetzt für sich einen zusätzlichen Betrag, den viele Arbeiter nicht einmal monatlich zum Leben haben. Damit nicht genug, wollen sie beschließen, daß **die parlamentarischen Staatssekretäre ebenso wie Minister schon nach 21-monatiger Dienstzeit pensionsberechtigt sein sollen.** Der beschleunigte Verschleiß der Regierungen soll zu einem flotten Geschäft nicht nur für Minister, sondern auch für Staatssekretäre werden.

– bb –

Die kommunistische Presse läßt sich nicht unterdrücken

Die Übergriffe der Staatsorgane gegen die kommunistische Presse nehmen in letzter Zeit zu. Aber wir lassen uns nicht einschüchtern und verkaufen weiter offen die Kommunistische Volkszeitung, wie die folgenden Berichte zeigen **(siehe auch Seite 7).**

Helmstedt. In den letzten Wochen greift die Nachrichtenpolizei (NAPO) zusammen mit der örtlichen "Schutz"-Polizei zu immer rigoroseren Mitteln, um den Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung bzw. das Verteilen von Flugblättern zu verhindern: Beschlagnahmung von Zeitungen, Gebührenerhebung für Informationsstände (10 bis 15 DM), Flugblattverteilungen wurden anmeldepflichtig gemacht, KVZ-Verkäufer werden vorübergehend festgenommen, um deren Personalien festzuhalten.

Um weiteren Druck auf die Verkäufer auszuüben, suchte die Polizei einen jungen Arbeiter im Betrieb auf und übergab ihm in Anwesenheit des Betriebsleiters die beschlagnahmten Zeitungen zurück. Einem anderen Kollegen, der z. Z. seinen Wehrdienst ableistet, stattete die Nachrichtenpolizei in der Kaserne einen Besuch ab. Einigen jungen Kollegen, die noch bei ihren Eltern leben, werden ständig schriftliche und persönliche Anzeigendrohungen übermittelt, und zwar immer so, daß die Eltern eingeschüchtert werden.

Die Beamten des Ordnungsamtes Helmstedt, Kussin und Krause (beide SPD), behaupten, daß für den Verkauf der Zeitungen ein Reisegewerbeschein nötig sei. Wer trotzdem verkauft, der hätte mit einer Anzeige zu rechnen. Obwohl dem Ordnungsamt gegenüber versichert wurde, daß die Kommunistische Volkszeitung nicht gewinnbringend verkauft wird und somit der Verkauf nicht als Gewerbe gilt (das wissen die Herren ohnehin), droht man fortwährend mit Anzeigen.

Bis heute allerdings verweigert man den Verkäufern einen schriftlichen Bescheid über den richterlichen Beschluß, den es angeblich geben soll. Wir schließen daraus, daß es dem Ordnungsamt und der Polizei hier nur darum geht, uns einzuschüchtern. Das Gegenteil wurde jedoch erreicht:

Es hat sich ein Komitee "Kampf der politischen Unterdrückung" gebildet, welches den Kampf gegen diese Maßnahmen aufgenommen hat. Unter anderem stellt das Komitee Forderungen aus dem Programm des KBW auf: **Abschaffung aller Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen, welche die Unverletzlichkeit der Person, der Wohnung, die Meinungs- und Redefreiheit, die Presse-, Versammlungs-, Koalitions-, Streik-, Organisations- und Demonstrationsfreiheit sowie das Recht auf Freizügigkeit unterdrücken!**

H.H.A.,
OAG Helmstedt

Germersheim. Am Samstag, 23.3., verkauften wir zum ersten Mal in der Stadt die KVZ. Nachdem wir eine halbe Stunde auf der Straße verkauft hatten, kam ein Polizeiwagen, aus dem ein Polizeibeamter ausstieg, auf einen von uns dreien zustürzte und ohne Erklärung befahl, mitzukommen. Er fragte weder nach unseren Ausweisen, noch gab er Antwort auf unsere wiederholte Frage nach dem Grund dieser Aktion. Mit den Worten: "Los, einsteigen! Sie nehmen wir gleich mit!" versuchte der Polizist sofort einen von uns mit Gewalt in den Wagen zu zerren, wobei er ihn an den Haaren zog und die üblichen Polizeigriffe benutzte. Das Vorgehen der Polizei rief Empörung bei den Passanten hervor. Einige schimpften auf die Polizisten und sagten, daß wir auch das Recht auf freie Meinungsäußerung hätten. Durch das allgemeine Aufsehen, die Reaktion der Passanten und weil wir uns nicht einschüchtern ließen, wurden die Polizisten unsicher und verzichteten darauf, uns mit Gewalt mitzunehmen. Sie nahmen nur noch unsere Personalien auf, beschlagnahmten aber unsere Zeitungen, die sie uns vorher aus der Hand gerissen hatten, und hauten ab. Daraufhin holten wir neue Zeitungen und setzten unseren Verkauf fort. Nach einer Viertelstunde brachten die Polizisten die beschlagnahmten Zeitungen zurück, aus denen sie allerdings eine für sich behielten. Kleinlaut spielten sie jetzt den Vorfall herunter und teilten uns mit, daß wir weiter verkaufen dürften.

–KVZ-Leserkreis Germersheim–

Aus dem Inhalt

Nicht für die CDU, sondern gegen die SPD

DIE MÖCHTEGERNFUHRER DER CDU KÖNNEN DAS VERTRAUEN IN DEN KAPITALISMUS NICHT WIEDERHERSTELLEN

Die jüngsten Wahlerfolge der CDU gründen auf dem Vertrauensverlust der SPD und nicht darauf, daß die CDU eine Alternative darstellen könnte. Der SPD einen vor den Bug schießen, das ist die Haltung vieler Wähler, die von der SPD zur CDU wechselten. Auch bürgerliche Zeitungsschreiber, die mit der CDU sympathisieren, müssen zugeben, daß nicht wachsende Sympathie mit der CDU, sondern schwindendes Vertrauen in die SPD die Wahlerfolge der CDU begründen. "Wieder einmal feiert die CDU Siege, die sie nicht errungen hat", stand am 22. März in der Deutschen Zeitung, die der CDU näher steht als der SPD. Der objektive Grund für die Niederlagen der SPD ist die zunehmende Krise des Kapitalismus, die zwangsläufig diejenige bürgerliche Partei am meisten verschleißt, die gerade an der Regierung ist.

Genauso erging es 1967 der CDU/CSU, als die Erhard-Regierung das Handtuch werfen mußte, weil sie mit den ersten tiefergreifenden Krisenerscheinungen nicht mehr allein fertig werden konnte und die SPD in die Regierung der Großen Koalition holen mußte. Obwohl der darauf folgende wirtschaftliche Aufschwung auf dem Rücken der Lohnabhängigen sich vollzog, konnte die SPD in den Wahlen von 1969 und 1972 die Stimmen wachsender Teile der arbeitenden Bevölkerung dadurch gewinnen, daß sie mit großen Reformversprechen und ihrer Ostpolitik der Friedenssehnsucht und der Hoffnung auf eine Veränderung der Lage der Arbeitenden Ausdruck gab. Mit der neuerlichen Verschärfung der Krise des Kapitalismus und der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Lohnabhängigen erweisen sich die Reformpläne der SPD als leere Versprechungen. Und auch von der Ostpolitik bleibt nicht mehr als was ihr tieferer Grund von Anfang an war: ein Geschäft der westdeutschen Kapitalisten mit den Sozialimperialisten und den von ihnen abhängigen osteuropäischen Staaten. Auf die tatsächlichen Sorgen der Lohnabhängigen, steigende Preise, sinkende Reallöhne und wachsende Arbeitslosigkeit, kann keine bürgerliche Regierung, keine bürgerliche Partei eine Antwort zur Besserung anbieten und vor dieser Tatsache werden die Regierungsprogramme zu dem, was sie sind: Papier.

WIE SIEHT DIE SPD IHRE NIEDERLAGEN?

Bundeskanzler Brandt meint zu den Niederlagen, daß nicht die Politik der SPD schuld daran sei – vielmehr sei der Grund der, daß die SPD ihre Politik nicht überzeugend dargestellt hätte. Brandt möchte deshalb verstärkt die Möglichkeit öffentlicher Auftritte nutzen. Geübte Worte des Kanzlers sollen darüber hinwegtäuschen, daß die SPD-Regierung an der tatsächlichen Lage der arbeitenden Bevölkerung und deren Ursache, der kapitalistischen Krise, nichts ändern kann. Und wo er sich nicht mit Worten hervortun kann, möchte er wenigstens durch seine Anwesenheit im Volke glänzen. Sein erster Schritt in diese Richtung war der Besuch des Fußballspiels gegen Schottland. Er hat jedoch das Risiko gescheut, sich dort – wie sonst üblich – über Lautsprecher begrüßen zu lassen.

Als weitere Ursache für ihre Niederlage sieht die SPD die Uneinigkeit in ihren eigenen Reihen. Aber diese ist selbst nur Folge des notwendigen Versagens der SPD-Politik. Die Krise der SPD-Politik nutzen die Karrieristen in der Regierung und in der Parteispitze. Schmidt bot sich als Kanzlerersatz an, Dohnanyi wollte den Kanzler für die Innenpolitik unzuständig erklären und einen innenpolitischen Nebenkanzler einsetzen, und für die Führung der Partei wollte man Brandt ebenfalls "entlasten". In den Ortsvereinen der SPD zerfällt die Partei in Richtungskämpfen zwischen denen, die meinen, die SPD könne nur durch eine entschiedenere Reformpolitik das Vertrauen der Wähler wiedergewinnen, und denen, die meinen, die SPD würde weniger gewählt, weil die Wähler Angst vor dem Sozialismus hätten. Dieser Sozialismus der SPD ist allerdings eine üble Hetze der CDU/CSU. Denn die SPD-wählenden Lohnabhängigen müssen nicht nur feststellen, daß die SPD keine sozialistische Politik macht, sondern sie haben den Hohn der CDU dazu, die alle Krisenerscheinungen des Kapitalismus, die unter der SPD-Regierung zunahmen, wie die Preissteigerungen und die Arbeitslosigkeit, der angeblich sozialistischen Politik der SPD anlasten.

WIE SIEHT ES MIT DER SPD-REFORMPOLITIK AUS?

Die zentralen Reformpläne "Mitbestimmung und Vermögensbildung" kann die CDU/CSU nicht nur dehalb erfolgreich blockieren, weil sie die absolute Mehrheit im Bundesrat hat. Vielmehr kann die SPD diese Pläne vor allem deshalb nicht durchsetzen, weil sie in der arbeitenden Bevölkerung für diese Reformen keine breite Unterstützung finden kann. Sie kann nicht einmal den Versuch riskieren, für diese Reformen die Massen zu mobilisieren, weil die arbeitenden Massen nicht einmal ein großes Interesse an diesen Reformen zeigen. Denn es ist der Mehrheit der Lohnabhängigen mehr oder weniger deutlich bewußt, daß die Verwirklichung dieser Pläne ihnen weder "mehr Demokratie" im Betrieb noch eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage bringen. Denn selbst ihre Verwirklichung würde nur eine Seifenblase gegenüber den tatsächlichen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen bedeuten. Deshalb wird die SPD in der Auseinandersetzung mit der CDU über diese Reformpläne nicht einmal die Hoffnung der breiten Volksmassen auf Veränderung ihrer Lage ansprechen können. Gerade in den Fragen, wo die SPD am meisten von Veränderung redet, wird sie eine schwache Position gegenüber der CDU/CSU haben. Nicht aber, weil das Volk wie die CDU/CSU gegen Veränderung des Bestehenden ist, sondern weil die Volksmassen sehen, daß diese SPD-Reformpläne keine Veränderung bringen.

DIE SPD HAT DER STEUERDEMAGOGIE DER CDU NICHTS ENTGEGENZUSETZEN.

Auf den Nägeln brennt den Lohnabhängigen die Steuerfrage. Der Steuerreformplan der SPD aber ändert nichts an der wachsenden Ausplünderung der Lohnabhängigen durch den Staat. Wohl aber wird die Steuerreform im Jahr ihres Inkrafttretens einen vorübergehenden Stopp der Lohnsteuerprogression für Teile der Lohnabhänigen bringen. Damit dieser Tropfen auf den heißen Stein im Wahljahr noch in guter Erinnerung ist, hat die SPD ein fundamentales Interesse, die Steuerreform rauszuschieben. Hier hakt die CDU/CSU ein und fordert die sofortige Erhöhung der Steuerfreibeträge, ohne jedoch ein anderes Konzept als die SPD zu vertreten. Teilweise schließen sich die Gewerkschaftsführer dieser Forderung an. Aber nirgends innerhalb der bürgerlichen Parteien, auch nicht bei den Jungsozialisten, existiert die Forderung nach einer effektiven Befreiung der Lohnabhängigen von den wachsenden Steuerlasten.

Die heftigen Richtungskämpfe in der SPD gehen in allen entscheidenden Fragen an den Bedürfnissen der Lohnabhängigen vorbei. Es wird deshalb der SPD-Führung unter Willy Brandt vielleicht nicht gelingen, die SPD zu einigen, aber eine politische Richtung innerhalb der SPD, auf die die Volksmassen ihre Hoffnungen setzen könnten, wird aus diesen Richtungskämpfen auch nicht hervorgehen. Wo jedoch SPD-Mitglieder ernstzunehmende Kritik vom Arbeiterstandpunkt aus vorbringen, werden sie kaltgestellt oder ausgeschlossen. Die Ausschlußpraxis wird mit Sicherheit zunehmen.

DIE CDU-FÜHRUNG – EIN HAUFEN MÖCHTEGERN-FÜHRER

Die Politik der CDU besteht darin, die Schwäche der SPD zu nutzen. Jeder Angriff auf die SPD hat als einzigen Inhalt: Wir wollen wieder regieren; ihr zentrales Argument gegen die SPD ist daher auch die Führungsschwäche der SPD/FDP-Regierung, ohne daß jedoch auch nur erkennbar würde, worin die Führungsstärke der CDU/CSU im Vergleich zur SPD bestehen würde. Unbedingt führen möchte Franz Josef Strauß. Im Suff hat er vor einem Jahr geäußert, daß er notfalls mit dem Maschinengewehr – inzwischen will er mit der CSU als neuer Bundespartei an die Macht kommen. Bürgerliche Zeitungen schrieben, der alternde Strauß habe Torschlußpanik wie eine alternde Jungfrau. Mit den anderen Führernaturen in der CDU sieht es ähnlich aus. Die Deutsche Zeitung schreibt am 22. März, die CDU verfüge "über ein Konglomerat von einander unfreundlich gesonnenen Größen, die sich trickreich umlauern, sofern sie nicht miteinander um die Wette zaudern. Es ist ein nicht unbedeutendes Schauspiel, zu beobachten, wie eine Gruppe von Persönlichkeiten, die sich allesamt für Führernaturen halten, ihre Kraft damit vergeudet, die trägen Bewegungen des Parteiwillens zu verfolgen, um seinen unklaren Ausstülpungen voran sein zu können." Diese Typen, die sich als Vertreter des kleinen Mannes aufspielen und doch nur um die fetten Pfründe im Dienste des Kapitals buhlen, werden noch schneller von ihren Podesten purzeln, wie derzeit der regierende Kapitalistenfreund und angeknackste Volkskanzler Brandt.

CDU: FREIHEIT DES EINZELNEN – FREIHEIT DER UNTERNEHMER UND ABSICHERUNG IHRER STAATSDIENER UND HANDLANGER

Vor den Augen des Volkes versucht die CDU, sich als Hüterin des Grundgesetzes und als Verteidigerin der Freiheit des Einzelnen darzustellen. Was bedeuten diese großen Worte? Die Freiheit des Einzelnen, das ist die Freiheit des Abgeordneten, der nur seinem Gewissen, das dort schlägt, wo das Geld herkommt, verantwortlich ist, nicht aber gegenüber seinen Wählern. Die Freiheit des Einzelnen, das ist das Recht des Unternehmers, politisch unliebsame Kollegen auf die Straße zu setzen. Die Freiheit des Einzelnen, das ist z.B. die Freiheit des Streikbrechers, aber Verbot und Unterdrückung von Streiks für diejenigen, die gemeinsam für ihre Rechte und Interessen kämpfen. Die Freiheit des Einzelnen, das ist z.B. das Recht eines Lehrers, sich nicht vor einer Elternversammlung verantworten zu müssen. All dies, was die CDU mit der Freiheit des Einzelnen will, das wollen die vielen Lohnabhängigen, die sie gewählt haben, sicher nicht. Denn diese Freiheit des Einzelnen, das meint den Schutz der wenigen, die alles besitzen und die Verantwortungslosigkeit derer gegenüber den Volksmassen, die die Geschäfte der Kapitalisten in Politik und Wirtschaft, in Schule und Verwaltung wahrnehmen. Dieser Freiheit dient auch der Schutz der Verfassung, des Grundgesetzes. Die wesentliche Aufgabe der Verfassung besteht darin, das Volk von der Politik auszuschalten und nur die Politik zuzulassen, die den Schutz des kapitalistischen Privateigentums garantiert. Mit dieser nackten Wahrheit kann die CDU/CSU natürlich nur wenige gewinnen. Sie muß aber Teile der Lohnabhängigen gewinnen, weil die große Mehrheit der Bevölkerung lohnabhängig ist. Deshalb hofft sie, mit der Parole "Freiheit des Einzelnen" all diejenigen zu gewinnen, die noch glauben, im Kommunismus würde ihnen ihr mühsam erarbeitetes Häuschen weggenommen. Sie hofft diejenigen Beamten zu gewinnen, die fürchten, daß ihnen das Volk auf die Finger schaut, sie hofft diejenigen zu gewinnen, die glauben, durch persönliche Karriere sich über die Masse der Lohnabhängigen erheben zu können, kurz, sie spricht diejenigen an, die noch die Illusion haben, irgendwie allein sich im Kapitalismus noch immer besser durchschlagen und einrichten zu können. Die Verteidigung des Kapitalismus vertritt die CDU/CSU vornehmlich mit der Parole von Gesetz und Ordnung und der Forderung nach mehr Staatsgewalt. Doch darin, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung nur mit staatlicher Gewalt aufrechterhalten werden kann, steckt gerade das Eingeständnis, daß der Kapitalismus das gesellschaftliche Chaos und immer weiter um sich greifende Empörung der werktätigen Volksmassen über die kapitalistischen Verhältnisse hervorruft. Dies trifft jedoch genauso auf die Politik der SPD! Denn was sind die Reformversprechen der SPD anderes als das stillschweigende Eingeständnis, daß die kapitalistischen Verhältnisse unerträglicher werden? Während die SPD die Hoffnungen im Volk auf Veränderung der Verhältnisse anspricht und diese Hoffnungen betrügt, versucht die CDU die Angst vor Veränderung, die im Volk noch vorhanden ist, zu schüren.

Doch die jüngsten Wahlerfolge sind nicht damit zu erklären, daß dies der CDU in größerem Umfang gelungen wäre. Vielmehr fand der Protest gegen die Einseifpolitik der SPD auf der Ebene der Wahlen keinen anderen Ausweg, als der CDU die Stimme zu geben, um der SPD einen Denkzettel zu verpassen, wie sich viele Wähler der CDU ausdrückten. Die jüngsten Wahlergebnisse konnten der Entwicklung der Klassenkämpfe und der Volkskämpfe auf allen Ebenen nicht entsprechen. In allen diesen Kämpfen – im wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse, im Kampf gegen das Wohnungselend, gegen Fahrpreiserhöhungen, gegen die miserable Gesundheitsversorgung, gegen die Umweltzerstörung, gegen die Verhältnisse in der Ausbildung an Schulen und Universitäten, in den Kämpfen um die Rechte des Volkes, gegen Zwangseingemeindung, gegen die politische Entrechtung im Öffentlichen Dienst, gegen den § 218 – in all diesen Kämpfen, und es waren noch viel mehr, hat sich der Widerspruch zum kapitalistischen Staat und allen bürgerlichen Parteien ungeheuer verschärft. Es sind große Teile der werktätigen Bevölkerung, die in diesen oder jenen Kampf mit einbezogen waren – und in jeder Angelegenheit, die den betroffenen Teilen des Volkes auf den Nägeln brennt, wurde deutlich, daß das werktätige Volk nicht nur keine Unterstützung vom Staat und von den bürgerlichen Parteien erhält, sondern gegen diese seine Interessen selbst in die Hand nehmen muß. Andererseits haben sich diese vielfältigen Kämpfe noch nicht zum Sturm auf das bankrotte kapitalistische System und seinen staatlichen Gewaltapparat vereinigt und bei den Wahlen gab es keine Partei, die dem Betrug des Wahlkarussels der bürgerlichen Parlamentarier entgegentrat. Dies kann nur eine Partei, die nicht um Parlamentspfründe buhlt, sondern die Kämpfe des Volkes führt. Dies kann nur die Partei der der Arbeiterklasse sein, weil nur die Arbeiterklasse die Ausbeutung und damit den Grund der Krisen und der Unterdrückung beseitigen kann. Der Aufbau dieser Partei, der kommunistischen Partei, ist entscheidend dafür, daß die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes nicht durch das Wechselspiel der bürgerlichen Parteien immer wieder aufgefangen werden können. Mit dem Aufbau ihrer kommunistischen Partei wird die Arbeiterklasse sich für ihre revolutionären Aufgaben vereinen und die Volksmassen für den Kampf gegen Ausbeutung und Kapitalistenherrschaft gewinnen – nicht nur diejenigen, die sich von der SPD abwenden, sondern auch die meisten, die heute noch CDU wählen.

– bb –

Breite Streikbewegung in Frankreich

DAS ZIEL DER STREIKS IST EINE WIRKSAME VERBESSERUNG DES LEBENSNIVEAUS

Paris. Streiks, Demonstrationen und Fabrikbesetzungen bestimmen derzeit die Lage. Ein kurzer Überblick: Der Streik der Bankangestellten hat mit der Demonstration am 28. März einen neuen Höhepunkt erreicht. Mehrere zehntausend Menschen aus ganz Frankreich waren nach Paris gekommen, um in einer machtvollen Demonstration ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Verhandlungen waren von den Kapitalisten und der Regierung abgebrochen worden. Finanzminister Giscard d'Estaing hatte am Tag vor der Demonstration den Gewerkschaftsvertretern erklärt, sie, die Arbeitgeber, hätten an ihrem Standpunkt festgehalten; während des ersten halben Jahres nur Lohnerhöhungen zum Ausgleich der Kaufkraftverluste wegen der Inflation zuzulassen.

Der Streik der Bankangestellten trifft die Kapitalisten deshalb umso mehr, weil dadurch der Zahlungs- und Geldverkehr blockiert ist. Anfang März, als die Streikenden die französische Nationalbank besetzt hielten und damit überhaupt das finanzielle Zentrum der französischen Kapitalisten lahmlegten, wurde die Belegschaft sofort mit Polizeigewalt aus der Bank vertrieben.

In Saint-Nazaire am Atlantik haben am 27. März ebenfalls mehrere 10 000 Menschen demonstriert. Das war eine gemeinsame Demonstration der verschiedenen Belegschaften von Saint-Nazaire, die zur Zeit streiken: an der Spitze stehen die Werftarbeiter. In Le Mans im Zweigwerk von Renault treten seit dem 19. März immer wieder verschiedene Abteilungen in den Warnstreik. Am Freitag, den 22. März, haben 5 444 der über 8 000 Arbeiter und Angestellten drei Stunden lang die Arbeit niedergelegt. Sie sind aus der Fabrik herausgegangen und haben eine Demonstration vor die Präfektur des Departements Sarthe gemacht, und für den 29. März eine neue Demonstration beschlossen, die vor den Sitz der Arbeitgeber führen sollte. Die Renault-Arbeiter fordern, daß der monatliche Mindestlohn für alle auf 1 750 Francs (das sind rund 1 000 DM) festgesetzt wird. Wenn man bedenkt, daß die übrigen Metallkapitalisten dieser Region gerade etwas mehr als 1 000 Francs als monatlichen Mindestlohn angeboten haben, dann zeigt das die besondere Kampfkraft der Renault-Arbeiter.

In Lille streiken 5 000 Textilarbeiter seit mehreren Wochen. Die Kapitalisten haben jetzt 15 % mehr Lohn angeboten, wollen aber die Streiktage nicht bezahlen. Die Kollegen haben die Weiterführung des Streiks beschlossen.

Im Gebiet von Metz/Lothringen werden zahlreiche kleinere und mittlere Betriebe bestreikt. Teilweise stehen jeweils nur für die Produktion zentrale Abteilungen im Streik, teilweise sind die Betriebe besetzt. In den staatlichen Bergwerken von Metz streiken seit Wochen 110 Transportarbeiter. Davon sind 700 bis 800 Untertage-Arbeiter betroffen, die nicht arbeiten können. Es ist bisher nicht gelungen, den Streik auf das ganze Bergwerk auszudehnen.

Im Öffentlichen Dienst schließlich werden für die kommenden Wochen Streikaktionen vorbereitet, so bei der Eisenbahn und bei den Elektrizitäts- und Gaswerken. Geplant sind lokal begrenzte Aktionen.

Das gemeinsame Ziel aller dieser im wesentlichen örtlichen Streiks ist die Forderung nach einer wirksamen Verbesserung des Lebensniveaus. Als Forderung haben sich zum Teil Festbeträge in der Form der Mindestforderung durchgesetzt, zum Teil wird die automatische Angleichung der Löhne an die Preissteigerungen gefordert. Andererseits werden immer häufiger Festbeträge gefordert, beispielsweise 200 Francs für alle gleich im Monat mehr bei der Fernsehfabrik Locatel in Paris. Die Gewerkschaften haben zwar in einem generellen Abkommen zwischen der CGT-Gewerkschaft, die unter dem Einfluß der revisionistischen Kommunistischen Partei Frankreichs steht, und der CFDT, die von Reformisten beeinflußt wird, ein gemeinsames Vorgehen beschlossen. In vielen Betrieben wurden gemeinsame Komitees geführt. Dennoch treten die beiden Gewerkschaften häufig mit den unterschiedlichsten Forderungen auf.

Die französische Regierung und die Kapitalisten sind nicht bereit, die Forderungen der Arbeiter und Angestellten nach wirksamer Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erfüllen. Die Regierung hat kürzlich ein sogenanntes Stabilitätsprogramm beschlossen, wonach die Löhne teilweise eingefroren werden sollen. Sie sollen nur soviel ansteigen, wie die Preissteigerungsrate ansteigt. Diese Politik wollen sie unter allen Umständen durchsetzen, hat der Wirtschaftsminister Giscard d'Estaing am Tage vor der großen Demonstration den Gewerkschaftsvertretern noch einmal erklärt. Und Pompidou hat auf der letzten Ministerratstagung am letzten Donnerstag die Regierung darauf festgelegt, daß sie keine "zweideutigen Kompromisse" schließen werde. Doch das sind starke Worte einer bankrotten Regierung.

D.T.

KAPITALISTEN SOLLEN FÜR CHRISTLICHE STUDENTEN SPENDEN

Der Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates hat sich mit einem Appell an die Unternehmer gewandt, die Studentenorganisation der CDU, den "Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (RCDS), durch Geld- und Sachspenden zu unterstützen, da er den kommunistischen Hochschulgruppen materiell unterlegen sei. Zu diesem Zweck sollen die Kapitalisten einen "Systemveränderungs-Abwehretat" einrichten. Dieser Aufforderung werden die Kapitalisten gern nachkommen und sind es auch schon längst. Es bleibt ihnen schließlich keine andere Wahl, denn wer außer ihnen und ihrem Anhang wird heute schon für diese "soziale" Ordnung eintreten, die in der Freiheit des Kapitalisten beruht, den Arbeiter auszubeuten?

Der Aufruf der CDU an die Kapitalisten ist der Ausdruck dafür, daß die Zuhälterkosten der Bourgeoisie steigen, wenn die Unzufriedenheit im Volk wächst.

Solidaritätserklärung

VON DEN SCHÜNEMANN-KOLLEGEN UND VON SCHÜLERN

Die Kollegen der Firma Schünemann und Pörtner solidarisieren sich mit eurem Kampf um mehr Lohn. In eurem 3 wöchigen Streik und in der Demonstration am Freitag habt ihr eure große Entschlossenheit und Einheitlichkeit bewiesen. Die Geschlossenheit, mit der ihr euren Kampf geführt habt, ist für uns alle ein leuchtendes Beispiel.

Das Ergebnis der Schlichtung aber entspricht nicht eurer Kraft. Die Unternehmer haben schon am Anfang des Streiks weiche Knie bekommen. Wir wollen euch durch unsere Solidarität den Rücken stärken und euch auffordern, in der Urabstimmung mit NEIN zu stimmen. Durch eure Geschlossenheit, die ihr bisher bewiesen habt, wird es euch gelingen, den Tarifkampf erfolgreich zu Ende zu bringen. An dem Tag, an dem bei euch die Urabstimmung stattfindet, sind bei uns die ersten Tarifverhandlungen! Eure Gegner sind auch unsere Gegner – Kämpfen wir gemeinsam gegen Lohnabbau!

Der Schülerring der Schule Kornstraße solidarisiert sich mit den streikenden Bremer Metallern.

Auch unsere Eltern sind zum Teil streikende Metaller. Auch für uns ist es somit wichtig, ob unsere Eltern erfolgreich aus diesem Lohnkampf hervorgehen, denn die dauernde Preistreiberei bedroht das Lebensniveau der Arbeiter. Dieser Lohnkampf wird mit aller Schärfe geführt, daß zeigen klar die Auseinandersetzungen vor den Betrieben, z. B. mit Streikbrechern. Wir werden bald selber im Betrieb stehen und müssen daher der Wirklichkeit ins Auge sehen. Diese Wirklichkeit sieht so aus, daß durch die Preistreiberei die Lebensexistenz der Arbeiter angegriffen worden ist, was die Preissteigerung von jetzt schon 10 % zeigt.

Die Lehrlinge dürfen laut Gesetz an diesem Streik nicht teilnehmen. Das bedeutet erstens, Zwang zum Streikbruch und zweitens, Spaltung von den Kollegen. Deshalb brauchen wir das Streikrecht auch für Lehrlinge und Schüler. Die Bremer Metaller führen ihren Lohnkampf unter der gewerkschaftlichen Forderung von 18 %. Diese Lohnforderung spaltet die Arbeiter. Wir meinen, daß der Kampf um 185 DM für alle geführt werden muß, wie es auch im ÖTV-Streik war.

Weiterhin meinen wir, daß es nicht reicht, nur vor den Betrieben zu bleiben, sondern die Bremer Metaller müssen in die Stadt gehen und ihre Rechte fordern und die Bevölkerung auf breiter Ebene aufmerksam machen.

Bremer Vulkan: Nein zum Abschluss!

DIE VULKAN–KOLLEGEN LEHNEN DEN ABSCHLUSS EINSTIMMIG AB

Auch den Kollegen des Bremer Vulkan ist es nicht gelungen, die Führung des Streiks selbst in die Hand zu bekommen. Was den ganzen Streik über vorhanden war, das war eine relativ breite Bewegung gegen die sozialdemokratische Streikführung. Diese Bewegung fand ihren Niederschlag in Beschlüssen des Vertrauensleutekörpers: Von Anfang an wurde das "besondere" Schlichtungsverfahren abgelehnt; in Bremen-Nord wurde eine Demonstration beschlossen und durchgeführt, an der 5 000 Kollegen teilnahmen. Als der Schlichtungsspruch heraus war, wagte es kein Tarifkommissionsmitglied des Bremer Vulkan (zumeist SPD-Betriebsgruppenmitglieder), dem zuzustimmen. Auf der Sitzung des Vertrauensleutekörpers wurde das Ergebnis abgelehnt. Als Betriebsrats- und Tarifkommissionsmitglied Schönberger (SPD) mit folgenden Worten: "Ich hab in der Tarifkommission auch gegen das Ergebnis gestimmt, aber ich will jetzt mal sagen, weshalb unser Bezirksleiter von Steeg und Eugen Loderer für das Ergebnis eintreten" und von hinten herum versuchte, den Vertrauensleuten das Ergebnis unterzujubeln, da wurden seine Ausführungen (von wegen "das gesamte Ergebnis sehen", "nicht nur die Prozente sehen", "das gesamte Volumen ist entscheidend" usw.) laufend unterbrochen. Fünfmal setzte Schönberger an, aber jeweils nach zwei, drei Sätzen sprangen einzelne Vertrauensleute auf ihre Stühle, schrieen ihn an, er solle endlich aufhören mit dem Gesabbel, kam es zu großen Tumulten des Protestes gegen seine Ausführungen, so daß er schließlich unverrichteter Dinge Schluß machen mußte. Statt sich besabbeln zu lassen, beschlossen unsere Vertrauensleute, am Urabstimmungstag morgens eine Streikversammlung vor den Toren der Werft abzuhalten. Die IG-Metall-Ortsverwaltung versuchte zwar, diese Streikversammlung zu verhindern und verbot allen Gewerkschaftsfunktionären, dort zu sprechen, aber nützen tat das nicht. Betriebsräte und Vertrauensleute sprachen dort nun halt nur als "Kumpels".

2 500 Kollegen hatten sich auf der Wiese vorm Werfttor versammelt. Die Streikversammlung wurde, wie die Presse erschreckt feststellte, "zur größten Protestversammlung gegen die Politik der Gewerkschaftsführung, die es in Bremen je gab"

Ein Kollege drückte aus, was alle dachten: Diese Gewerkschaftsführung handelt gewerkschaftsschädigend und begeht Arbeiterverrat, deshalb muß sie aus unserer Gewerkschaft ausgeschlossen' werden! "Die IG-Metall-Führer haben mit ihrer sozialdemokratischen Politik in Bremen eine Niederlage organisiert: In anderen Tarifgebieten wurde kampflos mit 11 % abgeschlossen, in Bremen isoliert ein Streik organisiert. Kollegen, was würde mit einem General passieren, der nur eine Division in die Schlacht schickt und die anderen Truppen zurückhält? Einen solchen General würde man an die Wand stellen!" – Ein anderer Kollege stellte klar, daß die Kollegen keineswegs resigniert haben. Dieser Abschluß ist nicht ausreichend – der Kampf wird weitergehen. "Wir werden uns das Geld holen, mit oder ohne Unterstützung der Gewerkschaftsführung!" – "Die Gewerkschaft das sind wir!", stellte ein Kollege unter Beifall klar. "Die Bücher jetzt hinzuschmeißen, das wäre falsch, vielmehr müssen wir die Verräter absetzen." Ein anderer Kollege schilderte, wie er jetzt schon seit 20 Jahren seine Knochen für den Vulkan hinhält und ewig beschissen wird. "Ich habe Vertrauen in die IG-Metall-Führung gehabt, ich habe gedacht, nochmal bescheißen können sie uns nicht. Ich habe noch den Steeg im Ohr, wie er am Freitag auf der Kundgebung schreit: 18 % müssen her, dm Montag stelle ich den Antrag, Schleswig-Holstein und Hamburg einzubeziehn! Und zwei Tage später: 11 % ist ein Erfolg der Metaller!"

Die Stimmung der Kollegen war nicht nur Empörung, sondern zugleich Entschlossenheit. Dieses Ergebnis wird nicht hingenommen. Der Vulkan stimmt mit Nein! Und der Kampf wird weitergehen. (Aus der Kommunistischen Volkszeitung, Ortsbeilage Bremen Extra vom 28. März)

In den Streiklokalen legen die Kollegen Listen aus, in denen sie den Antrag auf Ausschluß von Otto von Steeg und Eugen Loderer aus der Gewerkschaft fordern. Begründung: Das Ergebnis ist arbeiterfeindlich. Mit ihrer Zustimmung dazu haben die beiden sich gewerkschaftsfeindlich verhalten. Knapp 600 Unterschriften wurden bisher schon gesammelt.

Trotz des massiven Protestes muß man sehen: Es waren nicht alle 5 000 Kollegen zusammengekommen, knapp die Hälfte war zu Hause geblieben, was Ausdruck von Resignation ist und der fehlenden gemeinsamen Beratung während des ganzen Streiks über. Daß der Kampf um mehr Lohn im selbständigen Streik weitergeführt werden muß, ist klar.

Die Sache ist nur, daß die Resignation sich doch schon so weit breit gemacht hatte, daß man den Kampf einheitlich nicht sofort weiter führen konnte. In den nächsten Wochen wird es deshalb darum gehen, die Einheit der Kollegen wieder herzustellen, um dann den Kampf um mehr Lohn im selbständigen Streik wieder aufzunehmen.

Betriebszelle Bremer Vulkan des KBW



Die Vulkan -Kollegen während der Betriebsversammlung vor dem Werkstor



Die Vulkan -Kollegen während der Betriebsversammlung vor dem Werkstor

»Banditen, Chaoten, Anarchisten«

Mit diesen Worten wurden wir von D"K"P-Mitgliedern beschimpft, als wir bei der Demonstration der streikenden Bremer Metaller am Freitag, den 22.3.74 die KVZ verkauften.

Eine DKP-Funktionärin lief etwa 5 Minuten hinter mir her und schrie immer: "Ihr hängt euch immer überall an. Haut bloß hier ab, ihr Spalter. Ihr seid ja richtige Banditen!" Die gleichen stichhaltigen Argumente hatte an anderer Stelle ein anderer DKP-ist, der meinte, wir hätten auf dieser gewerkschaftlichen Demonstration nichts zu suchen.

Sehr deutlich ließ sich auch die Taktik der DKP beobachten: ein Flugblattverteiler des KBW wurde plötzlich laut angeschrien: "Was wollt ihr hier denn! Ihr gehört hier ja gar nicht her! Ihr seid ja alles Studenten und wollt nur die Gewerkschaft spalten!" Nach dieser 'Eröffnung', der einige der Umstehenden lebhaft zustimmten, legte dieser "Kollege" erst richtig los: "Ihr Chaoten, was schreibt ihr denn in euren Flugblättern? ! Ihr beschimpft uns Gewerkschaftsmitglieder als Kapitalistenknechte! Und mich als DKP-Mitglied als Revisionisten!" Wieder äußerten einige der Umstehenden lautstark ihren Unmut über diese "Studenten".

"Man sollte denen die Flugblätter verbrennen."

Jeder Versuch des Genossen, den Lügen und Verleumdungen der sogenannten Kommunisten entgegenzutreten, wird durch ständig steigende Lautstärke niedergeschrien. "Macht, daß ihr hier wegkommt. Ihr habt hier nichts zu suchen! Das ist eine Gewerkschaftsdemonstration."

Es ist nicht das erste Mal, daß man diese Taktik erlebte. DKP-Mitglieder schreien uns an, setzen lautstarke Verdrehungen und Lügen in die Welt und lassen nicht ein einziges Mal einen anderen zu Wort kommen. Wie groß muß ihre Angst vor der Wahrheit sein!

Mir drängt sich hier der Vergleich zur Sowjetunion auf, die ja das große Vorbild der DKP ist. Auch dort wird jede freie Meinungsäußerung unterdrückt und wenn jemand öffentlich Kritik übt, wird er ins Arbeitslager gesteckt (z. B. anläßlich des Einfalls in die CSSR).

Kurze Zeit später entlarvte sich der o. a. Herr Kommunist, als er sofort auf Kollegen zustürmte, die mit einem (noch eingerollten) Transparent kamen. Diese mußten sofort ihr Transparent aufrollen, damit er sehen konnte, "ob das auch von uns ist".

Hier wurde für alle deutlich, in welch hervorragender Weise DKP-Mitglieder das Geschäft der Gewerkschaftsführung erledigen, wie diese Leute Gesinnungsschnüffelei bei den Kollegen betreiben, wie sie jede selbständige Aktion der Kollegen, ja jedes selbständige Transparent unterdrücken wollen.

»Banditen, Chaoten, Anarchisten«

Mit diesen Worten wurden wir von D"K"P-Mitgliedern beschimpft, als wir bei der Demonstration der streikenden Bremer Metaller am Freitag, den 22.3.74 die KVZ verkauften.

Eine DKP-Funktionärin lief etwa 5 Minuten hinter mir her und schrie immer: "Ihr hängt euch immer überall an. Haut bloß hier ab, ihr Spalter. Ihr seid ja richtige Banditen!" Die gleichen stichhaltigen Argumente hatte an anderer Stelle ein anderer DKP-ist, der meinte, wir hätten auf dieser gewerkschaftlichen Demonstration nichts zu suchen.

Sehr deutlich ließ sich auch die Tak-

nannten Kommunisten entgegenzutreten, wird durch ständig steigende Lautstärke niedergeschrien. "Macht, daß ihr hier wegkommt. Ihr habt hier nichts zu suchen! Das ist eine Gewerkschaftsdemonstration."

Es ist nicht das erste Mal, daß man diese Taktik erlebte. DKP-Mitglieder schreien uns an, setzen lautstarke Verdrehungen und Lügen in die Welt und lassen nicht ein einziges Mal einen anderen zu Wort kommen. Wie groß muß ihre Angst vor der Wahrheit sein!

Mir drängt sich hier der Vergleich zur Sowjetunion auf, die ja das große

BETRIEBSUNFÄLLE BEI KLÖCKNER

Einen schrecklichen Tod fand am letzten Sonnabend ein Klöckner-Kollege: Der Versuch über eine Abstichrinne zu springen mißlang und er stürzte in flüssiges Roheisen. Die Rettungsversuche anderer Kollegen waren vergeblich. Er starb wenig später im Krankenhaus. Erst vor kurzem hatten 6 weitere Kollegen heftige Verbrennungen erlitten, als beim Reinigen eines Kessels plötzlich Heißluftzufuhr wieder angestellt wurde. Gestern ereignete sich ein weiterer tödlicher Unfall: Ein Kollege wurde von einer Bramme geschleudert und stürzte 8 m tief in einen Betonkeller. Die Zahl der Betriebsunfälle auf der Hütte ist unheimlich hoch!

Natürlich soll wieder einmal der verunglückte Kollege selbst an seinem Tod Schuld sein. Er habe nicht aufgepaßt und sich nicht an die Vorschriften gehalten.

Kann man damit aber erklären, daß es immer wieder vorkommt, daß Kollegen, um Zeit zu gewinnen, den langen Umweg durch einen Sprung über die Abstichrinne abzukürzen suchen? Nein, das kann man nicht! Der Grund dafür liegt vielmehr darin, daß tagtäglich tausende von Kollegen gezwungen werden, die Sicherheitsvorschriften zu brechen, weil sie bei der sich immer mehr verschärfenden Arbeitshetze, bei der Höherschraubung der Akkorde sonst nicht hinkommen.

KÄLTESTREIK BEI KRUPP ATLAS

Am Montag streikten die Lehrlinge bei Krupp Atlas Maschinenbau, weil im Betrieb die Heizung abgestellt worden war. Sie demonstrierten nach Frühstück zum Arbeitsdirektor und forderten ihn auf, die Heizung wieder in Gang zu bringen. Sie bekamen von den Herren in ihren geheizten Direktorenbüros zu hören, "es würde nicht lohnen, für die paar Leute zu heizen, und sie sollen Heizlüfter in der Werkstatt aufstellen". Die Kollegen wußten, daß die Sache mit den Heizlüftern totaler Blödsinn war und waren nicht bereit, weiter zu frieren. Sie gingen selbst zur zuständigen Stelle und warteten da, bis etwas getan würde. Der Ausbildungsleiter kam dann auch bald an und erklärte, sie sollen wieder arbeiten, es würde schon wieder geheizt. Die Kollegen gingen alle gemeinsam los, um zu kontrollieren, ob dies auch stimmt. Und tatsächlich, es wurde wärmer! Sie beschlossen, sich mittags wieder zu treffen, um die Heizung zu kontrollieren. Das taten sie auch und die Heizung lief wieder.

Die Kollegen waren begeistert über den Erfolg ihrer Aktion. Sie haben gesehen, daß sie gemeinsam etwas erreichen können. Sie wissen, "daß die Heizungen nicht zufällig wieder laufen".

Betriebsaufbauzelle
Krupp Bremen

Nein! Dafür haben wir nicht gestreikt!

"Das ist Verhöhnung!" So war die Meinung der Mehrheit der Kollegen zum Einigungsvorschlag der besonderen Schlichtung. "Für 1 Prozent haben wir nicht 3 Wochen lang gestreikt!" sagten die BWM-Kollegen. Besonders die Frauen waren empört. Am Freitag tönt Otto von Steeg noch: "Unter 14 % schließen wir nicht ab", und nun will er uns weismachen, die 12,25 % seien ein Sieg für uns.

Nein, Herr von Steeg! Wir können rechnen! Für die Frauen der Lohngruppe 2 bedeutet das Ergebnis ca. 80 DM brutto im Monat! Und das soll ein Sieg sein!

Das ist Glatter Lohnabbau!

Um zu zeigen, daß sie alles andere als einverstanden mit dem Schlichtungsspruch sind, sammelten die Kollegen und Kolleginnen Unterschriften für eine Resolution, die den Einigungsvorschlag entschieden zurückweist und stattdessen die Fortsetzung des Kampfes unter der Parole: Mindestens 185 DM fordert. In der Resolution wird weiter gesagt, daß es notwendig ist, Hamburg und Schleswig-Holstein in den Kampf einzubeziehen, wenn der Kampf erfolgreich sein soll.

Betriebszelle BWM, Bremen

AG Weser

BESCHLUSS DER JUGENDVERTRETUNG

Wir verurteilen den Schlichtungsspruch. Die 11 % (1 % ab 1.4. und noch 1 % ab 1.7., das sind 12,2 % aufs Jahr.) für Arbeiter und Angestellte und die 70 DM für Lehrlinge bedeuten Lohnabbau! Für diesen Beschiß haben die Kollegen nicht 3 Wochen gestreikt! Die Demonstrationen in der letzten Woche haben gezeigt: Die Kollegen sind kampfbereit. Trotzdem hat die Große Tarifkommission für die Annahme der Ergebnisses gestimmt. Wir verurteilen dies aufs Schärfste! Um den Lohnkampf zu einem erfolgreichen Ende zu führen, müssen die Tarifgebiete Hamburg und Schleswig-Holstein sofort in die Streikfront einbezogen werden. Für die Urabstimmung am Mittwoch fordern wir: Teilnahme der Lehrlinge an der Urabstimmung! Ablehnung des Schlichtungsergebnisses! Ausweitung des Streiks auf ganz Norddeutschland!

Bremen, den 25.3.74
(einstimmig angenommen)

Ein Reporter fragte den IG-Metall-Tarifexperten Maier, was er von der massenhaften Ablehnung des Ergebnisses halte. Darauf Maier: *"... es gibt auch andere Stimmen, viele Stimmen, die den Abschluß anders sehen. Auch beginnt bei vielen Mitgliedern ein Umdenken, daß der Abschluß doch positiv ist."* **Über 80 % der Kollegen bei Vulkan haben das Ergebnis abgelehnt, beharrt der Reporter.** *"Keineswegs"*, **sagt Maier.** *"Die Kollegen waren nicht ausreichend informiert... technische Schwierigkeiten... Vielleicht waren die Metall-Nachrichten nicht rechtzeitig in der Hand der Kollegen... Dieser Abschluß ist nahe an 16 % heran... Ich bestreite, daß die Führung Vertrauen verloren hat. Ich glaube nicht, daß es eine Kluft gibt... Die Führung hat in der nächsten Zeit genug Gelegenheit, um den Abschluß zu erläutern"* – so das IG-Metall-Vorstandsmitglied Maier. (Interview im Bremer Rundfunk)

Lehren aus dem Bremer Streik

DIE VULKAN–KOLLEGEN ZEIGEN DIE RICHTUNG

DIE AUSGANGSLAGE: VERHÄLTNIS ARBEITERKLASSE – KAPITALISTENKLASSE

1. Der 1973 einsetzende weltweite Rückgang der kapitalistischen Konjunktur hat den Druck auf die Profitrate des Kapitals erhöht und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärft. Der BRD-Imperialismus versucht, die Schwierigkeiten seiner Konkurrenten zu einer Offensive auf dem Weltmarkt zu nutzen, um neue Warenmärkte und Kapitalanlagesphären zu erobern und das imperialistische Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu korrigieren. Voraussetzung für eine neue Exportoffensive des BRD-Kapitals ist – wie schon zur Überwindung der Krise 66/67 – die Erhöhung der Ausbeutung des Proletariats durch die Senkung des Lohns unter den Wert der Arbeitskraft (Reallohnabbau) auf der einen und Steigerung der Arbeitsintensität (Arbeitshetze) auf der anderen Seite.
Um dieses **ökonomische** Ziel zu erreichen, sind die Kapitalisten gezwungen, **politisch** alle Ansätze zur Herausbildung einer selbständigen Klassenpolitik des Proletariats im Keim zu ersticken, die Arbeiterklasse in einen Stabilitätspakt mit den Ausbeutern zu zwingen und der wachsenden Kampfkraft der Arbeiter das Kreuz zu brechen.

2. Die Lage der westdeutschen Arbeiter hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Der wachsende Druck des Kapitals auf die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen treibt die Arbeiterklasse notwendig in den Kampf zur Verteidigung ihres gegenwärtigen Lebensniveaus. Im letzten Jahr hat sich der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse um die Aufrechterhaltung des Reallohns weiter verstärkt und hat in zahlreichen von der Gewerkschaftsführung unabhängig geführten wirtschaftlichen Kämpfen auf der Ebene des Betriebs seinen Niederschlag gefunden.
Zwar ist die **Welle** der spontanen Streiks abgeebbt, der spontanen Kampfbereitschaft der Arbeiter ist jedoch nicht das Kreuz gebrochen. Die Krisentendenzen des westdeutschen Kapitalismus haben nicht dazu geführt, daß die Angst um den Arbeitsplatz den Widerstand gegen den Lohnabbau erstickt hätte. Die Bremer Metaller wollten kämpfen, das haben sie bewiesen. Die politischen Ausgangsbedingungen auf Seiten der Arbeiter für den Kampf waren jedoch nicht günstig. Die Gewerkschaften sind nach wie vor fest in der Hand der Klassenversöhnler und funktionieren als Instrument zur Durchsetzung der Stabilitätspolitik der Bourgeoisie gegenüber den Arbeitern. Die spontanen Streiks sind im wesentlichen nicht über die Schranken der Spontaneität hinausgekommen. Es ist nicht gelungen, die in ihnen entwickelten Ansätze zur Selbständigkeit der Klasse politisch und organisatorisch zu festigen und in Schritte zur Rückeroberung der Gewerkschaften für den Klassenkampf umzusetzen.
Die Tatsache, daß die elementaren Kampforganisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, von bürgerlichen Politikern beherrscht werden, stellt die entscheidende Schwäche des Proletariats im Kampf um den Lohn dar. Es ist klar, daß der Streik der Bremer Metaller nur zu einem Erfolg hätte führen können, wenn es den Kommunisten gelungen wäre, die Führung der Sozialdemokraten in diesem Kampf zu brechen und die Kampfkraft der Arbeitermassen aus den Fesseln sozialdemokratischer Tarifpolitik zu lösen.

DIE ENTWICKLUNG DER FRONTEN IM STREIK

1 DIE ARBEITER

Daß die Metallarbeiter entschlossen waren, den Kampf gegen die Kapitalisten zu führen, drückte sich schon in der überwältigenden Mehrheit des Streikvotums in der Urabstimmung aus (über 90 %). Der hartnäckige Widerstand, den die Streikposten vor den umkämpften Betrieben VFW, Siemens und Nordmende den Streikbrecherkolonnen der Kapitalisten und der Kapitulationstaktik der regionalen Streikleitung über die ganze Dauer des Streiks entgegensetzten, zeugt von der Entschlossenheit der Arbeiter, ihren Streik gegen die Angriffe der Kapitalisten zu verteidigen und ist gleichzeitig ein gutes Beispiel dafür, daß die Autorität der klassenversöhnlerischen Gewerkschaftsbürokraten schnell zerfällt, wenn diese in einer konkreten Kampfsituation gegen die Erfordernisse des Kampfes auftreten und ihnen von bewußten Arbeitern Widerstand entgegengesetzt wird.

Die Demonstrationen der 8 000 Metaller in Bremen Nord und die zentrale Demonstration der 16 000 bis 20 000 am 22.3. waren Manifestationen des Kampfwillens und der **Macht** der streikenden Arbeiter. Dies ist jedoch nur die eine Seite. Zugleich waren sie Manifestationen der **Ohnmacht** der Arbeitermassen, die sich nicht aus der Rolle von Statisten im Kapitulationskonzept der Gewerkschaftsführung befreien konnten. Es gelang den Arbeitern nicht, sich während des Streiks aus dem Schlepptau der Taktik der IGM-Führer zu lösen und ihre Selbständigkeit zu entwickeln. Dies drückte sich sowohl darin aus, daß die Orientierung auf die Mindestmarke von 185 DM nicht durchgesetzt werden konnte, als auch darin, daß die **Kampfführung** (Taktik) der Gewerkschaftsführung nicht gesprengt wurde. Der Unterweserbezirk wurde isoliert in den Kampf geschickt; die Gewerkschaft führte den Kampf um die öffentliche Meinung nicht; die Demokratie unter den Streikenden wurde von den IGM-Bürokraten sabotiert, um das Heft in der Hand zu behalten; die Streikleitung schwenkte auf die Linie der einstweiligen Verfügung ein und forderte praktisch freie Bahn für Streikbrecher usw. – neben all diesen Niederträchtigkeiten, die zum Zweck hatten, die Kraft und das Selbstbewußtsein der Streikenden erst gar nicht zur Entfaltung kommen zu lassen, war die Spaltung der streikenden Metaller in eine aktive Minderheit, die den Streik trug (maximal 3 000), und eine passive Mehrheit eine entscheidende Schwäche des Streiks, die von der Gewerkschaftsführung gefördert wurde.

Eine für die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse unbezahlbar wertvolle Erfahrung haben die streikenden Arbeiter mit der bürgerlichen Presse und den übrigen Massenmedien gemacht. Die Erkenntnis, daß die Meinungsindustrie in der Hand der Kapitalisten ist und ihnen dient, hat sprunghaft an Boden gewonnen und ihren organisierten Ausdruck in der kollektiven Abbestellung des Weserkurier und der Bremer Nachrichten gefunden, für die vor einzelnen Betrieben Listen herumgingen.



Die Bremer Metaller drücken ihre Empörung mit einer Demonstration aus.

Die Reaktion der Metaller auf das Ergebnis der 'besonderen Schlichtung' drückte noch einmal den Widerspruch zwischen hoher spontaner Kampfbereitschaft und der noch niedrigen Entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeitermassen aus, der den gesamten Verlauf des Streiks oestimmte. Spontane Empörung und Wut beherrschten die Szene. Weil sich diese Empörung jedoch nicht an einer positiven Orientierungsmarke festmachen konnte, konnte sie auch nicht zum Ausgangspunkt einer selbständigen weiterführenden **Aktion** der Arbeiter werden. Die Ablehnung des 12,5 % Abschlusses mußte hilflos bleiben ohne Vereinheitlichung auf ein positives eigenes Kampfziel. Weil zweitens die Masse der Streikenden nicht die Logik der Politik der Gewerkschaftsführung erkannt hat, mußte ihnen die Einigung auf 12,5 % nicht als Resultat einer bestimmten **politischen Linie** in den Gewerkschaften erscheinen, sondern als "Verrat" der Führer an den Mitgliedern. Als Erklärung für dieses "Umfallen" der "Bonzen" diente die durchaus realistische Erkenntnis, daß die Gewerkschaftsfürsten "bestochen" und "korrupt" sind, die jedoch nicht zum politischen Kern der Sache vordringt.
Wir müssen diesen Aufstand gegen einzelne Klassenversöhnler unbedingt unterstützen und weiter schüren (Unterschriftensammlung für Ausschluß Loderers und vom Steegs), dürfen aber keinesfalls auf der Ebene der Opposition "gegen die Bonzen" stehenbleiben, sondern müssen in diese spontane Rebellion das Bewußtsein über die **politische Linie** der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer als Grund des Verrats hineintragen und die Arbeiter für den **politischen** Kampf gegen die Reformisten und für die Eroberung der Gewerkschaften für den revolutionären Klassenkampf gewinnen.
Solange die Empörung der Arbeiter über die Kapitulationspolitik der SPD-Gewerkschaftsführer sich nur im Widerstand gegen den "Verrat" der Führer Luft schafft, bleibt sie dauernd vom Umschlagen in die Resignation und in die Kapitulation vor den scheinbar allmächtigen "Bonzen" bedroht, die auch den Kern der Konzepte der Gruppe Rote Fahne "KPD" zu einer "Revolutionären Gewerkschaftsopposition" bildet.

2. DIE KAPITALISTEN

Die Bremer Metall-Kapitalisten haben stellvertretend für ihre ganze Klasse gekämpft.

1. Einen Lohnraubabschluß durchzusetzen, der zum neuen Markierungspunkt für die weiteren Tarifverhandlungen wird, nachdem es den Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst gelungen war, mit den 170 Mark die Orientierungsdaten der Bundesregierung zu durchkreuzen.
2. Den Arbeitern eine exemplarische Niederlage zu bereiten, um den Gedanken an Streik aus den Köpfen der Lohnabhängigen zu vertreiben und ihnen den Gedanken einzuhämmern, daß sich Streik nicht lohnt. Den Arbeitern sollte ihre Ohnmacht und die Macht der Kapitalisten demonstriert werden.

Diese Ziele bestimmten die Taktik der Metall-Kapitalisten. Sie lehnten den 14 % Spruch des regulären Schlichters ab, obwohl dieser Vorschlag nur wenig über dem Angebot der Kapitalisten lag. Sie organisierten bei den Betrieben mit unterdurchschnittlichem gewerkschaftlichem Organisationsgrad und überdurchschnittlichem Angestellten-Anteil Streikbrechertruppen und versuchten, die einheitliche Kampffront der Arbeiter zu zerbrechen. Sie starteten eine großangelegte Propagandakampagne, um die öffentliche Meinung gegen den Streik aufzubringen. Sie erwirkten bei ihren Gerichten einstweilige Verfügungen gegen die IGM-Streikleitung, um diese zu zwingen, den Streikbruch zu unterstützen. Während die Gewerkschaftsführer ängstlich darauf bedacht waren, den Streik auf kleiner Flamme schmoren zu lassen, eskalierten die Kapitalisten ihre Angriffe auf die Streikfront. Sie konnten sich relativ stark und sicher fühlen, solange sie die Arbeiter unter der Kontrolle einer Gewerkschaftsführung wußten, die den offenen Kampf fürchtet wie den Tod und statt den Interessen der Arbeiter die Stabilität der kapitalistischen Profitwirtschaft im Kopf hat. Haben sie ihre Ziele erreicht?
Zweifellos haben sie einen Lohnraubabschluß durchgesetzt. Insofern hat der Streik mit einem Sieg der Kapitalisten und einer Niederlage der Arbeiter geendet. Das ist die eine Seite. Es ist ihnen jedoch nicht gelungen, den Arbeitern in diesem Kampf das Kreuz zu brechen und für absehbare Zeit Ruhe in den Betrieben zu schaffen. Die Taktik der Kapitalisten, durch einen langen Abnutzungsstreik die Kraft der Arbeiter auszuhöhlen, die Streikfront zu durchbrechen und den Metallern eine demoralisierende Niederlage beizubringen, ist nicht aufgegangen. Zwar sind die Arbeiter mit einem Abschluß in die Betriebe zurückgegangen, der nicht ihren, sondern den Interessen der Kapitalisten nützt, aber die Kapitalisten haben sich damit nur Unzufriedenheit und die Entschlossenheit in den Betrieb gebracht, sich in selbständigen betrieblichen Kämpfen das zu holen, was dieses Mal die Unternehmer noch verweigern konnten.

Ein weiterer Plan, der von den Kapitalisten gefordert und in ihren Zeitungen (Handelsblatt, FAZ, Welt) erörtert wird, ist die weitere Einschränkung der Tarifautonomie und vor allem des Streikrechts. Ist das Streikrecht bisher eh nur auf 'gewerkschaftsoffizielle' Streiks eingeengt und die Handlungsfreiheit der Gewerkschaft durch die Normen des Tarifwesens (Schlichtung!) beschnitten, so sollen jetzt zusätzliche Sperren gegen den "Mißbrauch" (sprich: Gebrauch) des Streikrechts eingebaut werden. Es wird die Übertragung eines Anti-Streik-Gesetzes erwogen, das in den USA gilt und der Regierung das Recht einräumt, Streiks "im Interesse der öffentlichen Ordnung" für 80 Tage auszusetzen, d. h. praktisch zu verbieten. Das Kernproblem, das die Kapitalisten bewegt, ist, wie die Gewerkschaften auch in Zukunft auf das kapitalistische "Allgemeinwohl" verpflichtet werden können und wie verhindert werden kann, daß sie aus "ordnungspolitisch notwendigen Integrationsinstrumenten" in Instrumente des proletarischen Klassenkampfs verwandelt werden. Die Streikverbot-Pläne der Kapitalisten erhalten umso mehr Aktualität, je weniger es den Klassenversöhnlern in den Gewerkschaften gelingt, die Arbeiter vom Kampf gegen die Kapitalisten abzuhalten.

3. DER STAAT (DIE REGIERUNG)

Die SPD-Regierungen in Bonn wie in Bremen befanden sich in einem schwierigen Dilemma. Als geschäftsführende Ausschüsse der Kapitalistenklasse müssten sie an der Durchsetzung von "stabilitätskonformen" Abschlüssen interessiert sein, die die Konkurrenzbedingungen der westdeutschen Kapitalisten verbessern und die Lasten der Krise auf die Schultern der Lohnabhängigen abwälzen. Auf der anderen Seite liefen sie Gefahr, durch eine offene Einmischung in den Tarifkampf auf Seiten der Unternehmer auch noch den Rest ihrer sowieso schwer angeschlagenen Autorität bei den Arbeitermassen zu verlieren. Die Bundesregierung hatte sich schon in der Tarifauseinandersetzung im Öffentlichen Dienst die Finger verbrannt und allen Grund, sich vor einer erneuten Blamage zu fürchten. Die Bremer SPD hat im nächsten Jahr eine Wahl zu verlieren und daher wenig Lust, den Arbeitern die Augen über den Charakter ihrer Politik zu öffnen. Also hielt sich der Staat gegenüber der Öffentlichkeit soweit wie möglich aus dem Konflikt heraus und verließ sich auf die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfraktion. Soweit der Bremer Senat überhaupt Stellung bezog, warf er sich in die Pose des 'Vermittlers', der über den Klassen schwebt. Das Zurückschrecken des Senats vor dem Einsatz des staatlichen Gewaltapparats gegen die Streikenden ist das markanteste Beispiel für die ganz auf die Wahrung des neutralen Scheins abgestellte Politik des Staates. Daß die SPD-Regierung diese Rolle einigermaßen durchhielt, verdankt sie ihren Kumpanen in der Gewerkschaftsführung, die sich streng an "Recht und Gesetz" hielten und in der "kritischen Phase" des Streiks, als die staatlichen Organe in den Kampf hineingezogen zu werden drohten, die von den Kapitalisten erwirkten einstweiligen Verfügungen gegenstandslos machten, indem sie auf ihrer Linie die Arbeiter zur Duldung des Streikbruchs aufriefen.

4. DIE POLITIK DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG

Wie die SPD-Regierungen befand sich auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung in einer schweren Zwickmühle. Einerseits auf Gedeih und Verderb auf das 'Allgemeinwohl' verpflichtet und von daher unfähig, tatsächlich einen konsequenten Kampf gegen den Reallohnabbau in der Krise zu führen, behält sie andererseits nur solange die Kontrolle über die Arbeiter, wie sie sich als deren Interessenvertretung aufspielen kann. Das Ansehen der Klassenversöhnler im Gewerkschaftsapparat ist in den letzten Jahren schwer erschüttert worden. Deutlichster Ausdruck dieser Tatsache sind die selbständigen Streiks seit 69. Diese Entwicklung zu selbständigen Kämpfen untergräbt die Stellung der reformistischen Bürokraten nicht nur gegenüber den Arbeitermassen, sondern auch gegenüber den Kapitalisten, denen sie nur solange als "Tarifpartner" gegenübertreten können, solange sie die Arbeiter im Griff haben. Darin trafen sich die Interessen der Kapitalisten mit denen der Gewerkschaftsführung: Die sich entwickelnde Selbständigkeit der Arbeiterklasse sollte eingedämmt werden.

Für die Gewerkschaftsfürsten hieß das, sich wieder als "Arbeiterführer" zu profilieren und sich zum Schein an die Spitze des Kampfes zu stellen, um ihn schließlich mit einem Abschluß in Lohnleitlinienhöhe zu beenden. Für die Gewerkschaftsführung bestand das Künststück darin, eine Niederlage der Metaller zu organisieren, ohne sich als Organisator der Niederlage zu entlarven. Von diesem Dilemma war ihre ganze Taktik bestimmt: Aufstellen einer hohen Prozentforderung (18 %), um den Bestrebungen nach einer Forderung in Mark und Pfennig für alle gleich die Spitze abzubrechen und gleichzeitig die Spaltung der Arbeiter durch einen neuerlichen Prozentabschluß zu befestigen; Isolierung des Bremer Tarifbezirks, dem die IGM-Führung während des Streiks mit 11 % Abschlüssen in den meisten anderen Bezirken in den Rücken fällt; die Kapitulationstaktik der regionalen Streikleitung gegenüber den Streikbruchversuchen der Kapitalisten; der Versuch, die Arbeiter soweit wie möglich aus der Organisierung des Streiks herauszuhalten und eine Debatte über Ziele und Bedingungen des Kampfes zu verhindern; und schließlich als krönender Abschluß die Demonstration und Kundgebung vom 22.3.

Die Demonstration war für die Gewerkschaftsführer eine Konzession an die Kraft und Entschlossenheit der Streikenden, die sie gleichzeitig zu einem Alibi für ihre eigene Kapitulation machte, um nach dem Abschluß den Arbeitern entgegentreten zu können und treuherzig zu versichern: "Mehr war nicht drin".
Noch auf der Kundgebung (Freitag, 22.3.) schlug sich O. vom Steeg, Bezirksleiter der IGM, vor die Brust und verkündete: "Wir kämpfen für 18 %!" In der Nach von Samstag auf Sonntag schloß die IGM bei 12,25 % (aufs Jahr gerechnet) ab.

5. ERGEBNISSE DES STREIKS

Wirtschaftlich endete der **Streik** für die Bremer Metaller mit einer Niederlage. Sie haben drei Wochen gestreikt, um mit einem Ergebnis abgefertigt zu werden, das nur minimal über den Abschlüssen der restlichen Tarifbezirke liegt und das nicht ausreicht, um den Reallohn zu verteidigen.
Politisch liegt die Sache anders.
Die Kapitalisten haben ihr **Ziel**, dem Kampfgeist der Arbeiter das Kreuz zu brechen und ihnen den Gedanken an den Streik auszutreiben, nicht erreicht. Sie haben sich im Gegenteil eine geballte Ladung Wut und Kampferfahrung in die Betriebe geholt, die über kurz oder lang in selbständigen betrieblichen Streiks explodieren muß. **Die Gewerkschaftsführung** hat ihr Ziel, ihre Position gegenüber den Mitgliedern zu festigen und die Entwicklung der Selbständigkeit der Arbeiterklasse in den Bahnen sozialdemokratischer Tarifpolitik versanden zu lassen, ebenfalls nicht erreicht. Im Gegenteil wurde die Urabstimmung über das von den IGM-Fürsten gutgeheißene und als "Erfolg" gepriesene Ergebnis zu einer Demonstration des Mißtrauens und des Protests der Metaller gegen die Politik der Loderer, vom Steeg und Co.
Zwar ist es den reformistischen Bürokraten gelungen, den Arbeitern in diesem Kampf ihre Taktik aufzuzwingen und einen Lohnraubabschluß durchzusetzen, jedoch nur zum Preis der Verschärfung des Widerspruchs der Mitgliedermassen zur SPD-Linie in den Gewerkschaften. Die Unterschriftensammlung für einen Ausschlußantrag gegen Loderer und O von Steeg "wegen Arbeiterverräterei und gewerkschaftsschädigendem Verhalten", die beim Bremer Vulkan binnen 2 Tagen mehr als 700 Unterschriften zusammenbrachte und die Protestversammlung von 2 000 Vulkan-Arbeitern gegen den Schlichtungsbetrug am Tag der Urabstimmung zeigen die Richtung an, in der die Lehren aus dem Streik gezogen werden müssen: Kampf gegen die SPD-Linie in den Gewerkschaften und ihre Repräsentanten mit dem Ziel, die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu machen.

R.F., W.M., J.K.
Ortsgruppe Bremen

In der Chemietarifrunde müssen die Arbeiter die Initiative behalten!

Nach den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie stehen jetzt die Chemiearbeiter in der Tarifauseinandersetzung. Zum 31. März laufen für 380 000 Arbeiter und Angestellte der chemischen Industrie in Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz die Tarifverträge aus. Das sind die drei Bezirke mit den großen drei Chemiekonzernen Bayer, Hoechst und BASF. Für weitere 200 000 Arbeiter und Angestellte in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Berlin, Niedersachsen, Westfalen und Baden-Württemberg ist es am 30. April so weit. Und die Tarife für 64 000 Kollegen in Bayern, dem Saarland und in der Kautschukindustrie Hamburgs, Hessens und Niedersachsens laufen bis zum 31. Mai.

Die Tarifrunde verläuft also zeitlich zersplittert. Die einzelnen Bezirke werden nacheinander ins Gefecht geführt, was nicht gut ist und wogegen man unbedingt auftreten muß.

Objektiv sind die Bedingungen für den Kampf der Chemiearbeiter nicht schlecht. "Die drei großen deutschen Chemiekonzerne haben im vergangenen Jahr gut verdient", weiß die "Welt" zu berichten. (27.3.74) Bei der BASF ist im Jahr 1973 der Gewinn vor Steuern um 45,6 % gestiegen, und die Anlagen sind ausgelastet (Handelsblatt, 27.3.74). Ein Streik der Chemiearbeiter muß die Kapitalisten unter diesen Bedingungen empfindlich treffen, was es den Arbeitern und Angestellten erleichtert, auch gegen die hochkonzentrierten Chemiekapitalisten zum Erfolg zu kommen.

Auch auf der subjektiven Seite, der Seite der Vorbereitung der Arbeiter für den Kampf, sah es zunächst recht gut aus. In einigen Betrieben waren von den Vertrauenskörpern einheitliche Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich aufgestellt worden. In Darmstadt gelang es sogar, eine solche Forderung in der Höhe von 250 DM monatlich auf der Ebene der Verwaltungsstelle zu beschließen. Da diese Forderung geeignet ist, eine große Einheit unter den Arbeitern im Kampf gegen die Kapitalisten zustande zu bringen und leicht überprüfbar ist für alle Arbeiter, was während der Tarifauseinandersetzung daraus wird, wäre sie ausgezeichnet geeignet, um die Arbeiter und Angestellten geschlossen in den Kampf zu führen.

Gegen sie aufgetreten sind besonders die Betriebsräte und zahlreiche Vertrauensleute der drei großen Konzerne, in denen zum Teil höhere Löhne gezahlt werden und die deshalb behaupten, ihre Leute wollten prozentuale Erhöhungen, weil die mehr brächten. Das stimmt zwar bei der von ihnen ins Spiel gebrachten Forderung von 15 % nur für die, welche mehr als 1 667 DM verdienen, was die wenigsten Kollegen sind. Aber man muß davon ausgehen, daß diese Betriebsratsfürsten in den Riesenbetrieben mehr noch als anderswo vor allem die Interessen der bestverdienenden Kollegen im Auge haben, zu denen sie aufgrund ihrer guten Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung ja meistens auch selber gehören. Mit Unterstützung der IG Chemie-Führung haben es diese Betriebsratsfürsten und die unter ihrem Einfluß stehenden Vertrauensleute in den Tarifkommissionen überall geschafft, die 250 Mark-Forderung niederzustimmen. Allerdings war der Widerstand gegen sie so stark, daß in Rheinland-Pfalz die Forderung von 15 % ergänzt worden ist durch den Zusatz, daß kein Kollege mit weniger als 190 DM herauskommen dürfe, und in Hessen mit weniger als 180 DM. In anderen Bezirken, wo schon Forderungen aufgestellt worden sind, ist es nicht gelungen, eine Mindestforderung durch die Tarifkommission beschließen zu lassen. Im Bezirk Nordrhein, wozu Bayer gehört, sind beschlossen worden: 100 DM Sockelbetrag für alle und darauf 7,5 %. Und in Westfalen 80 DM zuzüglich 10 %. Diese Forderungen mit einem Sockelbetrag und Prozenten sind die ungeeignetsten von allen. Sie erlauben es, an zwei Stellen gleichzeitig zu drehen, keiner weiß, woran er ist, was der Einheit der Arbeiter im Kampf gegen die Kapitalisten sehr schadet.

Die Lage ist also gegenwärtig so, daß die fortgeschrittenen Arbeiter ihre Forderung von 250 DM für alle in der Tarifkommission nirgends bisher haben durchsetzen können. Daß aber auch nicht überall Forderungen von den Tarifkommissionen beschlossen sind, welche die Kampffähigkeit der Chemiearbeiter geradewegs vernichten. Vielmehr werden sich unter der Mindestforderung von 180 DM in Hessen bzw. 190 DM in Rheinland-Pfalz eine große Zahl von Kollegen zusammenfassen lassen. Die meisten Arbeiter rechnen heute schon damit, daß mehr als 11 % in Wirklichkeit nicht herauskommen wird bei der Tarifrunde. Das bedeutet aber, daß alle Arbeiter, die unter 1 600 bzw. 1 700 DM verdienen, und das ist die große Maase, die mit dem Mindestbetrag besser stehen wird als mit einem Prozentabschluß. Sie alle werden sich sammeln können unter der Losung: Was auch immer herauskommt, mit weniger als 180 bzw. 190 Mark darf keiner von uns nach Hause gehen. Und wenn es irgendwo gelingt, höhere Mindestforderungen zu beschließen, so ist das natürlich ganz ausgezeichnet.

Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst hat bewiesen, wie wichtig es war, daß die Arbeiter und Angestellten dort in der Mindestforderung einen Orientierungspunkt hatten. Und die Tarifrunde in der Metallindustrie war ein Beispiel dafür, wie man den Arbeitern mitspielt, wenn sie eine solche gemeinsame Forderung, an der sie sich ausrichten und gegen Spaltungsmanöver ihre Einheit behaupten können, nicht haben. Wo die Tarifkommissionen Sockel plus Prozentbetrag beschließen, wird man auf keinen Fall darauf eingehen dürfen, und auch, wo reine Prozentforderungen aufgestellt werden, können die Arbeiter sich nicht darauf einlassen, wenn sie sich nicht völlig die Initiative aus der Hand nehmen lassen wollen.

–W.M.–

Keine Versicherung, sondern Kampforganisation!

In Südwürttemberg-Hohenzollern wurde bewußt von der Gewerkschaftsführung ein Passus in den Tarifvertrag zwischen IG-Metall und Arbeitgeberverband mit aufgenommen, in dem ausdrücklich festgehalten wird, daß der Vertrag nur für Gewerkschaftsmitglieder gilt.

Auch in Nordwürttemberg-Nordbaden machte die IG-Metall einen Vorstoß in diese Richtung, hier wurde die Stelle dann doch nicht übernommen. Praktisch ändert das gar nichts, denn auch alle bisherigen Verträge galten juristisch immer nur für die Parteien, zwischen denen der Vertrag abgeschlossen wurde. So brauchen z.B. Kapitalisten, die nicht im Arbeitgeberverband sind, sich nicht an den Tarifvertrag zu halten (allerdings müssen auch sie sich an die bestehenden Gesetze halten). Der Passus hat für die Arbeiter keine Auswirkungen, weil die Kapitalisten die Nichtgewerkschaftsmitglieder nicht benachteiligen werden.

Empörend daran ist, daß sich in der IGM Strömungen breit machen, die mit dem Argument der "Trittbrettfahrer" die Gewerkschaft zu einer Versicherung machen wollen und nicht mehr ansehen als Organisation der gesamten Arbeiterschaft. Besser täten diese Herren daran, eine aktive Lohnpolitik zu betreiben, um die Nichtmitglieder unter den Arbeitern zu überzeugen.

E.R.

STREIK GEGEN ABBAU DER TEUERUNGSZULAGE

Heidelberg. Nachdem bekannt wurde, daß bei Stotz-Kontakt und zwei anderen BBC-Werken im Raum Heidelberg die Zulage vom letzten Sommer (20 Pfennig pro Stunde) zur Hälfte gestrichen werden soll, legten ungefähr hundert Kollegen der Werkzeugmacherei, Mustermacherei und Sondermaschinenbau am 26. März nachmittags die Arbeit nieder. Sie forderten: Keine Anrechnung der Zulage auf die Tariflohnerhöhung! In einem Nebenwerk von Stotz, in Rheinhausen, wurde bereits am 25. März gestreikt für 4 Stunden. Bei BBC-Eberbach legten die Kollegen für eine Stunde die Arbeit nieder, um ihre Kampfbereitschaft zu zeigen. Am 27. März ging der Streik der Werkzeugmacher bis um 9 Uhr weiter, dann gelang es der Geschäftsleitung, ihn ohne Ergebnis abzuwürgen. Die 10 Pfennig werden jetzt auf den Tariflohn angerechnet; im Dezember sollen dann die übrigen 10 Pfennig der damaligen Zulage gestrichen werden.

R.W., Heidelberg

DIE ZWEI TARIFURLAUBSTAGE FÜR WEIHNACHTEN 1974

Braunschweig. Im Werk Bühler-Miag (Mühlenindustrie) wurden 2 Tage mehr Tarifurlaub, die als Trostpflaster bei den diesjährigen Tarifverhandlungen herausgekommen sind, sofort wieder vom tatsächlichen Jahresurlaub abgezogen. Die Kollegen dürfen nicht einen um 2 Tage längeren Erholungsurlaub machen, sondern müssen sich 2 Tage Tarifurlaub für Weihnachten 1974 aufheben.

Denn für die Regelung der Arbeitszeit zwischen Weihnachten und Neujahr wurde in trauter Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat folgende Vereinbarung getroffen: Vom 24.12.74 bis 31.12.74 ist Betriebsruhe. Von den darin enthaltenen 3 Arbeitstagen müssen 2 als Tarifurlaub genommen werden, der andere Tag muß am 23.11., einem Samstag, eingearbeitet werden. Das alles mit dem Hinweis, wir sollten doch bedenken, daß wir 2 Tage mehr Tarifurlaub bekommen hätten. Und auch der Hinweis, daß wir bei entsprechender Auftragslage dann trotzdem arbeiten müssen, fehlt nicht.

Die Kollegen waren über diese Regelung umso empörter, als der Betriebsrat und der Vertrauenskörper einfach zugestimmt haben, ohne auch nur die Kollegen nach ihrer Meinung zu fragen. Bühler-Miag Betriebsaufbauzelle der Ortsgruppe Braunschweig des KBW

TARIFABSCHLUSS IM EINZELHANDEL:

Viele Kollegen rückgestuft

Frankfurt. Im Tarifraum Frankfurt wurden zum 1. März 1974 die Einzelhandelstarife um durchschnittlich 11,5 % erhöht.

Das ist schon wenig genug bei den Preiserhöhungen, die uns getroffen haben und in diesem Jahr noch treffen werden. Dem Kapitalisten Latscha war dies aber viel zu viel. Er fand Wege, den Kollegen Teile der Tariferhöhungen wieder wegzunehmen. Durch Rückstufung von einer Gehaltsgruppe in eine tiefere wurde erreicht, daß bei einigen Kollegen die Bruttoerhöhung nur noch 10 DM im Monat betrug. Anderen Kollegen wurde mitgeteilt, daß sie vom 1. März an außertarifliche Gehälter beziehen. Dadurch verdienen sie jetzt 100 DM weniger, als wenn sie Tarifgehaltsempfänger geblieben wären.

Das sind nur die krassesten Beispiele, die sich der Kapitalist Latscha und seine Helfershelfer, die leitenden Angestellten, ausgedacht haben. Da werden sonst noch Berufsjahreseinstufungen nicht durchgeführt, werden Grundgehälter niedriger gesetzt, um Weihnachtsgelder zu sparen, da werden Unternehmen, die zu 100 % dem Kapitalisten Latscha gehören, nicht eingegliedert um erkämpfte Sozialleistungen nicht an alle weitergeben zu müssen.

Das Schlimmste ist jedoch, daß der Betriebsrat von all diesen Mißständen weiß und dennoch schweigt. Die Stimmung im Betrieb ist deshalb gedrückt. Viele fühlen sich verraten.

E.J., Frankfurt

Postler werden weiterkämpfen

SOFORT MASSNAHMEN ZUR DURCHSETZUNG DER 300 DM

Braunschweig. Am Donnerstag, den 28. März, fand die Jahreshauptversammlung der Deutschen Postgewerkschaft, Ortsverwaltung Braunschweig, statt. Anwesend waren knapp 140 ordentliche Delegierte und etwa 30 Gäste. Auf der Tagesordnung standen u.a. Wahlen des Ortsvorstandes und Beratung von Anträgen.

Bei den Anträgen gab es heftige Diskutier. Ein Bezirkspersonalratsmitglied wurde mit Buh-Rufen unterbrochen, weil er versuchte, eine aktive Vertrauensleutearbeit abzublocken. Eine Kollegin stand dagegen auf und versuchte auch den anwesenden Kollegen klarzumachen, wie wichtig es ist, die Vertrauensleutearbeit hier in Braunschweig aufzunehmen. Sie bekam großen Beifall. Fast alle Anträge, die das jetzige System bei der Deutschen Bundespost stärken und festigen sollten, wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Angenommen als wichtigste Anträge wurden u.a., daß sofort Maßnahmen zur Durchsetzung der 300 DM Urlaubsgeldforderung angegangen werden, und daß zum Beispiel auch die Friedenspflicht im neuen Personalvertretungsgesetz abgeschafft werden soll, weil der Personalrat als Interessenvertreter zur Zeit keine richtige Interessenvertretung ist. Ein Erfolg der Jahreshauptversammlung war, daß die Kollegen gesehen und erkannt haben, wie der Ortsvorstand seine arbeiterfeindliche Politik durchsetzen will, und die Kollegen dagegen angekommen sind. Bei der Ablehnung der arbeiterfeindlichen Anträge stellte sich auch heraus, wie wichtig es ist, daß alle Lohnabhängigen bei der Deutschen Bundespost, egal, ob Auszubildende, Arbeiter, Angestellte oder Beamte, nur stark sind, wenn das Beamten-Dienstrecht abgeschafft wird.

Aufbauzelle Fernmeldeamt der Ortsaufbaugruppe Braunschweig

Göttingen. Nicht ganz nach den Wünschen der Gewerkschaftsführung verlief die Jahreshauptversammlung der Deutschen Postgewerkschaft. Der Ortsvorsitzende Brandt mußte eine Protestresolution der Kollegen vom Fernmeldeamt verlesen, die den Tarifabschluß für unzureichend erklärte und insbesondere die Urlaubsgeld-Forderung bekräftigte. Brandt bemühte sich redlich, den Abschluß anzupreisen und wollte sich unvorsichtigerweise auch die Jahreshauptversammlung bestätigen lassen – natürlich nur durch ein unverbindliches Meinungsbild. Es zeigte sich aber, daß er doch etwas zu kess vorgegangen war: Die Mehrheit der Versammelten war gegen den Abschluß.

– Aufbauzelle Post, Göttingen –

SPD-Gemeinschaftsgeist

SPD-BETRIEBSRAT SETZT ENTLASSUNGEN GEGEN DREI VERTRAUENSLEUTE DURCH

Hamburg. Vor dem Arbeitsgericht Hamburg läuft derzeit der Prozeß um die Kündigung gegen drei ehemalige Vertrauensleute der Hamburger Stahlwerke (HSW), Jutta Goldbeck, Gabriel Geis und Jürgen Barthold. Die drei Kollegen hatten Anfang des Jahres in einem offenen Brief einen Beschluß des HSW-Betriebsrates kritisiert. Der Betriebsrat hatte gegen IG-Metall-Sekretär Engelmann Redeverbot auf Betriebsversammlungen ausgesprochen. Der IG-Metall-Sekretär hatte willkürliche Kündigungen, die von Geschäftsleitung und Betriebsrat gemeinsam vorgenommen wurden, auf einer Betriebsversammlung kritisiert.

Nach dem offenen Brief stellten Betriebsrat und IG-Metall-Verwaltung eine Liste von 25 Kollegen zusammen, der Vertrauensleutekörper per Vorstandsbeschluß unter Umgehung der Mitgliederversammlung als Vertrauensleute bestätigte. Die Liste enthielt in der Mehrheit Meister und Vorarbeiter. Der neue Vertrauensleutekörper stellte Antrag auf Gewerkschaftsausschluß gegen die Mitglieder der alten Vertrauensleutekörper-Leitung. Der Betriebsrat forderte ihre Entlassung! Der offene Brief habe den Betriebsfrieden gestört. Die IG Metall verweigerte prompt den Rechtsschutz für die drei Entlassenen.

Am 21. März war die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht.

Der SPD-Betriebsrat Venohr betonte, die Kollegen hätten "unqualifizierte Angriffe gegen Betriebsrat und Geschäftsleitung gerichtet, mit der wir als Betriebsrat doch zusammenarbeiten wollen." Kritik am Betriebsrat durch IG-Metall-Vertrauensleute wurde von Geschäftsleitung und Betriebsrat gemeinsam abgewürgt. Der HSW-Anwalt: "Wir können doch nicht spalten zwischen Geschäftsleitung und IG Metall, wir müssen doch zusammenarbeiten. Gerade in einem jungen Werk, wo noch kein solcher Gemeinschaftsgeist herrscht wie etwa bei Blohm & Voss, sind wir doch auf die Zusammenarbeit von Betriebsrat und Geschäftsleitung angewiesen."

Auf die Feststellung, daß die Liste mit den 25 neuen Vertrauensleuten überwiegend aus Vorarbeitern und Meistern bestand, befand Betriebsrat Venohr: "Das sind alles einfache Arbeiter!" Und: "Was ist denn schon ein Kolonnenführer, ein stellvertretender Meister?" Noch offener war Betriebsrat Perlbach: Ob nun Meister oder nicht Meister, das sei doch egal. "Das ist doch wie in einem Sportverein, wer sich da für die Ziele des Vereins einsetzt, der kann Vorsitzender werden, ob er nun einfacher Arbeiter ist oder Generaldirektor."

Mit schamloser Heuchelei beteuerten die beiden Betriebsräte, die die Kündigung der drei Kollegen erst angeregt hatten, sie hätten doch alles getan, um die Kündigung zu vermeiden: "Wir haben den Kollegen doch Gehör gewährt. Wir haben die Kollegen doch gesagt: So geht es nicht. Man kann doch nicht mit einem offenen Brief durch's Werk laufen – und das auch noch während der Arbeitszeit und hinter dem Rücken des Betriebsrats!" Die Geschäftsleitung zog mit. Ihr Prokurist Käppeler: "Wir mußten der Sache ja nachgehen, denn so etwas schafft Unruhe im Betrieb." Der HSW-Anwalt: "Gerade jetzt, im Tarifkampf, wird hart gekämpft. Bei Gewerkschaft, Betriebsrat und Geschäftsleitung tut man seine Pflicht, aber mit solchen Maßnahmen (gemeint ist der offene Brief) geht das eben nicht – das ist es, was ich "wild" nenne, und das verstößt gegen den Sinn der Friedenspflicht."

Der Prozeß wird fortgesetzt.

A.R. / Red.

HBV-Führung will Jugendarbeit liquidieren

Bad Kreuznach. Ich bin Mitglied der HBV und arbeite aktiv in der Bad Kreuznacher Jugendgruppe mit. Ich will einen kurzen Bericht über den Verlauf einer Konferenz von Jugendvertretern und Jugendvertrauensleuten vor ca. 3 Wochen in Alzey geben, an der ich zum ersten Mal teilnahm, um darzustellen, wie sich die Vorstände der Gewerkschaften uns gegenüber verhalten haben. Es ging auf der Konferenz um die Wahl eines neuen Vorsitzenden.

Dem Bezirksvorsitzenden der HBV ging es darum, unseren bisherigen Jugendgruppen-Vorsitzenden als gewerkschaftsfeindlich darzustellen. Die Jugendgruppe hatte nämlich im Februar eine China-Veranstaltung durchgeführt, die großen Erfolg hatte. 70 Kollegen beteiligten sich. Dem Bezirksvorsitzenden paßte es aber nicht, daß wir über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in einem sozialistischen Land diskutierten. Deshalb soll neben verschiedenen anderen Kollegen der Jugendgruppen-Vorsitzende aus der Gewerkschaft fliegen. Nach dem Willen des Bezirksvorsitzenden sollte er jetzt erst einmal abgewählt werden. Der Bezirksvorsitzende erklärte also:

Ihr solltet nun Euren Vorsitzenden wählen. Bedenkt, wenn Ihr den Sprecher der Bad Kreuznacher HBV-Gruppe wählt, macht Ihr einen großen Fehler. Er wird nach den Worten des HBV-Landesleiters J.Fürbeth kein Mandat erhalten, es wird ihm verweigert.

Ein Kollege meldete sich zu Wort und sagte, daß beim eventuellen Ausschluß des Kollegen bestimmt 100 Kollegen aus der Gewerkschaft austreten würden, aus Solidarität. Das würde bedeuten, daß die Jugendarbeit in Bad Kreuznach kaputt ist.

Darauf das Vorstandsmitglied: Das täte uns zwar leid, aber das müßten wir dann halt in Kauf nehmen. Fast alle Kollegen verliehen ihrer Empörung Ausdruck über diese angedrohten Maßnahmen. Obwohl der Sprecher des Bezirksvorstandes noch mehrmals vor einer Wahl des Kollegen warnte ("Ihr schneidet Euch ins eigene Fleisch!") wurde der Kollege mit 14 von 16 Stimmen gewählt.

Es wurde mit überwältigender Mehrheit eine Resolution verabschiedet, worin diese Machenschaften entschieden zurückgewiesen werden. Wir dürfen uns von dieser Sorte von Vertretern nicht irre machen lassen, wir müssen unsere eigenen Interessen zur Richtschnur unseres Handelns machen. Dann werden wir gewiß den Sieg davontragen.

–ein Mitglied der HBV-Jugendgruppe Bad Kreuznach–

Kein Arbeitslosengeld

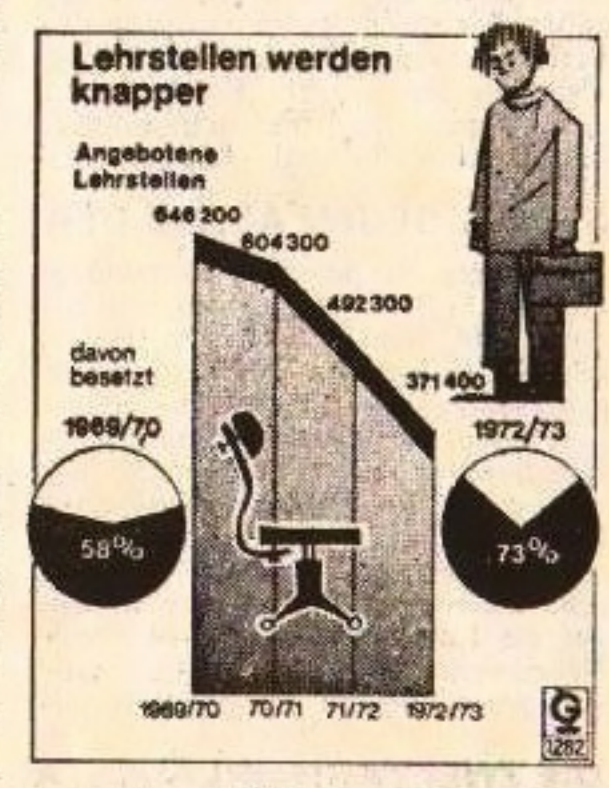
... WENN GESTREIKT WURDE SONDERN FÜRSORGE

Der "Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit" hat am 22. März vergangenen Jahres eine Anordnung herausgegeben, die besagt, daß Arbeiter kein Arbeitslosengeld bekommen, wenn in dem Betrieb, in dem sie zuletzt beschäftigt waren, gestreikt wird.

Auch Arbeiter im bestreikten Betrieb selber bekommen dieser Anordnung zu Folge kein Arbeitslosengeld, sondern Fürsorge, die man zurückzahlen muß. Auch in einem Fall, in dem jemand nicht arbeiten kann, weil in einem anderen Betrieb gestreikt wird, z. B. einem Zweigbetrieb, wird keine Unterstützung gezahlt. Dies gilt auch, wenn der Betrieb in einem anderen Tarifgebiet liegt.

In der Anordnung steht unter § 4:
Der Anspruch des nichtbeteiligten Arbeitnehmers (§ 1) auf Arbeitslosengeld ruht nach § 116 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 AFG, wenn der Arbeitnehmer seine Beschäftigung in einem Betrieb verloren hat, weil in einem anderen Betrieb ein Arbeitskampf geführt wird, sofern
1. dieser Arbeitskampf auf die Änderung von Arbeitsbedingungen eines Tarifvertrags gerichtet ist und der Betrieb, in dem der Arbeitslose zuletzt beschäftigt war, zwar nicht dem räumlichen, aber dem fachlichen Geltungsbereich des in Frage kommenden Tarifvertrages zuzuordnen ist und
2. die Gewerkschaften für den Tarifvertragsbereich des arbeitslosen nichtbeteiligten Arbeitnehmers nach Art und Umfang gleiche Forderungen wie für die am Arbeitskampf beteiligten Arbeitnehmer erhoben haben und mit dem Arbeitskampf nach Art und Umfang gleiche Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden sollen.

Dieses Gesetz ist geschaffen, um die Arbeiterklasse vom Kampf um den notwendigen Lohn abzuhalten und auch, um sie weiter zu spalten. Es zeigt deutlich, auf welcher Seite die Bundesanstalt für Arbeit steht. Der KBW fordert deshalb in seinem Programm: **"Umwandlung der Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen, die ausschließlich von den Lohnabhängigen selbst verwaltet und aus dem Versicherungsfonds unterhalten werden."**
Wir werden solche Anordnungen und Gesetze nur wegbekommen, wenn wir trotz solcher Bestimmungen und jetzt erst recht im Lohnkampf eine breite Solidarität organisieren. Man schafft Ungerechtigkeiten nicht dadurch aus der Welt, daß man ihnen ständig nachgibt und sich damit einrichtet, wie es die IG-Metall in dieser Tarifrunde wieder getan hat. Sie hält sich krampfhaft an solchen Gesetzen fest und mach nicht einmal mehr den Versuch, sich auf die Solidarität der Arbeiterklasse zu stützen.
Gesetzesänderungen durch den bürgerlichen Staat zum Vorteil der Arbeiterklasse hat es immer nur gegeben, wenn die Arbeiterklasse dafür gekämpft hat.



Industrie und Handwerk haben drastisch ihr Angebot an Lehrstellen vermindert. In Baden-Württemberg gibt es dieses Jahr für 88 000 Schulabgänger nur etwa 40 000 Ausbildungsplätze. In Rheinland-Pfalz erwartet der DGB, daß 19 000 Hauptschüler keinen Lehrlingsplatz bekommen werden. Außerdem drohen besonders Teile des Handwerks und des Einzelhandels, die Lehrlingsausbildung zu boykottieren. Das ist die Begleitmusik für die Reform der Berufsausbildung, von der jetzt gerade die bürgerlichen Parteien und besonders die SPD/FDP-Regierung so viel reden. Um die Arbeiterjugend wenigstens einigermaßen vor den Folgen der Krise zu schützen, muß die Forderung nach einem Arbeitslosengeld aufgestellt werden, das so hoch ist, daß die Arbeiterjugendlichen nicht mehr ihren Eltern auf der Tasche liegen. Wir werden in der nächsten Ausgabe der KVZ zur Frage der Berufsausbildung Stellung nehmen.

Die Forderungen der Strebel-Kollegen

NACH DEM KONKURS: WEITERARBEIT MIT 600 MANN GEPLANT

Mannheim. Das Kesselwerk Strebel, das am 8. Februar in Konkurs ging, soll jetzt mit 500 bis 600 Beschäftigten wieder aufmachen. Merkwürdig ist das schon: Erst macht die Firma pleite, 2 400 Kollegen fliegen mit einem Schlag auf die Straße, kein Pfennig soll da sein, um die ausstehenden Lohnforderungen und Pensionszuschüsse zu zahlen und sechs Wochen später soll der Laden wieder anlaufen.

Noch merkwürdiger: in der neuen Geschäftsleitung hocken drei Prokuristen aus dem alten Werk mit je 3 000 Mark Kapitalanlage und für den Vorsitz der technischen Leitung bewirbt sich der bekannteste Lump aus der alten Geschäftsleitung. Was steckt dahinter?
Das Strebelwerk war von den veralteten Anlagen her ein ziemlicher Schrottladen. Aber Aufträge gab es massenhaft, und die Konkurrenz war auch nicht allzu groß. Also mußte man das Werk rationalisieren. Und da war die billigste Methode die Pleite. Das geht so: die Löhne werden nicht weiter ausbezahlt, die Pensionskasse wird geplündert, dann wird die Produktion in einigen Abteilungen mit rationellen Anlagen wieder angefangen, und nur noch ein Bruchteil der Kollegen wiedereingestellt.
Diese Pleitemanöver haben zu größter Empörung bei den entlassenen Kollegen geführt, von denen noch immer über die Hälfte ohne Arbeit ist.
Um den Kampf der Strebel-Kollegen zu unterstützen, führte die Ortsgruppe Mannheim des KBW in Bürstadt, wo ein großer Teil der Kollegen wohnt, an mehreren Tagen Informationsstände in der Stadt und eine Diskussionsveranstaltung zur Strebel-Pleite durch. Bei der Versammlung wurde vor allem darüber heftig diskutiert, was in dieser Situation am besten zu machen ist. Der Zorn der anwesenden Kollegen richtete sich nicht nur gegen die Manöver der Strebel-Kapitalisten. Er richtete sich auch gegen die "Strohpeter", den in Bürstadt wohnenden Betriebsratsvorsitzenden Kirsch (der sich vor der Versammlung drückte) und gegen die Vertreter der IG-Metall. Denn die haben allen Manövern tatenlos zugeguckt und die Kollegen noch nicht mal über den Verbleib der Kassengelder unterrichtet.

"1971, da hat die Pensionskasse noch 17 Millionen Mark gehabt. 1972 waren nur noch 11 Millionen da. Das hat der Kirsch selber gesagt. Und heut, heut ist überhaupt nichts mehr drin. Wo ist denn das Geld geblieben? – Und mit der Unterstützungskasse? Da ist noch was drin, wird gesagt. 324 000 Mark sollen da sein. Und was wird mit dem Geld gemacht? Nichts! Der Betriebsrat sitzt auf dem Geld. Sich selbst haben sie Darlehen davon gegeben. Deswegen wird nichts ausgezahlt. Gesagt haben sie jetzt, daß das Geld in das neue Strebelwerk kommen soll, zur "Unterstützung". Aber wem sein Geld ist denn das? ! Die Arbeiter, die in der Fabrik geschafft haben, die das Geld reingebracht haben, die sind es, die darüber zu bestimmen haben, was mit dem Geld aus den Kassen gemacht wird, und niemand anders!" sagte ein Kollege.
Alle anwesenden Kollegen waren sich darin einig, daß vom Betriebsrat die sofortige Rechnungslegung über die Pensions-, Unterstützungs- und Sterbekasse gefordert werden muß. Des weiteren, daß der Vertreter der IG-Metall im Gläubigerausschuss die Belegschaft endlich über den Stand der Verhandlungen unterrichten muß.
Wir werden den Kampf der Strebel-Kollegen gegen die Folgen der Pleite-Manöver auch weiterhin nach Kräften unterstützen.
Wiedereinstellung aller Strebel-Kollegen!
Volle Auszahlung aller Löhne und Gehälter!
Einhaltung der betrieblichen Pensionszusagen, notfalls mit Staatszuschuß! U.K.

Schacher um die Metzeler-Kollegen

BANKEN VERWEIGERN KREDITE/ BAYER WILL DIE METZELER AG AUFKAUFEN

"Einer der größten Krache in der deutschen Wirtschaftsgeschichte", "Kaus kämpft mit dem Rücken zur Wand", "Kaus fühlt sich von Bayer unter Druck gesetzt".
So lauteten die Schlagzeilen in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen. Die Nachricht, Kaus (Mehrheitsaktionär der Metzeler AG) habe sich mit Bayer überworfen, hat Unruhe im ganzen Betrieb geschaffen. Viele Kollegen fragen sich, was mit ihnen wird.

Um diese Frage zu klären, muß man die Hintergründe des Kraches zwischen Metzeler und Bayer untersuchen.
Bayer, der riesige Chemiekonzern, hat nach und nach 40 % der Aktien der Metzeler AG (Holding) übernommen, mit der Absicht, die Mehrheit zu übernehmen. Damit hätte Bayer den größten Teil des Marktes von Schaumstoff und Kunststoff an sich gerissen. Außerdem wäre Bayer seinem Ziel, einer Vereinigung aller deutschen Reifenhersteller, einen großen Schritt näher gekommen. Bayer ist heute schon stark an Conti und Phönix beteiligt.
Kaus befindet sich in einer finanziell schwierigen Lage, die er alleine nicht mehr meistern kann. Und diese Lage nutzt Bayer aus, um billig zu neuen Pfründen zu kommen.
Kaus möchte nach den Meldungen beim Verkauf einen Kurs zwischen 200 und 270, Bayer will aber nur einen Kurs von 150 bezahlen. Bayer und Kaus streiten sich um die Millionen.
Die Arbeiter und Angestellten werden über all dies nicht informiert, sie sollen als lebendes Inventar von einer Hand in die andere übergehen. Aber sie sind die wirklich Betroffenen! Für sie geht es um die Frage: 'Kriegen wir unsere Löhne und Gehälter auch im nächsten Monat?'

Löhne und Gehälter werden bei Metzeler meistens auf Kredit von der Bank genommen. Bayer ist eng mit den großen deutschen Banken verbunden. Und mit der Macht solcher wirtschaftlicher Verflechtungen kann Bayer Kaus Kredite zu sperren versuchen und wird es wahrscheinlich auch machen, um Kaus von seinem Preis runterzuholen.
Dieser Vorgang ist im Kapitalismus nichts Außergewöhnliches. Die großen Konzerne und Monopole bestimmen, und selbst Betriebe wie die Metzeler AG mit rund 24 000 Beschäftigten und einem Umsatz von ca. 1,6 Milliarden DM im Jahre 1972 werden von den Monopolen geschluckt.
Dieser Schacher zwischen zwei kapitalistischen Konkurrenten ist eine ernste Bedrohung für die Arbeiter und Angestellten von Metzeler. Den Arbeitern und Angestellten bei Metzeler ist es gleich, daß sich Kaus und Bayer mit allen Tricks und Mitteln übers Ohr zu hauen versuchen.
Mehrere Kollegen schlugen spontan eine Betriebsversammlung vor. Wir griffen diesen Vorschlag auf und machten ihn allen Kollegen bei Metzeler bekannt. "Wir fordern Gewißheit über unsere Löhne und eine Betriebsversammlung, auf der wir verbindliche Zusagen bekommen."
–Betriebsaufbauzelle Metzeler, München–

ERST ÜBERSTUNDEN

Jetzt Kurzarbeit bei VW

Wolfsburg. In der Volkswagen AG wird vom 22.4. bis 4.5.74 kurzgearbeitet. Betroffen von dieser Kurzarbeit sind hauptsächlich die Werke Emden und

ist heute schon stark an Conti und Phönix beteiligt.
Kaus befindet sich in einer finanziell schwierigen Lage, die er alleine nicht mehr meistern kann. Und diese Lage nutzt Bayer aus, um billig zu neuen Pfründen zu kommen.
Löhne und Gehälter werden bei Metzeler meistens auf Kredit von der Bank genommen. Bayer ist eng mit den großen deutschen Banken verbunden. Und mit der Macht solcher wirtschaftlicher Verflechtungen kann Bayer Kaus Kredite zu sperren versu-
griffen diesen Vorschlag auf und machten ihn allen Kollegen bei Metzeler bekannt. "Wir fordern Gewißheit über unsere Löhne und eine Betriebsversammlung, auf der wir verbindliche Zusagen bekommen."
–Betriebsaufbauzelle Metzeler, München–

ERST ÜBERSTUNDEN

Jetzt Kurzarbeit bei VW

Wolfsburg. In der Volkswagen AG wird vom 22.4. bis 4.5.74 kurzgearbeitet. Betroffen von dieser Kurzarbeit sind hauptsächlich die Werke Emden und
Wolfsburg, und hier wiederum nur die Kollegen, die in der Käferproduktion arbeiten. Daß es im VW-Werk Kurzarbeit gibt, ließen die VW-Kapitalisten bereits am 22.2.74 inoffiziell verlauten; genau an dem Tag, als die Tarifverhandlungen im VW-Werk von der Großen Tarifkommission der IGM für gescheitert erklärt worden sind. Die Kollegen waren ungeheuer empört, zumal die VW-Kapitalisten eine Woche vorher vom Betriebsrat die Zustimmung für 2 000 Neueinstellungen verlangt hatten. Die Kollegen sagten, die Kapitalisten wollen uns nur von unseren berechtigten Forderungen abbringen und verlangten vom Betriebsrat, daß er die Kurzarbeit ablehnen soll.

Mittlerweile sind die Tarifverhandlungen abgeschlossen. Als letzte Woche im Werk Wolfsburg die Aushänge mit dem endgültigen Kurzarbeitstermin herauskam, war bei den betroffenen Kollegen die erste Reaktion: "Zwei Wochen raus aus der Tretmühle, zwei Wochen Luft holen können, dafür nehme ich die 150 Mark weniger Lohn in Kauf."
Die Reaktion ist nicht verwunderlich. Bereits seit Wochen ist klar, daß die Käferproduktion vollständig nach Emden verlagert werden soll und der Käfer in absehbarer Zeit nur noch für den Export gebaut werden soll, um später die Produktion ganz einzustellen. In Wolfsburg werden dann nur noch die neuen Modelle produziert. Die letzte Kurzarbeit liegt bereits sieben Jahre zurück. Daß jetzt die Kurzarbeit von der VW-Belegschaft hingenommen wird, liegt daran, daß auf die neuen Modelle der VW-AG vertraut wird, und die Kurzarbeit lediglich als eine Ausnahmeerscheinung betrachtet wird, die alle paar Jahre eintritt. Doch die Situation ist heute eine andere, als 1967. Der Konkurrenzkampf zwischen den Automobilgiganten hat sich auf dem Weltmarkt ungeheuer verschärft. Daß die VW-Kapitalisten den Käfer sterben lassen wollen, ist deutlicher Ausdruck dessen. Die Käferproduktion läuft jetzt seit 20 Jahren, sie ist bis ins kleinste durchrationalisiert. Aus ihr läßt sich daher keine weitere Steigerung der Profite herausholen. Deshalb wird die Produktion des Käfers in Zukunft unrentabel. Deshalb wird eine Vielzahl von neuen Modellen entworfen, mit denen den veränderten Bedingungen auf dem Weltmarkt Rechnung getragen werden soll. Das bedeutet, daß die Arbeitshetze weiter steigt. Am deutlichsten ist dies beim Anlaufen der Passat-Produktion geworden. Man konnte damals an den zerschundenen Händen die Kollegen erkennen, die an den Passatbändern arbeiteten. Sie wehrten sich gegen jede Überstunde, gegen jede Sonderschicht, weil sie einfach nicht mehr konnten.
Gerade die letzten Wochen zeigen, daß die VW-Kapitalisten auf jede Veränderung auf dem Markt mit Maßnahmen gegen die Belegschaft reagieren. Erst sollen Neueinstellungen gemacht werden, Überstunden und Sonderschichten werden der Belegschaft abverlangt, ein paar Wochen später heißt es Kurzarbeit. Das ist keine Ausnahme mehr, sondern wird in Zukunft die Regel werden. Dagegen muß die Belegschaft die Forderung durchsetzen:
Für vollen Lohnausgleich bei Kurzarbeit!

Ortsgruppe Wolfsburg

Am Donnerstag, den 21., und Freitag, den 22. März, streikten 340 Kollegen der Justushütte (Kreis Biedenkopf) gegen die Streichung einer Anwesenheitsprämie von 20 Pfennig, die sie seit Juni letzten Jahres als Teuerungszulage erhalten hatten. Nachdem der Betriebsrat am Wochenende einer neuen Vereinbarung zugestimmt hatte, die bis Dezember 10 Pfennig Anwesenheitsprämie vorsieht, gelang es am Montag nicht mehr, den Streik fortzuführen.

11,5 % BEI DEN STADT– WERKEN BREMEN

Bremen. Bei den Stadtwerken sind jetzt 11,5 % plus 2,5 % Nachholbedarf vereinbart worden.
Aber das Schärfste ist wohl, – bestimmt einmalig in der gesamten BRD – daß der Vorstand dieses Betriebes seine Betriebsräte in dieser Zeit zum "Kohl- und Pinkel-Essen" einlädt.
Dieses "Essen" fand am 2.2.1974 statt.
Nach diesem gemütlichen Abend also stand ca. 3 Tage später im Weser-Kurier zu lesen: "Die Stadtwerke streiken nicht". Das haben sich der Vorstand und der Betriebsrat sehr leichtsinnig überlegt, denn durch diesen Zeitungsartikel stieg die Unruhe sowohl im Betrieb als auch in den Kraftwerken. Der überwiegende Teil der Arbeiter war zu Kampfmaßnahmen bereit.
Nach 6 Verhandlungen endlich war dann der Betriebsrat auf 11,5 und 2,5 % Nachholbedarf heruntergegangen.
Der Senat aber sagte sofort, daß das zuviel sei – auch klar, denn wer verschenkt schon gern das Geld, daß er als Rendite erhält. Aber die Kollegen wollten ein Ergebnis sehen – auch wenn es dabei zu Arbeitskämpfen kommen sollte. Sie wollten nämlich zum Vorstand marschieren und dort um ihr Recht kämpfen – um eine bessere Bezahlung.
Der Vorstand, der dieses durch den Betriebsrat spitz gekriegt hatte, informierte den Senat, der nichts eiligeres zu tun hatte, als eine neue Tarifverhandlung einzuberufen.
Dieses Ergebnis hieß dann endlich 11,5 % plus 2,5 % Nachholbedarf. Ein Ergebnis, mit dem keiner einverstanden ist – nur der Betriebsrat.

Eine Sympathisantin des KBW

»Vorsorgliche Schließung«

Minden (Westfalen). Am 21. März wurde in Minden und dem nahegelegenen Dorf Hille die "vorsorgliche" Schließung des Heinrich Muermann KG Bekleidungswerkes bekannt gegeben. 2 Tage später konnten die ersten Arbeiterinnen gehen. Schon vor 4 Monaten hatte der Eigentümer Bremme beim Landesarbeitsamt in Düsseldorf einen Massenentlassungsantrag für die 370 Beschäftigten, meist Frauen, gestellt.
Aber Bremme ist nicht etwa pleite. Im Gegenteil. Er betonte selbst: "Das Unternehmen ist nicht in akuten Zahlungsschwierigkeiten". Was Bremme, und mit ihm die Mindener Lokalpresse, vorsorglich verschwieg: Das Geld, das er den Frauen wegen des "extrem hohen Lohnniveaus" nicht mehr zahlen will, hat er längst in einem großen Textilwerk in Libyen angelegt, denn dort gibt es Arbeitskräfte, die für ein Butterbrot schaffen. Hinter der "bedauerlichen Schließung des ältesten deutschen Bekleidungswerkes" verbirgt sich schlicht das, was schon seit Monaten unter den westdeutschen Kapitalisten, vor allem den Textilkapitalisten, immer größeren Anklang findet, um für kräftige Profite "vorzusorgen": Kapitalexport.
Was mit den Arbeiterinnen in Minden passiert, interessiert dabei nicht. Ein Teil wird mit einem "Sozialplan" abgespeist, die übrigen müssen sehen, wie sie klarkommen – genau wie die kaufmännischen Lehrlinge, die meist nicht mal ihre Lehre beenden können. Die Muermann KG ist schon der zweite größere Textilbetrieb in Minden, der innerhalb des letzten halben Jahres dichtgemacht wurde. Das macht zusammen fast 1 000 Arbeitsplätze weniger! Und das bedeutet für die meisten der entlassenen Arbeiter und Arbeiterinnen: längerfristige Arbeitslosigkeit.
H.S., Minden

Ein Seemann wird krank

Am 7.11.73 erzählte ich meinem Schiffsführer, daß ich wegen meinem Bein zum Arzt gehen wollte, denn ich hatte seit längerer Zeit große Schmerzen. Seit dem 29.5.73 war ich an Bord auf dem Hebeschiff Magnus I. der Reederei Harms. Noch am gleichen Tag erhielt ich plötzlich meine Kündigung, mit dem Vermerk: "wegen Verkaufs einiger Schiffe". Vom Arzt bin ich dann einen Tag darauf, am 8.11., krank geschrieben worden. Trotz Krankheit hat die Reederei mir 14 Tage Urlaub, die ich noch zu beanspruchen hatte, einfach gegeben bzw. angerechnet. Außerdem weigert sich die Reederei, die 6 Wochen Krankengeld weiterzuzahlen. Ich mußte deshalb zum Arbeitsgericht an der Altonaer Allee. Verhandelt worden ist jetzt schon zwei mal, aber für mich ist nichts herausgekommen. Beim nächsten Termin soll der Schiffsführer, Herr Lunden, aussagen, ob es stimmt, daß ich zum Arzt gehen wollte. Der wird natürlich nichts mehr davon wissen, weil er als Schiffsführer nur die Reederei vertreten muß.
– Seit 1953 fahre ich zur See, frühere Ärzte hatten mir immer bloß erklärt, ich würde simulieren. Jetzt bin ich durch diese Krankheit seedienstuntauglich geworden und sitze auf der Straße.
–E.H., Hamburg–

Gegen Müll und Lärm

Dortmund. Am Donnerstag, dem 21. März, fand im Ratssitzungssaal Dortmund eine als Hearing angekündigte Ratssitzung statt. Themen waren die geplante Großmülldeponie in Grevel und die Lärmbelästigung von Bewohnern der Hostedderstraße/Rote Fuhr (an der gleichen Stelle) durch Abfahren von Bergehalden der Zeche Gneisenau. Es waren – wohl um gute Absicht zu zeigen – Vertreter der dortigen Bürgerinitiative eingeladen worden (unter den Anwohnern sind viele Kumpel). Die Sitzung verfehlte jedoch die geplante Werbewirksamkeit. Zwischen 40 und 60 Zuschauer, meist Anwohner, verfolgten von der Tribüne aus die Sitzung gewissenhaft von Anfang bis Ende.

Die Kippe, die in Grevel schon besteht, gefährdet das zur Erholung reizvolle Hienbergwäldchen und einen See. Außerdem wurden die Tagesfuhren in letzter Zeit kaum abgedeckt, so daß die Bewohner von Gestank gepeinigt wurden. Der Müll liegt schon so nah an den Häuser, daß abfließendes Regenwasser aus den Grundstücken sich mit dem Müll zu einer stinkenden Kloake vereinigt.

Diese Kippe soll jetzt noch wesentlich erweitert werden – über die Köpfe der Bewohner hinweg. Mehrere Bewohner und Mitglieder der Bürgerinitiative wiesen lautstark auf die Mißstände hin. Dieses Vorgehen zwang schließlich den Oberbürgermeister zu der hastigen Frage (nach verschiedenen Beschwichtigungsversuchen durch Stadtreinigungsamtsleiter Maschmann und andere): "Was kann hier schnell geschehen, daß das Problem vom Tisch ist?" – Der Müll soll jetzt schnellstens abgedeckt, das Wäldchen durch einen Graben geschützt werden.

DIE BELÄSTIGUNG DURCH FAHRZEUGLÄRM

Tag und Nacht werden die Bewohner, zum Teil Kumpel von Gneisenau selbst, in der Hostedder Straße / Rote Fuhr gequält vom Gerumpel der LKW's, die alle paar Minuten den Bergeversatz abfahren. Durch die Schlaglöcher in der Straße wird der Lärm noch verstärkt. Ein Bewohner mußte bereits seinen Wohnzimmerschrank festschrauben wegen der Erschütterungen. Kinder haben bereits Lärmschäden. Die Initiative der Bewohner bewirkte bereits, daß beim Regierungspräsidenten über ein Nachtfahrverbot beraten wird. Aber Mitglieder des Stadtrates sagten auf dem Hearing: Ein Nachtfahrverbot würde die Zeche Gneisenau in zu große wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen! Auch hinsichtlich der Straßenerneuerung und schalldichter Fenster könne man noch keine Zusagen machen.

Unbeirrt der ständigen Vertröstungen und Ablehnungen wies ein Vertreter der Bürgerinitiative klar auf die Belästigungen hin, die die Kollegen und Nachbarn dort tagtäglich nach der Maloche ertragen müssen. Nur dadurch war der Rat gezwungen, überhaupt etwas zu dem Problem zu sagen.

Die Bewohner der Siedlung durchschauten auch das anbiedernde Gewäsch der CDU. Sie tönte groß: "Bei der Politik muß der Mensch im Mittelpunkt stehen. Deshalb ist es ein Unding, solche Mißstände nicht zu beheben." (Leichtenberger) Die hohlen Sätze fielen zusammen, als ein Mitglied der Bürgerinitiative schlicht fragte, ob die CDU-Vertreter denn überhaupt schon einmal mit den Bewohnern geredet hätten – eisiges Schweigen. Viele, die vorzeitig Beifall geklopft haben, haben hoffentlich ihre falsche Haltung eingesehen.

Die Forderungen der Bewohner standen nach wie vor:

Schließung der Kippe Grevel in einem Jahr – keine Großmülldeponie!
Sofortige Beseitigung von Müll, Ungeziefer und Abwasser in der Umgebung der Kippe!
Erhaltung von See und Hienbergwäldchen
Schluß mit der Zerstörung unserer Erholungsgebiete!

Sofortiges Nachtfahrverbot für LKW's mindestens für Hostedder Straße / Rote Fuhr
Sofortige Instandsetzung der Straßen
Sofortiger Einbau schalldichter Fenster.

Als die Forderung laut wurde, daß die Ruhrkohle AG derjenige ist, der die letztgenannten Maßnahmen bezahlen muß, drohten Mitglieder des Stadtrats: Gut, dann muß es der Käufer der Produkte der Rohrkohle AG bezahlen. Außerdem wäre es rechtens, daß die Bürger über die Steuern solche Maßnahmen bezahlen müssen!

L.C., Dortmund

Hildesheim: Erfolgreicher Kampf für Rede- und Meinungsfreiheit

Hildesheim. Die Verfolgungen und Strafandrohungen gegen Verkäufer der KVZ fanden am 21. März in Hildesheim einen vorläufigen Höhepunkt. Ein 12 Mann starker Polizeitrupp forderte den Abbau eines Kambodscha-Standes und verlangte die Beendigung des KVZ-Verkaufs.

Laut erklärten wir den Menschen, wie in ganz Westdeutschland immer stärkere Polizeikräfte die Straßen von Demonstranten und Agitatoren leerfegen wollen. Wie sie den Etat der niedersächsischen Polizei erhöhen, aber die Kinder aus der ersten Klasse der "Hohnsen-Schule" in feuchte Kellerräume abschieben wollen.

Die Polizisten zittern vor einem Gespräch mit den Menschen. So auch am 21. März. Während ich mit den Menschen über die Kambodscha-Woche sprach, stürzten plötzlich fünf Polizisten auf mich. Einer nahm mich im Würgegriff, einer im Polizeigriff und der Rest machte sich an meinen Beinen zu schaffen. Ich landete im Polizeiwagen und 19 KVZ wurden beschlagnahmt. Doch die Menschen waren empört und riefen: Polizeistaat, SS-Staat. Spontan forderte ein Passant, man müsse eine Unterschriftenliste aufsetzen, um gegen diese Schweinerei zu protestieren. Die Genossen, die diesen Vorschlag aufgriffen, erkannten, was es heißt, "aus den Massen schöpfen und in die Massen tragen". Die Genossen setzten eine Unterschriftenliste auf und sammelten an die 90 Unterschriften. Als der Verkauf der KVZ immer weiter betrieben wurde, griffen sich die Polizisten einen zweiten Genossen und verhafteten ihn.

Nach dem 21. März schlossen sich verschiedenste Gruppen zusammen, um für die "Meinungs- und Redefreiheit, Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit" einzutreten. Für den 27. März beantragte diese Aktionseinheit eine Veranstaltung unter freiem Himmel, in der Fußgängerzone. Das Ordnungsamt genehmigte diese Veranstaltung, verbot aber den Einsatz von Verstärkern und Lautsprechern. Dies war natürlich ein zweiter Schlag gegen die Redefreiheit. Dem konnte nur begegnet werden durch Benutzung von Lautsprechern. Als die Versammlung begann und jede Gruppe und Organisation ihren Redebeitrag vortrug, war kein Polizist zu sehen. Sie hatten ihren Mannschaftswagen in einer Seitenstraße versteckt. Auf dieser Versammlung wurde von der Mehrheit der Menschen die Polizeiaktion vom 21. März verurteilt und hier wurden an die 200 Unterschriften gesammelt.

Nach einer Stunde begannen wir noch einmal mit der Kundgebung. Es waren circa 1 000 Menschen, denen wir auf diese Weise unsere Forderungen erklärten. Nun beschränkte sich die Kundgebung nicht mehr auf die Sprecher der Aktionseinheit, sondern es meldeten sich Passanten zu Wort. Ein Postbote, eine Hausfrau, ein sozialdemokratischer Kollege trugen durch das Mikrofon ihre Meinungen vor. Die Kundgebung entwickelte sich zu einem Tribunal, auf dem ich nach sehr vielen Dingen befragt und natürlich auch beschimpft wurde. Ich mußte so unter anderem zum Aufbau des Sozialismus in China, zum Sozialimperialismus in der Sowjetunion, zum Aufschwung in der westdeutschen Arbeiterklasse Stellung nehmen. Es entwickelte sich ein ausgezeichneter Meinungsaustausch.

Das konnte der Hüter des Gesetzes nicht länger ertragen. Zwei Polizisten tauchten auf und forderten: "Die Lautsprecher müssen weg". Ich bat die Herren Polizisten, sie möchten doch bitte durch das Mikrofon sprechen, es könne doch ruhig jeder hören, was sie zu sagen hätten. Hiergegen wehrte man sich zunächst mit Händen und Füßen. Doch Buh-Rufe und Pfiffe zwangen dann schließlich einen der beiden Goldfasanen, Stellung zu nehmen. Sein Hinweis, solche Lautsprecher seien vom Verwaltungsgericht verboten, ging in Gelächter unter – hielt er doch selber dieses Mikrofon und benutzte er doch selber diesen Lautsprecher, dessen Benutzung ja "verboten" war.

Die Polizisten wurden sichtlich nervös und als ich erklärte, die Menschen auf diesem Platz solle man doch abstimmen lassen, ob man weiterhin diesen Lautsprecher benutzen kann oder nicht, erklärte man: "Das geht nicht"! Aber es ging doch, und zwar mit Erfolg. Es wurde weiter diskutiert!

Indem wir zeigten, daß das Recht auf Meinungs- und Redefreiheit noch nichts an dieser Gesellschaft ändert, sondern nur wichtige Stützpunkte auf dem Weg zur Veränderung dieser Gesellschaft sind, um die man sich zusammenschließen muß, und indem wir positiv mit den demokratischen Forderungen einen Alternativweg weisen konnten, war es möglich, daß einige Kollegen zu uns kamen und nach unserem Treffpunkt fragten.

Solche Treffpunkte sind künftig unsere KVZ-Lesekreise in fünf Stadtteilen. Ein Elektriker erklärte mir, endlich habe er die Organisation gefunden, die nicht nur passiv zusieht, wie einem das Fell über die Ohren gezogen wird, sondern die auch darangeht, zu verändern – den KBW.

J.M., Hildesheim



Hildesheim. Das Bild zeigt, wie auf der Kundgebung die Polizei vergeblich versuchte, die öffentliche Diskussion zu verhindern. In zahlreichen Städten versuchten die Behörden, den KVZ-Verkauf einzuschränken. In Wolfsburg verhängte die IG Metall ein Ausschlußverfahren gegen 4 Mitglieder wegen KVZ-Verkaufs. In Frankfurt bekam eine Medizinalassistentin Hausverbot aus gleichem Grund. Aber die Kollegen und Genossen lassen sich nicht einschüchtern, das zeigt das Beispiel Hildesheim!

ren Redebeitrag vortrug, war kein Polizist zu sehen. Sie hatten ihren Mannschaftswagen in einer Seitenstraße versteckt. Auf dieser Versammlung wurde von der Mehrheit der Menschen die Polizeiaktion vom 21. März verurteilt und hier wurden

Hildesheim. Das Bild zeigt, wie auf der Kundgebung die Polizei vergeblich versuchte, die öffentliche Diskussion zu verhindern. In zahlreichen Städten versuchten die Behörden, den KVZ-Verkauf einzuschränken. In Wolfsburg verhängte die IG Metall ein Ausschlußverfahren gegen 4 Mitglieder wegen KVZ-Verkaufs. In Frankfurt bekam eine Medizinalassistentin Hausverbot aus gleichem Grund. Aber die Kollegen und Genossen lassen sich nicht einschüchtern, das zeigt das Beispiel Hildesheim!

Belohnung?!
2 500 DM, WENN ALTBAUWOHNUNG FREIGEMACHT WIRD
Wolfsburg. Folgendes war in den Wolfsburger Zeitungen zu lesen: 2 500 Mark, wenn eine Altbauwohnung freigemacht wird, 5 000 Mark, wenn eine Altbauwohnung, die abgerissen werden soll, freigemacht wird.

Belohnung?!

2 500 DM, WENN ALTBAUWOHNUNG FREIGEMACHT WIRD

Wolfsburg. Folgendes war in den Wolfsburger Zeitungen zu lesen: 2 500 Mark, wenn eine Altbauwohnung freigemacht wird, 5 000 Mark, wenn eine Altbauwohnung, die abgerissen werden soll, freigemacht wird.

Dies ist der blanke Hohn, denn verbunden ist diese "Belohnung" mit dem Einzug in eine Neubauwohnung im neuen Stadtteil Westhagen. Der sozialdemokratische Stadtrat plant in trauter Eintracht mit der CDU-Fraktion den Umbau des Stadtkerns, um ihn "attraktiver" zu machen. Attraktiver machen heißt: mehr Geschäfte, hie und da ein Cafe, breite Bürgersteige.

Genannt wird das Projekt "Südkopf Porschestraße", für das die Stinnes Haustechnik AG eine Voranwartschaft für 6 Monate auf die Bauträgerschaft hat. Danach kann sie ja oder nein sagen. Berühmt berüchtigte Namen spielen also eine Rolle in diesem Projekt.

Um aber den neuen Geschäften etc. Platz zu machen, müssen mehrere Häuser abgerissen werden. Diese Häuser sind nicht etwa alt und verfallen, im Gegenteil, die Häuser sind erst ca. 30 Jahre alt, gut erhalten und die Mieten sind billig.

Aber der sozialdemokratische Stadtrat scheut sich nicht, die Häuser abreissen zu lassen, damit Wolfsburg "attraktiver" wird. Die betroffenen Mieter haben auf mehreren Versammlungen gegen den Abriß protestiert. Um diesen Protest im Keim zu ersticken, greift man jetzt zu anderen Methoden. Nicht mehr die Anpreisung einer "schöneren Stadt", sondern die Bestechung der Mieter. Sie sollen aus ihren billigen Wohnungen raus und umziehen in den neuen trostlosen Stadtteil Westhagen mit teuren Mieten und vielen leeren Wohnungen.

Was nutzen denn 5 000 DM und Zuschüße zum Umzug, wenn 1. z. T. neue Möbel gebraucht werden und 2. die Miete das Doppelte beträgt als vorher? Wie lange man mit diesen 5 000 DM auskommt,. kann man leicht nachrechnen. Sind sie alle, ist man gezwungen, die teure Miete allein aufzubringen. Für die Mieter, die nach Ansicht der Stadt eine Altbauwohnung fehlbelegen, gibt es 2 500 DM, wenn sie nach Westhagen ziehen.

Um die Fehlplanung des Stadtteils Westhagen zu vertuschen, die sich zeigt an leeren Wohnungen und ständigem Ein- und Ausziehen, greift man zu allen möglichen Mitteln. Bezahlt wird diese Belohnung, wie jeder weiß, weder von der Stinnes Haustechnik AG, noch vom VW-Werk, noch von den Geschäften, die bauen wollen, bezahlt wird sie von der Stadt, d. h. von unseren Steuergeldern.

sy, Wolfsburg

STIPENDIENERHÖHUNG: NICHTS WEITER ALS EIN KREDIT

Bonn. Die Stipendien für die Studenten und Schüler an weiterführenden Schulen sollen ab 1. Oktober dieses Jahres erhöht werden. Dies hat die Regierung in der vergangenen Woche in einem Gesetzentwurf vorgesehen. Ein Student, der bisher den Höchstförderungsbetrag von 420 DM erhielt, soll dann 500 DM bekommen und der Elternfreibetrag soll um 160 DM auf 960 DM erhöht werden. 500 DM reichen nach wie vor nicht aus.

Aber handelt es sich tatsächlich um eine Erhöhung der Stipendien? Nein. Das ganze ist ein ausgemachter Betrug der Regierung, um die Studenten hinters Licht zu führen. Denn:

In Zukunft sollen 16 bis 20 % der Förderung als Darlehen gegeben werden. Das wurde auch beschlossen. Das macht bei einem Studenten, der tatsächlich 500 DM im Monat erhält, also den Höchstbetrag, auf die Gesamtdauer der Förderung bezogen 4 800 DM aus. Diese 4 800 DM sind zurückzuzahlen, begonnen werden muß mit den Raten spätestens 3 Jahre nach Beendigung des Studiums. Es trifft sich, daß der Betrag, der jetzt zurückgezahlt werden muß, genau dem Betrag entspricht, um den zum 1. Oktober die Stipendien erhöht werden sollen.

Die Erhöhung ist also für die Studenten tatsächlich keine Erhöhung, sondern nur ein Kredit mit günstigen Rückzahlungsbedingungen.

Regionales Zeitungsmonopol in Trier

AB 1.APRIL NUR NOCH EINE TAGESZEITUNG FÜR DEN TRIERER RAUM

Ab 1. April wird es nur noch eine Tageszeitung für die Region Trier-Eifel-Hunsrück geben: den "Trierischen Volksfreund". Die "Trierische Landeszeitung", bisher Konkurrenzblatt des "TV", wird in den "TV" eingebracht.

Doch auch der "TV" wird nicht in der bisherigen Form erscheinen. Denn die "Saarbrücker Zeitung", in deren Besitz sich die "Trierische Landeszeitung" befindet und hinter der sich der Großverleger Georg von Holtzbrinck verbirgt, wird zugleich Anteilseigner beim "TV" und wird ab 1. April eine "kollegiale Zusammenarbeit" (aus der Verlagsmitteilung) mit dem "TV" beginnen. Das bedeutet: In Trier wird im wesentlichen nur noch der Lokalteil der Zeitung selbständig bearbeitet. Die politischen und überregionalen Meldungen und Berichte läßt Holtzbrinck in Zukunft häuptsächlich von der Redaktion der "Saarbrücker Zeitung" erstellen.

Der Großverleger Holtzbrinck besitzt neben der "Saarbrücker Zeitung" auch mehrere Buchgemeinschaften und Buchverlage.

Seit einiger Zeit versucht Holtzbrinck systematisch, den südwestdeutschen Zeitungsmarkt in seine Hand zu bekommen. Seit dem 1. Juni 1972 ist die ganze Bevölkerung des Saarlandes auf das einzige regionale Blatt, die "Saarbrücker Zeitung" angewiesen, die zudem bisher der "TLZ" und dem "Pfälzischen Merkur" Nachrichten- und Kommentarteile lieferte. Die Menschen können sich über regionale, lokale und landespolitische Vorgänge ausschließlich aus dem Holtzbrinck-Blättchen informieren. Ebenso wird es ab jetzt im Trierer Raum sein.

Es geht also wieder 'ein Stück Pressefreiheit' verloren – werden viele sagen. Ist das richtig? Lohnt es sich, zum Beispiel um die "Landeszeitung" zu trauern?

Es lohnt sich nicht!

Die "Landeszeitung" hat sich vor allem dadurch hervorgetan, daß sie keine Mühe scheute, die lokalen CDU- und SPD-Politiker und ihre Machenschaften ins rechte Licht zu rücken. Rheinland-Pfalz-Innenminister Schwarz, einer der Treiber bei der Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz, wußte sie mit Vorliebe bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Wort und Bild herauszuputzen und pries seine "Schrittmacherdienste".

Während des Kommunalwahlkampfes verging kein Tag, an dem nicht von der Einweihung oder Eröffnung einer öffentlichen Einrichtung durch CDU-Politiker berichtet wurde. Gelegentliche Almosen der CDU für „sozial Schwache" wurden groß herausgestellt. Über das alltägliche Elend in den Stadtteilen der größeren Städte und über die miserablen Lebensbedingungen der Bauern und der Landbevölkerung und über ihre Proteste schwieg sie sich aus. Von der Lage an der Universität und den Kämpfen der Studenten berichtete sie nur, wenn gerade eine Hetze gegen Kommunisten und Demokraten notwendig schien.

Der "Trierische Volksfreund" machte es ähnlich. Koch, bisher Alleinbesitzer des "TV", war einer der ersten Verleger in der BRD, die gegen die gewerkschaftliche Organisierung von Journalisten vorgingen: Er feuerte fünf Journalisten, nachdem ihre Mitgliedschaft in der "deutschen journalisten union" (dju) bekannt geworden war.

All das verwundert nicht: Gerade die kleineren Tageszeitungen sind auf jede Anzeige der großen und kleinen Kapitalisten angewiesen. Der Anzeigen-Boykott eines einzigen Kapitalisten wegen der ihm nicht genehmen Aussage eines Artikels oder Berichts kann für die Zeitung den Tod bedeuten.

Auch jetzt verloren die betreffenden Zeitungen kaum ein Wort über die Entlassungen der bei der "TLZ" beschäftigten Journalisten, Angestellten und Arbeiter. Allein über 20 Redakteure verlieren ihre Arbeitsplätze. Die Zahl der bald arbeitslosen Arbeiter und Angestellten aus Vertrieb, Technik und Verwaltung ist bisher nicht mitgeteilt worden. Wahrscheinlich ist sie nicht einmal den Betroffenen selbst genau bekannt: Die "TLZ" Belegschaft erfuhr von der Einstellung der Tageszeitung nur einen halben Tag vor der Öffentlichkeit.

Kein Wunder: Holtzbrinck, Koch und Co. haben mit den Interessen der Belegschaft nichts gemein. Ihnen geht es um den Profit, um den Aufbau eines Zeitungsimperiums und die Herstellung von Zeitungen, die nicht das Sprachrohr des Volkes, sondern ihr eigenes und das der Kapitalistenklasse sind.

Die Arbeiterklasse und das Volk können – wenn sie ihre Meinung öffentlich darlegen wollen – auf die Zeitungen dieser Herren nicht setzen, ob es nun eine, zwei oder drei an einem Ort davon gibt.

Das Volk muß sich sein eigenes Sprachrohr schaffen, das nicht nur "Meinungen" widergibt, sondern auch den Weg aufzeigt, wie die Arbeiterklasse und das Volk ihre Interessen vertreten und organisieren können.

Die Kommunistische Volkszeitung muß dieses Sprachrohr werden. Helft mit bei der Verbreitung und Verbesserung dieser Zeitung!

–Trierer Sympathisanten des KBW–

Interview mit einem Vertreter des kambodschanischen Volkes

Wir haben viel berichtet über den Befreiungskampf des kambodschanischen Volkes, der große Sympathie im westdeutschen Volk findet. Was sind die gegenwärtig größten Probleme in Eurem erfolgreichen Kampf?

Die Weltöffentlichkeit sieht sehr klar, daß der Aggressionskrieg in Kambodscha erst beendet sein wird, wenn der US-Imperialismus bereit ist, sich vollständig und endgültig aus unserem Land zurückzuziehen. Infolge der Siege von hoher strategischer Bedeutung, die das kambodschanische Volk und seine Befreiungsstreitkräfte erkämpft haben und nach den vehementen Protesten in vielen Ländern der Welt, besonders auch in den USA, wurden die US-Imperialisten gezwungen, am 15. August 1973 die völkermörderischen Bombardierungen einzustellen, nachdem sie bereits 240 000 Tonnen Bomben (offizielle Angaben der USA) auf die am dichtesten bevölkerten Gebiete Kambodschas hatten niedergehen lassen. Dennoch führen die US-Imperialisten ihre Verbrechen gegen das kambodschanische Volk unvermindert heimlich fort.

Das größte Problem, das sich uns gegenwärtig in unserem Kampf stellt, ist die hartnäckige Fortsetzung der US-Aggression in Kambodscha durch die Nixon-Kissinger-Regierung. US-Kampfflugzeuge vom Typ F 111, F 105 und C 130, die entweder von amerikanischen Piloten oder von Söldnern aus Taiwan, Bangkok und Saigon geflogen werden, fliegen regelmäßig Einsätze gegen die befreiten Gebiete und unser Volk in Form von Bombenabwürfen, gezieltem Beschuß mit Raketen und Aufklärungsflügen. Die Nixon-Kissinger-Regierung hat eine große Anzahl neuer sogenannter militärischer Berater nach Kambodscha geschickt, deren Anzahl von 3 500 auf 10 000 für 1974 angestiegen ist. Es sind Amerikaner, die als Zivilisten verkleidet die militärischen Operationen leiten. So z. B. im Nordwesten und Südosten des Landes, bei Phnom Penh und Kampot. Es sind Amerikaner, die die entscheidenden Leitungs- und Koordinationsinstrumente in der Hand halten. So z. B. die Radio- und Radarstationen und das Fernmeldenetz. Es sind Amerikaner, die verstärkt Training und Ausbildung der Truppen der Verräter in Phnom Penh bleiben. Das kambodschanische Volk ist jedoch in die unwiderruflich letzte Phase seines Kampfes eingetreten. Es ist entschlossen, ohne Rückzugsgedanken und ohne Kompromisse bis zur endgültigen Befreiung seines Landes gegen den US-Imperialismus zu kämpfen. Es ist überzeugt, daß es in seinem gerechten Kampf immer die Unterstützung der Völker, die nach Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden streben, erhalten wird. Die Sympathie und die kämpferische Solidarität, die wir hier in der BRD erfahren haben, ist eine wertvolle Unterstützung für den heldenhaften Kampf des kambodschanischen Volkes. Wenn der Krieg in Kambodscha noch länger fortdauert, so kann das nur das Werk der US-Imperialisten sein. Die Nixon-Regierung hat nie ein Hehl gemacht aus ihren finsteren, neokolonialistischen Plänen in Bezug auf das kambodschanische Volk. Ein Budget von mehreren Hundert Millionen Dollar ist bereits für diese Zwecke vorgesehen. Speziell die Wiederaufnahme der Bombardierungen 1974. Aber was die US-Imperialisten auch unternehmen werden, sie werden den endgültigen Niedergang des Marionettenregimes von Phnom Penh nicht verhindern können, genausowenig wie sie das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten werden verändern können.

Wie geht die Errichtung der Volksmacht in den befreiten Gebieten voran und wie organisieren die Volksmassen die Befreiung? Welche politischen Organe schafft sich das Volk, um die Volksmacht auszuüben? Wie wird der Aufbau der Produktion in der Landwirtschaft und in der Industrie der befreiten Gebiete vorgenommen?

Die Nationale Einheitsfront (FUNK) und die Königliche Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK) fassen alle Klassen und Schichten des kambodschanischen Volkes zusammen, Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, die Jugend, die Mönche und die Frauen, um gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Lakaien in Saigon und Bangkok und die Marionetten in Phnom Penh zu kämpfen, ohne Rückzugsgedanken, ohne irgendeinen Kompromiss, bis zur endgültigen Befreiung.

Auf der Grundlage des politischen Programms der Nationalen Einheitsfront FUNK verankert sich die Volksmacht gegenwärtig immer fester und tiefer in den befreiten Gebieten. Seiner Aufgaben voll bewußt und im Vertrauen auf die eigene Kraft kämpft die Bevölkerung fest zusammengeschlossen für die endgültige Befreiung, für ein wirklich unabhängiges, freies und demokratisches Kambodscha. Es finden große Massenbewegungen statt für den Fortschritt in allen Bereichen der Gesellschaft, im militärischen, politischen, ökonomischen und kulturellen Bereich. Beim Aufbau der medizinischen Versorgung, bei der sozialen Neuordnung der Gesellschaft. Die ganze Bevölkerung nimmt aktiv am Kampf teil. Ihre Kampfprinzipien sind: auf die eigene Kraft vertrauen, vollständige Unabhängigkeit wahren und Herr seines eigenen Schicksals sein.

Die Aktivitäten der Volksmassen werden von Massenorganisationen, die auf der Grundlage des Programms der FUNK arbeiten, initiiert und zusammengefaßt. Diese Organisationen sind: die patriotische Frauenvereinigung, die demokratische Frauenvereinigung, die Vereinigung der Mütter der Befreiungskämpfer, die Bauernvereinigung, die Vereinigung der Intellektuellen, der Professoren, der jungen Patrioten, der demokratischen Jugend, die Gruppe der Avantgardejugend, die Gruppe der patriotischen Kinder, die Arbeitergewerkschaften. Demokratisch von den Massen gewählte Komitees werden auf allen Ebenen, vom Dorf, der Kommune bis zu den Distrikten und Provinzen eingesetzt. Diese Komitees der FUNK kümmern sich um alle Bereiche des täglichen Lebens, den militärischen, politischen, ökonomischen, kulturellen, sozialen und sanitären Bereich.



Herr Ngo Hac Team, Vertreter der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas, hält eine Rede in Heidelberg. Mit ihm machten wir dieses Interview.

Auf ökonomischer Ebene sind dank der Organisierung von Kooperativen, von Gruppen der gegenseitigen Hilfe und dank großer Massenbewegungen zur Steigerung der Produktion, große Erfolge erzielt worden. Die Ernteerträge sind sprunghaft angestiegen. Pro Hektar ist eine Steigerung von 1,2 Tonnen auf 3 Tonnen zu verzeichnen. Mehr und mehr werden zwei bis drei Ernten im Jahr eingebracht und die Fläche des kultivierten Bodens vergrößert sich ständig. Das Handwerk hat wieder seinen alten Platz in der Produktion erhalten und es wird immer mehr mechanisiert. So z. B. die Produktion von Grundnahrungsmitteln, wie Fischpastete, Fischpulver und Transportprodukten bis hin zur Seife von guter Qualität. Bei der Herstellung des Palmzuckers konnte vom handwerklichen Stadium in das Stadium der Mechanisierung übergegangen werden, dank der Entwicklung von pedalangetriebenen Zentrifugen und erst kürzlich eines mechanischen Rührsystems. Die Züchtung von Seidenraupen, das Weben von Baumwolle und Seide, die Produktion von Röcken und Schals, all das wurde früher von den Familien gemacht. Heute geschieht es in der Kooperative. In der gleichen Weise werden Werkzeuge für den täglichen Gebrauch hergestellt: Pflugscharen, Pflüge, Sicheln, Messer, Töpfe und Pfannen; darüberhinaus Windmühlen und Wasserräder, die einerseits für die Bewässerung und andererseits zum Antrieb von Reisschälmaschinen verwendet werden.

Wie entwickelt sich die Verbindung der Bevölkerung in den noch von den Imperialisten und ihren Marionetten besetzten Gebieten mit dem Befreiungskampf des kambodschanischen Volkes? Presse und Fernsehen in Westdeutschland haben dazu in letzter Zeit große Lügen verbreitet. So berichteten sie von großen Überläufen von Einheiten der Befreiungsarmee zu den Truppen der Lon Nol Clique, so verbreiteten sie, die Befreiungsfront habe bei der Befreiung der alten Königsstadt Oudong die Bevölkerung gegen ihren Willen in den Dschungel getrieben. Wir bitten Sie, darauf einzugehen, um diesen Verleumdungen entgegenzutreten.

Trotz der vielfältigen Hilfe und Unterstützung des US-Imperialismus kommt die Verräterclique in eine immer katastrophalere Lage. Unsere Befreiungsstreitkräfte führen in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung von Phnom Penh machtvolle Artillerie- und Raketenangriffe auf ihre Schlupfwinkel in der Stadt durch.

Lange vor den ersten Angriffen haben die GRUNK und die FUNK wiederholt eindringliche Aufrufe an die Bevölkerung erlassen, in die befreiten Gebiete zu gehen oder sich von den strategischen und militärischen Zentren der Verräter fernzuhalten. Seit dem 23. Dezember 1973 haben unsere Befreiungsstreitkräfte ununterbrochen diese Angriffe durchgeführt und den Ring um Phnom Penh immer enger gezogen. Spezialeinheiten der Befreiungsstreitkräfte befinden sich bereits im Inneren der Hauptstadt, wo sie viele aufsehenerregende Operationen durchführen, wie z. B. Angriffe auf die Residenz des Generalstabschefs der Marionettenarmee.



Bei der Feldarbeit in den befreiten Gebieten

Die Bevölkerung von Phnom Penh organisiert sich gegenwärtig in Gruppen, die, bewaffnet mit Messern, Hacken, Sicheln, Pfeil und Bogen, Lanzen und sogar Gewehren, sich verteidigen gegen die Plünderung ihrer Häuser und Güter durch die Marionettensoldaten und gegen die Zwangsrekrutierung und Zusammentreibung der Flüchtlinge als menschlichen Schutzwall um die Zentren der Marionetten herum. Sie weigern sich, den Ausnahmegesetzen zu gehorchen, die von den faschistischen Verbrechern erlassen worden sind, und die von ihnen befehlen, gekochten Reis an die Marionettensoldaten zu liefern.

Trotz der Repressionen, Verhaftungen, Einkerkerungen, Folterungen und Ermordungen finden ununterbrochen Demonstrationen, Streiks und Erhebungen in Phnom Penh und in den unter provisorischer Kontrolle des Feindes stehenden Zentren statt. Sie nehmen immer größere Ausmaße an. Sogar die Beamten, die Polizisten und das Militär protestieren und demonstrieren gegen den Mangel an Lebensmitteln, die Preiserhöhungen, die Korruption usw.. Um nur einige Beispiele zu nennen: Anfang 1973 streikten mehr als 60 000 Arbeiter in Phnom Penh, sie besetzten 15 Fabriken. Die Schüler, Studenten, Professoren und Intellektuellen haben diesen Streik voll unterstützt.

Der Feind hat keine Reserven an Menschen mehr. Er konzentriert alle seine ausgebluteten Kräfte auf die Verteidigung der Hauptstadt. Der Feind leidet unter großem Reismangel. Reis ist das Grundnahrungsmittel der Kambodschaner. Der Feind hat weder eigene, funktionierende ökonomische noch finanzielle Strukturen. Zwei amerikanische Finanzexperten sitzen im Finanzministerium der Marionetten. Der Feind hat fast keine Menschen mehr, auf die er sich stützen kann, denn diese strömen in die befreiten Gebiete. Gegenwärtig sind es 10 000 pro Monat.

Kurz gesagt, auf allen Ebenen sind die Feinde auf dem Wege, ihren letzten Atemzug zu tun, so heftig sind die Schläge, die ihnen die Befreiungsstreitkräfte und die Bevölkerung in den noch provisorisch von ihnen kontrollierten Gebieten versetzen.

Nach einer Meldung der AKI (Informationsagentur von Kambodscha) hat das Ministerium für Information und Propaganda am 24. März eine Erklärung veröffentlicht, in der es kategorisch die lügenhaften Gerüchte über das "Überlaufen" von patriotischen Khmer zurückweist. Angesichts der großen strategischen Niederlagen, die die US-Imperialisten auf allen Ebenen hinnehmen mußten, haben sie ihre Aktivitäten in der psychologischen Kriegsführung wieder verstärkt. Zynisch, feige, penetrant und skrupellos gehen sie hier vor. Ihre Lügen und Erfindungen dienen jedoch nur dazu, ihre hoffnungslose Situation vor der Weltöffentlichkeit zu beschönigen und sich selber Mut zu machen, da sie schon nicht mehr ruhig schlafen können.

Oudong ist von unseren Befreiungsstreitkräften befreit worden, unterstützt durch den bewußten Kampf der Bevölkerung dieser Stadt. Dies geschah nach den Prinzipien unseres nationalen Volksbefreiungskrieges, dessen wichtigste Aufgabe es ist, die B e v ö l k e r u n g zu befreien. Das ist ein großer Sieg, ein schwerer Schlag für die Verräter, deren Unterstützungstruppen aus Phnom Penh pausenlos aufgerieben werden.

Welche Wirkung hat die Solidaritätsbewegung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes? Was sind die vordringlichsten Aufgaben der Solidaritätsbewegung, um diesen Kampf wirksam zu unterstützen?

Der heldenhafte Kampf des kambodschanischen Volkes ist Teil des Kampfes der Völker der Welt gegen Imperialismus und jegliche Form der Unterdrückung. Seine großartigen Siege sind die Siege aller Völker, die nach Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Fortschritt streben. Sein Kampf beweist, daß ein kleines Volk, wenn es fest geeint, entschlossen und mit einer richtigen und klaren politischen Linie gewappnet ist, in der Lage ist, den mächtigsten und verbrecherischsten Imperialismus, den US-Imperialismus, zu besiegen.

In diesem heldenhaften Kampf erfährt das kambodschanische Volk weiterhin die immer wachsende Sympathie, Solidarität und Unterstützung der Weltöffentlichkeit. Dafür möchten wir hier unseren tiefen Dank aussprechen.

Angesichts der sich durch das verstärkte Eindringen von US-Militärpersonal in Kambodscha verschärfenden Lage erlauben wir uns, alle nach Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit strebenden Menschen aufzurufen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln den bluttriefenden Händen des US-Imperialismus mit Nixon und Kissinger an der Spitze Einhalt zu gebieten, immer wieder die fortgesetzte Aggression in Kambodscha zu verurteilen und unnachgiebig für die folgenden Forderungen zu kämpfen:

Sofortige Einstellung aller Verbrechen gegen das kambodschanische Volk!

Respektierung der fundamentalen nationalen Rechte des kambodschanischen Volkes!

Keine fremde Einmischung in Kambodscha!

Das kambodschanische Volk muß selbst über seine eigenen Angelegenheiten bestimmen!

GROSSARTIGER HÖHEPUNKT DER KAMBODSCHA-AKTION IN HEIDELBERG

Etwa tausend Menschen begrüßten am 27. März begeistert Herrn Ngo Hac Team, Vertreter der königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas in der Aula der Heidelberger Universität (ähnliche Veranstaltungen fanden in Frankfurt und Kiel statt). Herr Ngo Hac Team berichtete in Heidelberg über die militärische Lage in Kambodscha und wie von Tag zu Tag zunehmende Übernahme von wichtigen Positionen in der Marionettenarmee direkt durch US-Soldaten. Damit will der US-Imperialismus den Zusammenbruch des Marionettenapparates verhindern. Herr Ngo Team zeigte anschaulich, wie die militärischen Siege des kambodschanischen Volkes in der revolutionären Macht des Volkes in den befreiten Gebieten ihre Grundlage haben. Ein Vertreter des Indochina-Komitees Heidelberg berichtete über den erfolgreichen Verlauf der Kambodscha-Aktion in Heidelberg, wovon 1 700 DM als Spende überreicht werden konnten. Ein Sturm der Begeisterung brach aus, als der Vertreter der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas dem Indochina-Komitee eine große Fahne des kambodschanischen Volkes überreichte. Spontan wurden in der Veranstaltung nochmals 2 005 DM gesammelt. Die kämpferische Stimmung der Veranstaltungsteilnehmer faßte Herr Ngo Hac Team zusammen, indem er erklärte, daß das kambodschanische Volk damit Waffen in Phnom Penh kaufen würde. Eine Resolution der Solidarität mit dem Kampf des kambodschanischen Volkes wurde einstimmig angenommen.

Indochina-Komitee Heidelberg

Solidaritätsaktionen in der BRD und Westberlin

DIE STÖRMANÖVER DER POLIZEI BLIEBEN ERFOLGLOS



An vielen Orten der Bundesrepublik fanden Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des kambodschanischen Volkes statt, u.a. in Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Kiel, Heidelberg, Mannheim, Wiesbaden, Braunschweig, Northeim, Dortmund, Frankenthal, Bremen, Opladen, Westberlin. Dabei lag oft der Schwerpunkt auf der Initiierung von zahlreichen dezentralen Stadtteilveranstaltungen, wie z.B. in Heidelberg, wo 13 durchgeführt wurden und weitere fest geplant sind. Sie wurden vorbereitet durch Flugblattverteilung und Hausverkauf des Infos der Indochina-Komitees. Es zeigte sich, daß die Sympathie der Bevölkerung recht groß ist. Die Stadtteilveranstaltungen wurden z.B. in Heidelberg von durchschnittlich 30 bis 50 Menschen, teilweise von mehr als 70, besucht; dabei wurden 800 DM gespendet. An vielen Orten mußte festgestellt werden, daß der bürgerliche Staat versucht, die aktive Solidarität mit polizeilicher Repression zu unterbinden. So wurde in Westberlin die Aufklärung an Informationsständen durch Knüppeleinsatz zu verhindern versucht. In Heidelberg, Wiesbaden und Frankfurt/Offenbach wurden Sammlungen verboten. Die Menschen haben sich davon aber nicht einschüchtern lassen, von ihren Rechten Gebrauch gemacht und trotzdem gesammelt.

Interview mit dem Lehrer Fritz Güde

DER SCHUSS DES OBERSCHULAMTES GING NACH HINTEN LOS

Kollege Güde, was hat Dich bewogen, mit einem offenen Brief an das Oberschulamt an die Öffentlichkeit zu treten?

Ich wollte vor allem damit den Leuten Gelegenheit geben, sich einmal ein Bild zu machen, wie das Oberschulamt vorgeht, und außerdem sollten gerade in Karlsruhe und sonstwo die Leute sich fragen, ob ihnen jetzt ein solcher Lehrer, der KVZ verkauft und für seine politischen Rechte eintritt, nützt oder schadet.

Und wie hat das Oberschulamt dann reagiert?

Das Oberschulamt hat erwartungsgemäß mich angeklagt, daß ich überhaupt die Sache veröffentlicht habe, und hat einen schönen Brief geschrieben, in dem es sämtliche Zeitungen aufzählt, in denen überhaupt etwas über mich stand. Hinzu kommt aber, daß das Oberschulamt jetzt so weit geht, mir eine Dokumentation über die Entlassung des Kollegen Topp, die ich im Auftrag der Fachgruppe Gymnasien gemacht habe und die schon vor zwei Jahren veröffentlicht wurde, nun ebenfalls vorzuwerfen. . . .

. . . Es wird mir z.B. vorgeworfen, das Kündigungsschreiben an den Kollegen Topp selber veröffentlicht zu haben. Hier sieht man, daß in dem Augenblick, wo einen die GEW fallen läßt, sofort das Oberschulamt sich traut, zuzuschlagen, während es bisher nichts getan hatte. Und daß damit nun niemand mehr bestreiten kann, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit selbst, genau wie bei dem Kollegen Offergeld in Bayern, schon zum Gegenstand der Angriffe wird. Das müßte allen zeigen, daß nicht nur im eigentlichen Sinn politische Vergehen getroffen werden, sondern schon überhaupt das Veröffentlichen der Verfahren, die das Oberschulamt gegen fortschrittliche oder auch nur mißliebige Lehrer betreibt.

Glaubst Du, daß die jetzt damit durchkommen?

Die Sache ist die, daß es bis jetzt kein Verfahren gegen einen planmäßigen Beamten in diesem Sinn gegeben hat und daß bisher ebenfalls noch nirgends entschieden wurde, daß einer aus dem Dienst entfernt wird. Klar ist, daß beide Seiten, sowohl die Bürokratie wie auch wir, in diesem Punkt eine Sache sehen müssen, die ganz entscheidend für die spätere Rechtslage von allen Beamten im Bundesgebiet, nicht nur der Lehrer, sein wird; weil nämlich, wenn gegen mich entschieden wird, der Rechtsspielraum für alle sich verkleinert hat. Wenn wir aber durchkommen sollten, wir natürlich damit tatsächlich gezeigt haben, daß der Widerstand in den Massen eine solche Entscheidung so beeinflussen kann, daß eine größere politische Freiheit erkämpft worden ist.

Welches ist das Interesse des Staates gegenüber den Lehrern?

Wenn man die verschiedenen Fälle beobachtet, die es jetzt gibt, z.B. gerade auch gegen den Kollegen Offergeld in Bayern, der nur gesagt hat, die Referendare würden in ihrer Ausbildungszeit legal eingeschüchtert – dann sieht man ja, daß offensichtlich das Interesse das ist, überhaupt keine Kritik mehr zuzulassen, auch nicht eine, die eine ganz offensichtliche und von jedem Referendar zu bestätigende Tatsache wiedergibt. Von da aus muß man, wenn man die anderen Fälle heranzieht, die ich jetzt nicht alle aufführen möchte, schließen, daß es darauf ankommt, mehr und mehr die Kritik abzublocken, die sich notwendig aus den schlechten Verhältnissen und der krisenhaften Entwicklung in der Bundesrepublik ergibt; und dann vor allem ist das Hauptinteresse: wenn man schon nicht die Kritik im Volk ersticken kann, dann wenigstens die Schulen so abzublocken, daß sie eine Festung werden und in denen wenigstens noch dieses Förderband reibungslos läuft, was eben gerade in den höheren Schulen Leute auswählt zu den Beamten- und Verwaltungsposten innerhalb des kapitalistischen Staates.

Wie ist es, wenn jetzt in einem Aufsatz ein Schüler fortschrittliche Ideen äußert und sich kritisch über dieses bundesrepublikanische Staatswesen äußert?

Da muß man natürlich eine fortschreitende Verschärfung sehen. Früher wurden solche Leute fertig gemacht, indem man gesagt hat, 'undurchdacht', 'verworren' usw.

. . . Jetzt hat diesen Lehrer das Oberschulamt Südbaden unter die Arme gegriffen für die Berufsschulen, da gibt es jetzt z. B. eine Bestimmung, daß man eine 6 geben muß, wenn legale Einrichtungen diffamiert werden usw., im Klartext, wenn eben irgend etwas gegen die herrschende Meinung gesagt wird, muß man das schon inhaltlich so verfolgen, daß man eben die Note 6 gibt. Damit sieht man, daß weitere Bremsen und Schleusen eingebaut werden, nämlich gerade so etwas wie dieser Notenerlaß in Südbaden für die Berufsschulen, die auch schon die abstrakte Diskussion abwürgen wollen. Das würde aber nur der Tendenz entsprechen, je schärfer die Krisen im Volk werden, desto schärfer mit den Abblockmaßnahmen vorzugehen.

. . . Für die Eltern sind zunächst einmal die schlechten materiellen Verhältnisse in der Unterstufe entscheidend. Viele Eltern sind ja auf die Reformversprechungen von der SPD reingefallen, haben ihre Kinder in die höheren Schulen geschickt und gedacht, wenn mein Sohn jetzt da drin ist, dann ist er von selber was Höheres, haben praktisch gemeint, die Klassengegensätze wären durch die Schule zu überwinden. Solche Eltern fallen meistens schon in der 7. Klasse rein, wenn die zweite Fremdsprache kommt, sie fallen schon rein, wenn sie sehen, daß 40-Mann-Klassen in der Sexta etwas ganz übliches ist, die protestieren dann, und wenn sie sich dann wie z. B. in Karlsruhe in einer Aktion "Kleine Klasse" zusammenschließen, dann erfahren sie etwa oft vom Verwaltungsgericht, das ginge die Eltern gar nichts an, wie groß die Klasse ist und ob ihre Klasse geteilt wird usw. An solchen primären Konflikten erfahren schon viele Eltern, daß sie wenig zu sagen haben und daß Elternrecht nur aus der Kiste gezogen wird, wenn man noch für die Konfessionsschule eintreten will oder gegen irgend einen Lehrer ein trauriges Argument sucht. . . .

Trotzdem habe ich festgestellt, daß ziemlich viele Eltern nicht nur sagen, 'das ist mir doch egal, was der Lehrer in der Freizeit treibt, ob der die KVZ verkauft oder nicht', sondern daß einige auch durchaus gesagt haben, 'ich finde gerade solche Lehrer, die selber schon eins auf's Dach gekriegt haben, die sind gerade auch geeignet, für die Rechte von den Schülern einzutreten.' Es gibt also zweifellos auch Eltern, die den Zusammenhang erkennen, daß nämlich die Unterdrückung der Schüler und die Unterdrückung der Lehrer notwendig sich verschärfen muß, wenn eben die Abblockmaßnahmen des Staates für die Abgrenzung der Schule von der Außenwelt sich selbst verschärfen.

Dann ist es wohl auch sehr entscheidend, daß die fortschrittlichen Lehrer gegen die Beschränkungen des Beamtenrechts kämpfen, das den Lehrer ja verbietet, im Volk aufzuklären über die wirklichen Verhältnisse an den Schulen und was mit seinen Kindern dort passiert.

Ja, das ist sehr wichtig. Z. B. bei "Aktion Kleine Klasse" gibt es offensichtlich einen sogenannten Maulkorb-Erlaß, jedenfalls wurde er in der GEW-Karlsruhe erwähnt, daß man den Eltern nicht über die konkreten Verhältnisse in der betreffenden Schule Auskunft geben dürfe . . .

Dann zeigt sich die Schweigepflicht der Lehrer natürlich in allen Sachen, gerade in denen, wo es für die Eltern wichtig wäre. Die Tatsache, daß das Oberschulamt mir ja gerade meinen Geheimnisverrat vorwirft, zeigt ja deutlich, daß an sich beabsichtigt ist, alle Sachen, die die Lehrer angehen, vor dem Volk und natürlich auch vor den Eltern geheim zu halten.

Insofern ist es wohl richtig zu sagen, daß der Kampf gegen die Beschränkungen des Beamtenrechts und die besondere Dienstpflicht der Beamten im Interesse des Volkes liegt, weil diese Beschränkungen bedeuten, daß die ganzen Schweinereien, die in den staatlichen Institutionen passieren, verschwiegen werden.

Das sieht man sehr gut am Fall eines Lehrers, der in Karlsruhe mitarbeitet, der heißt Tanis und war an Schulen für schwererziehbare Kinder, da hat er immer wieder grausame Kindesmißhandlungen festgestellt. . .

Das hat er angezeigt, daraufhin sind zwar ein paar Verurteilungen erfolgt, aber ihm ist prompt darauf gekündigt worden und er ist geflogen. An so einem Beispiel sieht man ganz gut, daß die Schweigepflicht der Lehrer und Beamten vor allem dazu dient, diese Geheimnisse zu bewahren, und daß das Volk das vollste Interesse hätte, z. B. die Eltern von diesen Kindern in diesem Fall, rauszukriegen, was eigentlich in solchen Heimen gespielt wird. Das deswegen auch das Volk als ganzes und gerade die Eltern ein Interesse daran haben muß, tatsächlich für die Freiheit der Lehrer und überhaupt der Beamten von diesen einschränkenden Pflichten zu kämpfen.

Du sagtest vorhin, daß viele Eltern vor allen Dingen aus der Arbeiterklasse, die ihre Kinder auf die höhere Schule geschickt haben, enttäuscht sind über die Verhältnisse an den Schulen, die die Versprechungen die ihren Kindern und der Ausbildung dort gemacht worden sind eben nicht eingehalten haben. Wenn man das in Betracht zieht, ist es doch notwendig, daß das Volk selbst darauf einwirken kann, wie eine Schule aussehen muß im Interesse seiner Kinder.

Das ist sicher richtig. Ich glaube, daß der Gedanke, daß eigentlich die Leute die höheren Beamten und gerade die Lehrer wählen sollten, daß das ein richtiges Mittel wäre unter den heutigen gesellschaftlichen Umständen, so etwas vorwärtszutreiben, weil im Augenblick . . . eben viele Eltern, obwohl sie wie gesagt enttäuscht sind, zunächst trotzdem meinen, es wird alles schon seine Richtigkeit haben, die Schule ist halt so, was blick ich da durch, der Staat wird schon irgendwie richtig entscheiden. Gäbe es wirklich die Möglichkeit der Wahl und dann natürlich auch der Abwahl von den höheren Beamten, dann müßte sich jetzt z. B. an so einem Fall wie meinem ganz notwendig die Frage entzünden und es könnte keiner ausweichen, sondern es müßte jeder Stellung nehmen. Das würde aber im Volk in der Auseinandersetzung zwar vielleicht nicht dazu führen, daß ich gewählt würde und es kann durchaus sein, daß es sich beim augenblicklichen Bewußtseinsstand auch gegen mich entscheidet aber was auf jeden Fall der Fall wäre, daß jeder sich mal ganz klar fragen muß, was für eine Schule möchte ich eigentlich, was für eine Schule würde eigentlich mir und meinen Kindern nützen. Und insofern würde das Oberschulamt selber z. B. gezwungen, wenn es da mit seinen Zetteln von Tür zu Tür ging, um zu fragen, 'seid ihr nicht auch für die Abwahl vom Lehrer Güde', wäre selber gezwungen, mal seine Karten auf den Tisch zu legen und müßte sich einer öffentlichen Prüfung stellen und langfristig gesehen würde da sicher das Oberschulamt sehr traurig dastehen, meine ich, und umgekehrt, das Volk würde in dieser Auseinandersetzung ganz deutlich erkennen, was es für Interessen an der Schule hat, nämlich vor allem das, daß die Kinder nicht vor allem an der höheren Schule ganz notwendig ihren Eltern vollkommen wegentfremdet und geklaut werden, sondern daß die Kinder auch in der Schule lernen, an den Kämpfen der Eltern und des ganzen übrigen Volkes teilzunehmen. Und das kann nur erreicht werden, wenn das Volk erkennt, daß die Schule eine öffentliche Angelegenheit ist, und daß es selber ein Recht haben muß, in die Schule hineinzuwirken . . .

Wir müssen diese Forderung notwendig aufstellen, um zu zeigen, welche Kontrolle wir wollen. Und auch um zu zeigen, daß wir gegen Methoden sind, wo einfach – wie es z. B. in der Tschechoslowakei und anderen Staaten geschehen ist, daß von oben herunter dem Volk gesagt wird, der muß weg, das ist ein Volksfeind, das ist ein Konterrevolutionär, ohne daß das Volk überhaupt die geringste Möglichkeit hat, herauszukriegen, ob das überhaupt stimmt oder nicht. . . .

Was meinen persönlichen Fall betrifft, hängt es natürlich von verschiedenen Faktoren ab, die nicht nur in Karlsruhe selbst spielen, sondern tatsächlich auch von Weisungen, die von weiter oben kommen und von der Einschätzung von Leuten, die nicht nur im Oberschulamt in Karlsruhe sitzen, wie sie die Lage beurteilen. Da kann man im Augenblick wohl wenig sagen. Klar ist auf jeden Fall, daß sie bei Verschärfung der Krise die Privilegien der Beamten angreifen werden in dem Augenblick, wo sie eben merken, daß Leute ihre Privilegien gegen sie wenden. Und daß sie die Unkündbarkeit der höheren Beamten nicht mehr lange achten. Was den allgemeinen politischen Erfolg angeht, so glaube ich, daß auf jeden Fall einer schon eingetreten ist. Denn die vielen Beamten und Lehrer, die in der KVZ geschrieben haben, haben ja eigentlich ‚dasselbe' "Delikt" begangen wie ich. Und all die haben ja schon durch ihre Tat bewiesen, daß das Einschüchterungssystem und die prüden Einschüchterungsabsichten des Oberschulamtes nur noch ganz vage und teilweise funktionieren, und daß mehr und mehr Leute z. B. sich sagen, gerade weil ich sehe, wie das läuft, veröffentliche ich jetzt trotzdem, was ich veröffentlichen möchte vom Briefwechsel mit den Behörden. Daß also der Schuß zum Teil schon nach hinten losgegangen ist, und da sehe ich einen Erfolg, der eben den Behörden zeigen wird, daß sie mit diesen Maßnahmen auf die Dauer nicht durchkommen werden. Zweifellos wird sich auch die Diskussion um die Schule an diesem Punkt weiter verschärfen und deutlicher machen, auf welche Punkte überhaupt gezielt werden muß, um rauszukriegen, ob jetzt die Schule dem Volk nützt oder nicht in ihrem gegenwärtigen Zustand.

Der Karlsruher Lehrer Fritz Güde sprach am 18. März im überfüllten "Zieglerbräu" in Heidelberg auf einer Veranstaltung. Er berichtete über seinen Fall. Auf der Veranstaltung wurden 433 Kommunistische Volkszeitungen verkauft und 414 Unterschriften gesammelt, darunter die von 200 Studenten, 80 Schülern, 33 Lehrern, 20 Studien- und Gerichtsreferendaren, 7 Lehrlingen, 13 Arbeitern und 50 Angestellten aus verschiedenen Bereichen.

LESERBRIEF DER KLASSE A3b (OBERPRIMA AUFBAUZUG) DES HUMBOLDTGYMNASIUMS KARLSRUHE

Gegen unseren Lehrer Herrn Güde wurde vom Oberschulamt ein Vorermittlungsverfahren eingeleitet, weil er die KVZ verkauft hat. Wir, die Klasse A3b des Humboldtgymnasiums, die von Herrn Güde unterrichtet werden, wollen dazu Stellung nehmen.

Herr Güde gilt in unserer Klasse ebenso wie bei vielen unserer Mitschüler als ein sehr guter Lehrer. Das heißt für uns, daß er es versteht, den Unterricht interessant und dadurch einprägsam zu gestalten. Wir meinen, daß dies eine der wichtigsten Voraussetzungen ist, die ein Lehrer erfüllen sollte. Eine weitere wichtige Voraussetzung, die vom Oberschulamt sogar als Erziehungsziel gefordert wird, ist die Fähigkeit, die Schüler zu kritisch denkenden Menschen zu erziehen. Herr Güde hat diese Fähigkeit. Denn gerade weil er auch außerhalb der Schule an Auseinandersetzungen in der Bevölkerung teilnimmt, sie kritisiert oder unterstützt, Stellung dazu nimmt und diese Stellung auch vertritt (indem er zum Beispiel KVZ verkauft), kann er eine breite Diskussion in die Schule, in seine Klassen hineintragen und damit die Schüler zur Kritikfähigkeit erziehen. Aber gerade deshalb droht das Oberschulamt mit Strafmaßnahmen. Wenn gerade ihm, der Mißstände in unserer Gesellschaft erkennt und anklagt, ein Ausschluß aus dem Schuldienst droht, so liegt der Verdacht nahe, daß Mißverständnisse verheimlicht werden sollen und daß man offenbar allen Grund hat, sie zu verheimlichen. Wenn das Lesen und der Verkauf einer kommunistischen Zeitung als Grund für ein Berufsverbot gelten können, zeigt sich das wahre Gesicht unserer "Demokratie" und man sieht, daß ihr wahres Interesse nicht Kritik, sondern Kritiklosigkeit ist.

Alexander Solschenizyn wurde wegen seiner "Kritik" am Sowjetregime des Landes verwiesen und unser Lehrer soll aus dem gleichen Grund Berufsverbot erhalten. Wurde nicht hier, im "freien Westen" Solschenizyn als ein Beispiel politischer und ideologischer Unterdrückung gewertet? – Wo liegt da der Unterschied? –

Wir sind entschlossen, uns dafür einzusetzen, daß Herr Güde an unserer Schule bleibt. Wir sind nicht bereit, anzuerkennen, daß über unsere Köpfe hinweg über einen unserer Lehrer geurteilt wird. Wir sind der Ansicht, daß diese Entscheidung hauptsächlich Schüler, Lehrer und Eltern betrifft und es sehr undemokratisch ist, wenn nicht alle Betroffenen mitentscheiden können.

Klasse A3b des Humboldtgymnasiums, einstimmig verabschiedet.

Die Redaktion teilt nicht die Auffassung über Solschenizyn und bittet Verfasser und Leser, den Artikel auf Seite 16 und die Artikel in der KVZ Nr. 4 und 5 zu lesen.

DKP KARLSRUHE ÜBER F.GÜDE

Gesetzesbrecher und Terroristen

Karlsruhe. So kämpft die DKP gegen die Berufsverbote:

Nachdem das "Komitee gegen politische Entrechtung" in Karlsruhe eine erfolgreiche Solidaritätsveranstaltung für den Lehrer Fritz Güde durchgeführt hatte, mußte die DKP natürlich nachziehen. Sie versuchte es mit einer Veranstaltung eine Woche später, zu der sie Mitglieder aus Pforzheim und Baden-Baden zusammengekarrt hatte. Zunächst hielt der nicht eingestellte Referendar Schwaderer ein Referat, in dem er sein Vorgehen gegen die Nichteinstellung schilderte. Über dieses Referat wurde nachher aber kaum noch gesprochen, die ganze Diskussion war vielmehr dem Fall des auch anwesenden Kollegen Güde gewidmet. Kaum hatte dieser gefragt, wie man denn konkret die Grundrechte sich erkämpfen könne, kaum hatte er erwähnt, daß er die Schreiben des Oberschulamts gegen die Vorschrift des Beamtengesetzes veröffentlicht habe, um überhaupt erst Diskussion zu ermöglichen, da öffneten sich die Schleusen: "Wer ein Gesetz bricht, der ist im Prinzip nicht besser als die Baader–Meinhof-Leute, der rennt auch mit der Maschinenpistole rum" – "die Ausführungen über die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums im Grundsatz sollten ja bloß gegen den Faschismus die Grundsätze der liberalen Weimarer Republik (!) wiederherstellen: Auch als Kommunisten können wir uns hinter diesen Paragraphen stellen." – "Die Leute, die den Staat erst mit Provokationen reizen, brauchen sich nicht zu wundern, wenn er dann zuschlägt." – "Typisch ist doch, daß Güde auch aus der GEW rausgeflogen ist: Da sieht man ja, daß er gegen die Kollegen gearbeitet haben muß." – Schließlich kam einer mit einer Geheimbotschaft: "Leute, die Sache ist doch ganz einfach: Die GEW-Spitze hat Dokumente gefunden, daß der KBW auch eine RGO aufmachen will; daß im Programm das Gegenteil steht, ist doch pure Tarnung."

In diesem Stil ging es den ganzen Abend weiter: Güde, der Spalter; Güde, der Sohn bourgeoiser Eltern; Güde, der Gewerkschaftsfeind. Die DKP-ler dagegen schworen Stein und Bein, sie wollten kein einziges Gesetz mehr brechen: Selbst von den Ärzten wandten sie sich ab, die sich selbst der Abtreibung bezichtigt hatten. Nicht einmal wegen ihres Protest-Badens im Starnberger See im Jahr 1971 wollten sie mehr gelobt werden. Einen einzigen Kampfvorschlag brachten die Leute von der DKP schließlich vor: Sie wollten in die Universität Karlsruhe am "Verfassungstag" Benda vom Bundesverfassungsgericht und Abendroth aus Marburg einladen zu einer kämpferischen Diskussion. Stände in der Stadt lehnten sie ab: Das ging schon wieder zu weit.

Es zeigte sich eins: Die Art der DKP, die Berufsverbote zu "bekämpfen", ist vielen früher bloß lasch und unwirksam vorgekommen; jetzt hat sich herausgestellt, daß die DKP selbst zur Verfolgung derer aufruft und beiträgt, die sie als "Verfassungsfeinde" und "Chaoten" abstempelt. Aus dem angeblichen Kampf gegen Berufsverbote wird ein wirklicher Kampf gegen angebliche Verfassungsfeinde.

–gf, Karlsruhe–

Gegen die Verfolgung und Unterdrückung im öffentlichen Dienst!

LEHRER STELLEN SICH GEGEN DIE VERFOLGUNG GÜDES

Himburg:
Lehrer und Studienreferendare aus Hamburg schrieben an die KVZ: "... Daß sich Fritz Güde als Lehrer an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientiert und sich durch seine Mitarbeit in einem Komitee gegen die Berufsverbote und gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst gewandt hat, ist für uns als Gewerkschafter Maßstab für unsere Solidarisierung mit Fritz Güde..."
M. Kuhn / V. Diel / J. Dege / U. Oppermann / M. Sprunkel / F. Tetsch / R. Spieß / I. Bethke / J. Birth / K. Kirchgraber / J. Scho / Dr. J. Schmidt / N. Kempe / B. Rosenkranz.
"... Gerade weil die Kommunistische Volkszeitung unter anderem die Interessen des Volkes gegenüber der Schule geltend macht, lese und verkaufe ich sie und bin ebenfalls nicht bereit, mir dieses Recht nehmen zu lassen.
T. Knoche, Studienreferendar.
Holzminden:
Solidaritätserklärung des AjLE Holzminden:
"Wir schließen uns weitgehend der GEW-Gruppe Hamm an. Unabhängig von allen politischen Unterschieden sind wir einig mit allen, die gegen das Berufsverbot kämpfen. Wir treten entschieden ein für das Recht auf freie politische Betätigung, wie es im Grundgesetz verbürgt ist. Dies Recht haben selbstverständlich auch alle Bediensteten des öffentlichen Dienstes. Wir wenden uns gegen jede Einschüchterung und Verfolgung aufgrund politischer Aktivitäten wie im Falle des Kollegen Fritz Güde und erklären uns in diesem Sinne mit ihm solidarisch, denn diese Fälle häufen sich in letzter Zeit in erschreckendem Maße."
A. Risler / A. Förstemann / G. Scherian / B. Bode-Stüring / B. Schröder / J. Rieck-Ruscher / N. Homburg / Ch. Bock / G. Khader / G. Behrendt / G. Hachtein / H. Damberg / B. Liesmann / J. Wewerka-Matzen.
In ähnlichem Sinne äußerten sich:
Peine:
Teilnehmer der Sitzung des AjLE Kreis Peine:
H. Forberg / H.-G. Grusek / M. Roffkahr / M. Kupfer / G. Hinze / P. Hinze / A. Springer / H. Margner / K. Forberg.
Offenbach:
P. Derrington, August-Bebel-Schule.
Bischofsheim bei Frankfurt:
U. Schwetje / E. Heck / K. Pflügner.
Wiesloch:
M. Grözinger / U. Rudolph-Pflanz / R. Fröbel / L. Broksieker / Ch. Lott / D. Richter / R. Werner / A. Moritz-Maessen / P. Weiler / U. Kölle.

LEHRERSTUDENTEN UND ANDERE STUDENTEN

Hamburg:
Lehrerstudenten: J. Oberkampf / J. v. Alm / C. Thun / J. Redlich / R. Scholz / A. Hoffmeister / nicht lesbare Unterschrift / R. Fiehler / K. Niebers / R. Schulz / Chr. v. Redecker.Dietrich / J. Taeger / M. Jedding / Th. Kastel / H. Schmidt / E. Niebuhr / G. Berger.
Diplom-Pädagogik-Studenten: K. Witte / B. Stark / M. Diederichsen / G. Frings / K. B.-Schneider / M. Harder / U. Stühler / M. Stauber / J. Poschinski / I. Middelhaufe.
Andere Studenten: A. Böhm / G. Babbel / H. Pees / G. Heiland / A. Polanschek / M. Reichert / H.P. Fricke / H. Heitmann / H. Wächtler.
Studenten des Historischen Seminars: R. Dombach / P. Koch / U. Hirche / A. Adrians / I. Klausmann / M. Kempe / E.-O. Trustorff / E. Vierhuff.
"Wir sind Lehrerstudenten und verkaufen regelmäßig die KVZ vor Betrieben, in der Stadt und an der Universität..." G. Thode / H. Juhl. B. Kläne.
Stuttgart:
Fachlehreranwärter am Pädagogischen Fachinstitut und Fachseminar: B. Berliner / U. Diez / C. Bastmann / L. Jönle / G. Straub / G. Vetter / A. Vorherr / B. Socher / K. Puehe / M. Deuter / H.J. Greif.
Frankfurt:
15 Psychologiestudenten der Frankfurter Universität unterschrieben eine Solidaritäts-Erklärung.
Heidelberg:
Studenten am Institut für Politische Wissenschaft: H. Horn, U.U. Hohl, B. Reger, V. Hurrle, R. Schlee, I. Drach, I. Gerber, M. Linke, J. Wiench, R. Bickelmann, M. Schmitt, R. Minden, U. Seyfarth; P. v. Carnap, Tutor; U. Sendler / A. Keitel / H. Buchstaller (alles Mitglieder der Fachgruppenkonferenz).
Braunschweig:
"... werde auch ich nach meinem Lehrerexamen, in dem ich zur Zeit stehe, die KVZ verkaufen.
J. Bosch-Peckmann, Lehrerstudentin.
Studenten der Pädagogischen Hochschule: A. Kluth / G. Winter / R. Miehe / H. Sieburg / R. Benecke / R. Czubba / A. Wolkenhauer / A. Schröder.
In Braunschweig sammelte der Kommunistische Studentenbund bis jetzt 102 Unterschriften.
Hannover:
Die Kommunistische Hochschulgruppe Hannover führte an 3 Tagen der letzten Woche in der Mensa der Technischen Universität eine Unterschriftensammlung zur Solidarität mit Fritz Güde durch. In der Solidaritätserklärung begrüßten der Allgemeine Studentenausschuß der Technischen Universität, 148 Studenten und Schüler und 24 Arbeiter und andere Werktätige den mutigen Schritt von Fritz Güde. Darüberhinaus fordern sie die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Fritz Güde.
Hildesheim:
In Hildesheim wurden am 14. März in der Werkkunstschule und in der Mensa der Pädagogischen Hochschule im Rahmen einer Aktion gegen die Prüfungsordnung 68 Unterschriften für Fritz Güde gesammelt.

BESCHÄFTIGTE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Hamburg:
M. Lohnstein, Medizinalassistent / B. Rehberg, Apotheker (beide Mitglieder der ÖTV).
Hannover:
"... Wir als Verwaltungsbeamte und -angestellte unterstützen den Lehrer Fritz Güde in seinen Forderungen. Nur durch das offene und persönliche Eintreten ist es möglich, gegen die politische Entrechtung im Öffentlichen Dienst anzugehen..."
H. Dralle / A. Seele / E. Hasche / B. Rump / U. Kowalke / G. Mires / H. Bauer / W. Rahders.
Braunschweig:
Weitere 7 Kollegen der Technischen Hochschule und der Pädagogischen Hochschule wandten sich gegen die Ermittlungen gegen Fritz Güde: W. Baurichter / M. Hoffmann / V. Schick / B. Zimokrug (Name nicht deutlich lesbar) / H.H. Schulze / P.G. Trost (alle wissenschaftliche Assistenten); K. Rippert (Akademischer Rat).
Hamburg:
Angestellte im Öffentlichen Dienst, die aufgrund von zeitlich befristeten Verträgen arbeiten, berichteten, wie mit dem Instrument der Zeitverträge der Staat im Konfliktfall die Angestellten so reibungslos wie möglich los werden kann. Sie wandten sich gegen diese Willkürverträge und gegen die Entrechtung im Öffentlichen Dienst:
G. Hegemann / P. Kuhn / M. Bülow / U. Bartscher / P. Wilke / B. Erhardt / V. Bethke.
Frankfurt:
"... Noch sind uns die Fälle bekannt, wo z.B. in Frankfurt 2 Sozialarbeiter vom Jugendsozialwerk entlassen wurden, weil sie Kritik an der "sozialen" Verkleisterungsarbeit geübt haben oder wo eine Sozialarbeiterin von der Arbeiterwohlfahrt entlassen wurde, weil sie neben der Spielstubenarbeit noch Elternversammlungen durchführte und über politische Fragen, z.B. Mieterangelegenheiten, mit den Eltern diskutierte und diese beriet. Wir verurteilen aufs Schärfste die Disziplinierungsmaßnahmen gegen den Lehrer Fritz Güde..."
H. Burghardt / S. Detig / R. Karges / D. Abele / K. Weigand / H. Benz / W. Schlienz (alle Sozialarbeiter in Frankfurter Jugendhäusern).
Mannheim:
U. Rüdenburg / A. Müller / U. Ehrmann / I. Gieringer / M. Abt / G. Massar / B. Groß (alle im Vorschulbereich tätig).
Göttingen:
In der KVZ Nr. 6 haben wir schon eine Notiz über 132 Göttinger Solidaritätsunterschriften für Fritz Güde gebracht. Die Zahl der Unterschriften hat sich in den vergangenen Tagen auf 448 erhöht. In der Mehrzahl haben Studenten und Schüler diese Resolution unterschrieben. Unter den Unterschriebenen waren auch:
B. Seel / S. Schwab / Heuer / S. Reich / Ch. Ziemann / E. Kleine / Beck / Ch. Boness (alle Lehrer); G. Vossik / H. Korte / Ch. Krieg / K. Harms-Boltzen / A. Bohnsack / R. Dehn (alle wissenschaftliche Assistenten); J. Plotzki, Biol.-Techn. Assistent; T. Bach, Gerichtsreferendar; Ninkler / Zerhaus / Jahn / Lange / Stalling (alle Referendare); M. Fritzsch / L. Wienhold / H. Lint / G. Guder (alle Soldaten); M. Goerke / U. Greuel (beide Krankenschwester); M. Warnecke, Schwesternschülerin; G. Schulenburg / Obermann (beide Doktorand); S. Kluge, Beschäftigungstherapeut; J. Kind, Arzt; I. Pape, techn. Angestellte; ChCh. Specht, kaufm. Angestellte; H. Severitt, Grafik-Designer; H. Schottke, Ersatzdienstleistender; P. Mayer, Maschinenschlosser; H.-H. Hücking, Dozent; M. Wittmeyer, Elektriker; D. Gerke, Elektromechaniker; M. Behrendt, Kindergärtnerin.

Hamburg:
C. Wagner, M. Ohle, G. Beckmann, B. Becker, P. Skalowski, H.-D. Becker, J. Warnecke, R. Müller-Broders, Bremen: R. Warnken.
Herne:
"... Man muß diesen Kampf dazu benutzen, Eltern, Schülern, anderen Lehrern und der Bevölkerung insgesamt den Charakter dieses Staates aufzuzeigen. Darum fände ich es sehr gut, wenn auch andere Schüler diesen Fall offen propagieren würden.
Ch. Stiehling, Schüler, 15 Jahre.

BREMEN: VERFAHREN WEGEN FLUGBLATTVERTEILENS

Gegen den Lehrer Fritz Güde, Karlsruhe, ist vom Oberschulamt Karlsruhe (CDU) ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, das Vorbereitung eines Disziplinarverfahrens ist. Grund dieses Verfahrens ist, daß Fritz Güde öffentlich in Karlsruhe die Kommunistische Volkszeitung verkauft.
Gegen die Regierungsrätin Antje Linder, Referentin beim Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst in Bremen (SPD) wurde am 8.3.74 ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Grund dieses Verfahrens ist, daß Antje Linder am 6.3.74 vor dem Betrieb VFW-Fokker an die streikenden Metaller Flugblätter des Kommunistischen Bundes Westdeutschland verteilt hat.
Die Lehrerin Ulla Gerstenberg-Beumler wurde am 14.2.74 in Hoya bei Bremen von der GEW-Führung (SPD) aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Grund dieses Ausschlusses ist, daß Ulla Gerstenberg-Beumler in Hoya die Kommunistische Volkszeitung verkauft.

Die vorbereiteten bzw. eingeleiteten Disziplinarverfahren und der Gewerkschaftsausschluß richten sich also gegen die Wahrnehmung des demokratischen Rechts, öffentlich eine politische Auffassung zu vertreten und zu propagieren. Die Unterzeichneten, Arbeiter, Angestellte und Beamte an der Universität Bremen, betonen, daß die öffentliche Propagierung einer politischen Auffassung das Recht jedes Menschen ist und daß dieses Recht auch den Arbeitern, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst nicht genommen werden kann.

Wir protestieren dagegen, daß Fritz Güde und Antje Linder wegen der aktiven Wahrnehmung des demokratischen Rechts auf freie politische Betätigung diszipliniert werden sollen und daß Ulla Gerstenberg-Beumler aus demselben Grund aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden ist. Wir wehren uns gegen Übergriffe des Staates und der Gewerkschaftsführung auf dieses Recht, ungeachtet dessen, ob wir mit der Meinung, die in der Kommunistischen Volkszeitung bzw. vom Kommunistischen Bund Westdeutschland vertreten wird, übereinstimmen oder nicht.

Für freie politische Betätigung in Ausbildung und am Arbeitsplatz!
Für uneingeschränkte Meinungs- und Organisationsfreiheit!

Bisher wurde der Offene Brief u.a. von folgenden Dienstleistern (DL) und Hochschullehrern (HL) der Universität Bremen unterschrieben:
F.Arndt (HL), L.Arnold (HL), K.Begemann (DL), D.Beyersmann (HL), A.Biesecker (HL), A.Bode-Noltenius (DL), A.Börner (DL), E.Busche (DL), H.D.Dombrowski (HL), R.Dickler (HL), E.S.Eckhoff (DL), K.Grenzdörffer (HL), I.Hamann (DL), B.Herzbruch (DL), K.Horneffer (HL), H.Kleinschmidt (DL), H.Knecht (DL), U.Landau (DL), Chr.Maaß (DL), F.Nake (HL), R.Riedel (DL), J.Sauerland (DL), J.Scheer (HL), Chr.Schlüter (DL), I.Schmitz-Feuerhake (HL), B.Wagner (DL), V.Wihstutz (HL), R.Hickel (HL).

FALSCHE ÜBERSCHRIFT

"An die Redaktion der KVZ

Die in der GEW organisierten Kollegen an meiner Schule haben mich zu Recht darauf hingewiesen, daß die Überschrift zu meinem Leserbrief "GEW bedroht Verkäufer der Kommunistischen Volkszeitung" (KVZ Nr. 5) falsch ist. Wir waren uns darüber einig, daß sie noch niemals einen Zeitungsverkäufer gleich welcher Art bedroht haben, und daß sie sich getroffen fühlen, wenn von "der GEW" gesprochen wird. Denn sie sind die Gewerkschaft und nicht nur ein Vorsitzender. Nicht "die GEW", sondern der Vorsitzende des VBLE in der Bremer GEW, Mews, hat mir gedroht.
Mit freundlichen Grüßen
Hermann Kuhn
Bremen, Schule am Pürschweg"

KARLSRUHER LEHRER

Auch wir betrachten es als das selbstverständliche demokratische Recht eines jeden Bürgers und Beamten, sich zur Wahrnehmung seiner Interessen und zur Verteidigung seiner Rechte in einer Koalition zusammenzuschließen.
Wir wenden uns daher mit allem Nachdruck dagegen, daß das Oberschulamt durch die Einleitung eines Disziplinarverfahrens den Kollegen Güde an der Wahrnehmung seiner Rechte zu hindern versucht.
F.Menze (GEW-Junglehrervertreter im Bezirk Murgtal) und die Lehrer H.Fuchs, H.Gentz, R.Mönckert, Karlsruhe.

ÖTV-BEZIRKSJUGENDKONFERENZ NIEDERSACHSEN

Die ÖTV-Bezirksjugendkonferenz Niedersachsen wandte sich am 27. März in Hannover mit einer Resolution gegen die politischen Unterdrückungsmaßnahmen im Öffentlichen Dienst. In der Resolution heißt es u.a.: "So wird der Kollege Klaus Dörries deshalb nicht in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis in der Landesversicherungsanstalt übernommen, weil er Mitglied der DKP ist und sich politisch entsprechend eingesetzt hat. Vorher hatte man ihn 1 Jahr lang mit Zeitarbeitsverträgen in der Landesversicherungsanstalt beschäftigt. Gegen den Lehrer Fritz Güde aus Karlsruhe wird ein Berufsverbotsverfahren eingeleitet, weil er die Kommunistische Volkszeitung verkauft hat und sich aktiv in einem "Komitee gegen Berufsverbote" gegen den Abbau demokratischer Rechte eingesetzt hat. Die Teilnehmer der Bezirksjugendkonferenz vertreten die Auffassung, daß es notwendig ist, gegen alle Disziplinierungs- und Unterdrückungsmaßnahmen öffentlich zu protestieren, und daß es richtig ist, sich die elementaren demokratischen Rechte zu nehmen. Deshalb fordern wir:

Keine Beschneidung der Meinungs-, Rede- und Organisationsfreiheit!
Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Öffentlichen Dienst!
Für die Abschaffung jedes besonderen Dienstrechts im Öffentlichen Dienst!
Sofortige Wiedereinstellung des Kollegen Dörries durch die Landesversicherungsanstalt!
Einstellung des Berufsverbotsverfahrens gegen den Kollegen Güde!"
Folgende Delegierte und Gastdelegierte unterschrieben: H. Dralle, W. Benser, P. Knorr, I. Pape, B. Lück, P. Elling, J. Beerhorst, L. Maaß, S. Glüsenkamp, M. Goldmann, B. Gerlach, H. Flußpohlen (Unterschrift unleserlich) / H. Seger / E. Pieper / M. Maute / K.-D. Lorenz / U. Bitter / D. Buntius / J. Bellack / H. Hörke / J. Wilhelms (Unterschrift unleserlich) / U. Wöhler / W. Schedel (Unterschrift unleserlich) / K. Ohse (Unterschrift unleserlich) / B. Jahnke / U. Asendorf / I. Kehrer / I. Schweger / H. Herbig / K. Rinke / R. Müller / B. Rump / J. Felz / R. Schmidtpott.

UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG

Mannheim:
"Das Mannheimer Komitee gegen die Berufsverbote und gegen die politische Entrechtung im Öffentlichen Dienst hat eine Solidaritätskampagne für Fritz Güde durchgeführt... In kurzer Zeit kamen 322 Unterschriften zusammen. Zum großen Teil ist der offene Brief von Schülern (150) und von Studenten (76) unterschrieben worden. An den Infoständen in der Stadt ist er jedoch auch von vielen Berufstätigen unterschrieben worden, z.B. von 12 Lehrern, 11 Krankenschwestern bzw. -pflegern und vielen Arbeitern und Angestellten..."
Außerdem unterschrieben 6 Angestellte einer Mannheimer Baufirma eine Solidaritätsresolution.
Weinheim:
Das Komitee gegen die Berufsverbote und politische Entrechtung im Öffentlichen Dienst Weinheim sammelte 33 Unterschriften unter die Resolution "Es wie der Lehrer Güde machen!", darunter waren Schüler, Studenten, Lehrer, Hausfrauen, Elektriker, Chemiefacharbeiter.

Freiburg:
Auch alle Mitglieder des Freiburger Komitees gegen die Berufsverbote und die politische Entrechtung im Öffentlichen Dienst protestierten scharf gegen die Verfolgung Fritz Güdes. Im Auftrag unterzeichnete V. Ohm.

Oldenburg:
Das Komitee gegen die Berufsverbote und gegen die politische Entrechtung im Öffentlichen Dienst solidarisiert sich mit dem Lehrer Güde. Im Auftrag des Komitees schrieb B. Widzgowski an die KVZ.

Bad Lauterberg (Harz):
Aus Bad Lauterberg und Umgebung erreichten uns 20 Unterschriften, mit denen gegen das Vorgehen des Oberschulamtes Karlsruhe gegen Fritz Güde protestiert wird.

AJLE WIESBADEN

Die Kollegen des AjLE Wiesbaden-Stadt verabschiedeten auf ihrer Sitzung am 28. März einen Brief an die KVZ und die "päd. extra", aus dem wir in Auszügen zitieren. Sie teilen mit, daß "der Kreisvorstand der GEW am 18. März den AjLE mit sofortiger Wirkung für aufgelöst erklärt" hat. Außerdem beabsichtigt der Kreisvorstand, gegen 4 Kollegen, "die sämtlich aktiv im AjLE arbeiten und von denen drei das gewählte Vorstandskollektiv des AjLE stellen", Ausschlußanträge beim Landesvorstand zu stellen.

Auch Kollegen des AjLE werden für das Recht eintreten, die KVZ ebenso wie jede andere Zeitung öffentlich zu lesen und zu verkaufen, wie sie dies bisher getan haben."

SEMINAR SOLIDARISCH

Zierenberg (Hessen):
Die Teilnehmer des Seminars "Jugendzentrum in Selbstverwaltung" im Jugendhof Dörnberg solidarisieren sich mit dem Kollegen Fritz Güde aus Karlsruhe. Am 13. März unterschrieben 36 Lehrer, Schüler, Studenten, Sozialarbeiter, Arbeiter und andere Werktätige einen offenen Brief.

Schriesheim (Nordbaden):
"Das Schriesheim/Ladenburger Komitee gegen Berufsverbote und politische Entrechtung im Öffentlichen Dienst erklärt sich solidarisch mit Fritz Güde... Das Komitee unterstützt die Forderungen des Hamburger "Komitees für ein demokratisches Volksbildungswesen" zur Wiedereinstellung von Christiane Huth.

Schulstreik in Höchenschwand

Mehrere Tage lang streikten Ende Februar sämtliche Schüler der Hauptschule Höchenschwand (Schwarzwald). 170 Schüler, unterstützt von den Eltern, zogen in einem Demonstrationszug durch das Dorf und forderten, daß der Lehrer Teutsch als Schulleiter eingesetzt wird.
Zuvor hatten sich 68 von 72 anwesenden Eltern auf einer Elternversammlung dafür ausgesprochen, daß der bisherige kommissarische Schulleiter Teutsch in seinem Amt bestätigt wird. Sie drückten damit ihren Wunsch aus, die bisherigen Verhältnisse an der Schule fortzusetzen, daß z.B. wie bisher die Schule auch nachmittags geöffnet ist für alle, die Sport betreiben oder werken wollen, daß keine Schulordnung die Aktivitäten der Schüler einschränkt etc.
Die Reaktion des Oberschulamts auf diesen Versuch der Eltern, Einfluß zu gewinnen auf die Schule, auf die Wahl des Schulleiters, war eindeutig: Lehrer Teutsch wurde abgelehnt. Mit formaler Begründung, nämlich höherem Dienstalter, wurde den Eltern, Schülern und dem Lehrerkollegium ein anderer Rektor vor die Nase gesetzt. Den spontanen Protest der empörten Eltern und Schüler versuchte das Oberschulamt sofort zu zerschlagen. Auf einer Versammlung von Eltern und Schulamtsvertretern wurde den Eltern erklärt, daß sie mit dem Schulstreik gegen die herrschenden Gesetze verstoßen und daß sie mit



Schüler und Eltern wollen den Rektor selbst bestimmen

Bußgeldern zu rechnen hätten. Auch den Lehrern wurde mit Disziplinarmaßnahmen gedroht. Es sei einzig und allein Sache der Schulbehörde, nicht aber Sache von Eltern und Schülern, über die Besetzung von Schulleiterstellen zu befinden! Diese massiven Einschüchterungsversuche verfehlten ihre Wirkung nicht: am nächsten Morgen saßen wieder alle Schüler im Unterricht.
Trotzdem haben die Eltern und Lehrer in Höchenschwand eine wichtige Erfahrung gemacht, nämlich daß der bürgerliche Staat es um keinen Preis zuläßt, daß sich die Bevölkerung in Schulangelegenheiten einmischt. Die Konsequenz daraus kann nur sein, den Kampf zukünftig entschieden gegen den bürgerlichen Staat zu führen.
U.B., Höchenschwand

SCHÜLER RAUSGEWORFEN

2 kommunistische Schüler wurden in der letzten Woche vom Bildungssenat aus dem Bremer Parseval-Gymnasium geschmissen. Ihr Verbrechen: Sie hatten Wandzeitungen über den Kampf der Frankfurter Bevökerung gegen Mietwucher und Bodenspekulation aufgehängt

Schülerdemonstrationen und Schulstreiks

KUNDGEBUNG DER SCHÜLERINITIATIVGRUPPE: KAMPF DER AUFLÖSUNG DER SV AN DER AUGUST-BEBEL-SCHULE!

An Offenbacher Schulen ist der Schulbürokratie die Initiative aus der Hand gerissen. Die Schüler schließen sich zusammen und richten ihren Kampf um ihre Forderungen gegen Schulleiter und staatliche Behörde. Vorläufiger Höhepunkt in dieser Entwicklung war die Kundgebung der Schülerinitiativgruppe am 16.3. am Offenbacher Marktplatz

Auf der Kundgebung berichtete eine Schülerin der Rudolf-Koch-Schule, wie die Schüler um einen Aufenthaltsraum kämpfen.
zer-Schule hat dargestellt, wie die durch die Einführung des Kurssystems beanspruchte freie Wahl der Fächer und der Lehrer durch Lehrermangel zur Farce gemacht wird.
Von der August-Bebel-Schule (Berufsschule) wurde durch den Stand und durch den Megaphonbeitrag eines Lehrlings und einer Lehrbeauftragten folgendes dargestellt: Die Schüler haben ihr Recht auf eine Vollversammlung trotz Verbot von Direktor Hartwig genommen und beraten 1. wie sie den Kampf um die Einschulung von ca. 1 000 schulpflichtigen ausländischen Jungarbeitern und Lehrlingen gegen die Kapitalisten (sie drohen den Ausländern mit Rausschmiß oder mit niedriger Bezahlung, sollten sie die Schule besuchen) und gegen die Schulbürokratie führen (weder ausreichende Räume noch Lehrer werden zur Verfügung gestellt). 2. wie eine Klasse einen reaktionären Lehrer bestreikt und 3. wie sie den Kampf gegen eine Stundenregelungsänderung führen, die bewirkt, daß immer mehr Lehrlinge am Berufsschultag zusätzlich im Betrieb arbeiten gehen müssen. Der Lehrling, der sich in dieser Vollversammlung am aktivsten für seine Mitschüler und Kollegen eingesetzt hat, hat eine Anzeige vom Hartwig wegen Hausfriedensbruchs bekommen. Als die Lehrbeauftragte eine vom Ausschuß junger Lehrer und Erzieher (GEW) verabschiedete Solidaritätserklärung aufhängen wollte, ist dies ihr vom Hartwig untersagt worden. Als die SV sich mit diesem Lehrling solidarisierte und auch beriet, wie die Inhalte der Vollversammlung tatsächlich zu erkämpfen sind und wie eine Interessenvertretung der Schüler durchzusetzen ist, hat Hartwig die SV-Wahlen angefochten und für unrechtsmäßig erklärt.
Auf dem Stand hing auch ein Artikel von der "Offenbach Post" über ein Interview mit Hartwig, der sich als fürsorglicher Verteidiger des Einschulungsrechts der Ausländer hervortut! Das Verhalten vom Hartwig wurde richtig dargestellt, als die volksfeindliche Taktik eines SPD-Karrieristen, der sich vergeblich bemüht, eine Bewegung um demokratische Rechte unter der Schülerschaft durch seine großen Sprüche in der Zeitung aufzufangen, während er gleichzeitig alles macht, um diese Bewegung zu zerschlagen.
Do, Offenbach

KÖNIGSLUTTER: BREITER SCHULSTREIK

In unserer Gegend (Ostniedersachsen) spitzt sich der Kampf der Volks- und Realschullehrer gegen die untragbaren Zustände im Volksbildungswesen enorm zu. Nachdem schon vor einigen Wochen in Neuhaus die Schulkinder von ihren Eltern nicht zur Schule geschickt worden waren, griffen nun auch in Königslutter/Elm die Eltern von rund 500 Realschülern zu Kampfmaßnahmen gegen die miserablen Verhältnisse an der Realschule.
Seit mehr als zehn Jahren ist die Realschule in den schlimmsten Räumen untergebracht und seit fünfzehn Jahren war immer wieder ein Neubau versprochen worden. Planungen gab es auch schon, im letzten Jahr hätte mit dem Bau begonnen werden müssen. Im ersten Bauabschnitt, mit dem erst in den nächsten Monaten begonnen werden soll, ist allerdings nur die Unterbringung der Orientierungsstufe vorgesehen, was für die Realschule keine Entlastung bringt.

"Der Rat der Stadt hatte zwar beschlossen, das Gesamtschulprojekt ohne Verzug zu vollenden. Der Landkreis Helmstedt hat auch im Etat 1974 rund 1,5 Millionen Mark für den Schulbau in Königslutter bewilligt. Dies genügt den Eltern aber nicht. Sie seien realistisch genug, um zu wissen, daß nur bei Inangriffnahme des Gesamtrohbaus Aussicht auf Verwirklichung des Vorhabens bestehe und lehnten daher jeden Kompromiß oder bloße Absichtserklärungen von vornherein als unzureichend ab, hieß es in der Entschließung." (Wolfsburger Allgemeine vom 26. März)
Aus diesem Grunde holten dann auch mehr als hundert Eltern ihre Kinder am Samstag, den 23. März, nach der ersten Unterrichtsstunde zu einem Protestmarsch durch Königslutter ab, nachdem der Elternrat am Abend vorher den Schulstreik beschlossen hatte . Am darauf folgenden Montag und Dienstag (dann gab es Osterferien) erschien kein einziger Schüler mehr zum Unterricht:

H.B., Ortsgruppe Wolfsburg/Gifhorn

RECHTE DER SCHÜLER EINGESCHRÄNKT

Kiel. Am Mittwoch, 20.3., demonstrierten knapp 1 000 Schüler gegen den Entwurf für eine neue Verordnung über Schülervertretungen. (Schülervertretungen sind die Interessenvertretungen der Schüler an den Schulen sowie auf Kreis- und Landesebene.) Nach dem Entwurf soll die Arbeit der Schülervertretung (SV) erheblich eingeschränkt werden und unter die totale Aufsicht durch Schulleiter und Schulbehörde gestellt werden. Die Zahl der Sitzungen des Schülerparlaments wird eingeschränkt. Es darf nur eine Versammlung aller Schüler pro Schuljahr stattfinden, auf der auch keine Beschlüsse gefaßt werden dürfen. Der Direktor erhält das Recht, Flugblätter und Veranstaltungen der Schülervertretung zu verbieten. Schülervertreter können vom Landesschulamt abgesetzt werden.

Sparen FÜR WEN?

Sparmaßnahmen führte die Samtgemeinde Dransfeld durch: Sieben Putzfrauen aus der Mittelpunktschule Dransfeld wurde zum 1. Mai gekündigt; die Reinigungsarbeiten sollen dann von der Putzkolonne einer Göttinger Reinigungsfirma übernommen werden.
Wie diese Sparmaßnahme ermöglicht werden soll, erfuhren die gekündigten Putzfrauen auch gleich durch das "großzügige" Angebot dieser Reinigungsfirma: Vier von ihnen sollte die Arbeitsstelle erhalten bleiben – nur statt 6 DM Stundenlohn 5,75 DM und statt 150 qm Reinigungsfläche pro Stunde 240 qm.
Die Putzfrauen lehnten ab. In Dransfeld werden sie in absehbarer Zeit keine gleichwertige Arbeit finden. Keine von ihnen ist gewerkschaftlich organisiert. Sie vertrauten der Illusion, daß die Arbeit im Öffentlichen Dienst "krisensicher" sei. Allein auf sich gestellt, sahen sie keine Möglichkeit, sich gegen ihre Entlassung zu wehren.
Unterstützung erhielten sie dann allerdings von fortschrittlichen Lehrern aus dem Kollegium der Mittelpunktschule und von Teilen der Dransfelder Bevölkerung. Mehrere Lehrer unterschrieben Solidaritätslisten für die Putzfrauen; einige informierten gemeinsam mit den Putzfrauen durch Pressemitteilung und Infostand die Dransfelder Bevölkerung. Auch Schüler beteiligten sich an dieser Aktion.
Eine weitere Information beleuchtet das Gerede von den notwendigen Sparmaßnahmen: Der Gemeinderat schafft sich neue Stühle an – 600 DM das Stück!
E.B.

Auseinandersetzungen um Jugendzentren

BREITE JUGENDZENTRUMSBEWEGUNG IM KREIS ROTENBURG/WÜMME

Rotenburg (Niedersachsen). Die Kommunistische Volkszeitung hat schon mehrfach darüber berichtet, wie Jugendliche um die Einrichtung von Jugendzentren kämpfen. Ich kann aus dem Kreis Rotenburg berichten, daß es in jedem größeren Dorf (die gleichzeitig Zentren für die kleineren Dörfer sind) eine Bewegung für Jugendzentren gibt, für Orte, an denen die Jugendlichen ihre Freizeit nach ihren Vorstellungen gestalten wollen, ohne dem Konsumzwang unterworfen zu sein. Sie wehren sich damit dagegen, daß sie ihre Freizeit nur mit Hilfe von Geld gestalten können – und dann auch noch unter der Fuchtel des Geldes, nämlich so, wie Konsumgüterindustrie und Freizeitunternehmen es sich vorstellen zur bestmöglichen Erhöhung ihres Profits.
Wie stark das Bedürfnis nach Jugendzentren ist, läßt sich daran erkennen, daß das Jugendzentrum Rotenburg schon nachmittags stark besucht wird und die einschlägigen Kneipen abends relativ leer sind, daß zu den Festen der "Aktion Jugendzentrum Scheeßel" (Scheeßel ist ein Ort mit 5 000 Einwohnern) zwei- bis dreihundert Jugendliche kamen und dort nahezu 50 Menschen aktiv für ein Jugendzentrum kämpfen. Daß bei einem Flohmarkt der Aktion Jugendzentrum Scheeßel um die tausend Mark zusammengekommen sind für ein Jugendzentrum, zeigt, daß die Jugendlichen eine breite Unterstützung in der Bevölkerung finden. G.K., Rotenburg (gekürzt)



Darmstadt. Protest gegen die Schließung des Jugendzentrums Martinsviertel. Mit diesem Beschluß hat der Stadtrat auf die Forderung der Jugendlichen u.a. nach einem Nutzungsvertrag, der Renovierung des Versammlungsraums und der sofortigen Einstellung eines hauptamtlichen Mitarbeiters geantwortet. Bisher haben die Jugendlichen das Haus auf eigene Kosten unterhalten. Es war ihnen im vergangenen Jahr vom Stadtrat zugestanden worden, nachdem sie eine leerstehende Villa besetzt hatten. Die Jugendlichen haben den Kampf gegen den Abbruchplan des Magistrats aufgenommen und eine breite Aufklärungsarbeit in der Stadt über die jugendfeindliche und volksfeindliche Politik des Stadtrats eingeleitet. Sie führten u.a. eine Unterschriftenaktion durch, veranstalteten eine Bürgerversammlung und waren immer wieder mit Informationsständen in der Stadt. An einer Demonstration für die Erhaltung des Hauses beteiligten sich über 300 Jugendliche. Zur Durchführung all dieser Aktionen wurde ein Aktionskomitee gegründet. Schließlich besuchten die Jugendlichen die Sitzung des Stadtrates, um zu erreichen, daß die Frage des Jugendhauses auf die Tagesordnung kam. Die Stadtverordneten, ganz erschreckt darüber, daß sie zur Rechenschaft gezogen werden sollten, fühlten sich "erpreßt". Sie lehnten es ab, auf Verlangen der Jugendlichen diesen Punkt zu diskutieren und drohten stattdessen mit der Polizei. Die Jugendlichen verließen daraufhin den Saal, um sich an die Menschen in der Stadt zu wenden.

STADT LÄSST IN NACHT UND NEBELAKTION DAS JUGENDZENTRUM ABREISSEN

Moers/Rheinland. Anfang März dieses Jahres wurde in einer "Nacht- und Nebelaktion" um 5 Uhr Morgens das einzige selbstverwaltete Jugendzentrum in Moers abgerissen. Gesichert wurde diese Gewaltaktion durch einen Großeinsatz uniformierter und ziviler Polizisten. Als ein Jugendlicher den Vorgang fotografieren wollte, wurde er gewaltsam daran gehindert und seine Kamera beschädigt.
Höhepunkte der darauf folgenden Protestaktionen waren die Besetzung des Rathauses am 11.3. und die Blockierung einer Hauptverkehrsstraße am 22.3.74.

BEZIRKSAMT KREUZBERG ZERSTÖRT EIN JUGENDZENTRUM / BAUARBEITER SOLIDARISCH

Westberlin. Am Donnerstag, den 28. März, ist auf Anordnung des Bezirksamtes Schöneberg der größte Teil der Gebäude des Schöneberger Jungarbeiter- und Schülerzentrums (SJSZ) abgerissen worden. Das ist der vorläufige Höhepunkt der volksfeindlichen Maßnahmen des Bezirksamtes gegen eine Gruppe von Jungarbeitern, Schülern, Eltern und Kindern, die die Gebäude vor 2 Jahren besetzt hatten.
Bereits vor 2 Monaten, als ein Brandanschlag auf das Haus verübt worden war, hatte der Bezirksbürgermeister Gleitze in der Öffentlichkeit die Mitglieder des SJSZ als "Vandalen" bezeichnet. Er hetzte: "Vandalen" würden sich "durch Hakenkreuz und Hammer und Sichel gleichermaßen auszeichnen". Mit einem besonders zynischen Trick versuchte das Bezirksamt dann die Gruppe zu spalten. Als zufällig kurz vor dem Abrißtermin die Eltern von dem Senat verlangten, Gelder für Renovierungsarbeiten bereitzustellen, erklärte man, das sei nicht möglich. Man schlug vor, die Eltern sollten für die Kindergruppe neue Räume anmieten. Die angebotenen Räume waren aber zu klein, außerdem durchschauten die Mitglieder des SJSZ die Politik der Stadtbürokratie. Als das Angebot abgelehnt worden war, rückte der Stadtrat Schmidt mit der Sprache raus: Das Kinderhaus (der Teil der Gebäude, in dem die Kinder untergebracht sind) solle abgerissen werden! Und Schmidt erschien persönlich am 28. morgens um 5 Uhr in Begleitung einer Abbruch-Kolonne mit den entsprechenden Maschinen. Nur die verbrannten Teile sollten abgerissen werden, hieß es. Doch schriftlich geben wollte Schmidt das nicht. So sperrten die anwesenden Mitglieder des SJSZ den Zugang und erklärten den Arbeitern, warum sie das Gebäude erhalten wollten. Der Erfolg war, daß sich die Bauarbeiter mit den Eltern, Kindern und Jugendlichen solidarisierten.
Am Mittag erschienen 300 kampfmäßig ausgerüstete Polizisten, begleitet von derselben Baufirma, größtenteils mit anderen Arbeitern. Die Polizisten fackelten nicht lange, sie fuhren mit ihren eigens dafür mitgebrachten Bulldozern das Eingangstor ein und rissen gleich darauf die Mauer des Kinderhauses ein. Die im Haus Versammelten, größtenteils Kinder, wurden mit äußerster Brutalität aus dem Gebäude entfernt. Daraufhin riegelten die Polizisten den ganzen Wohnblock ab, um das schmutzige Geschäft des Bezirksamtes ungestört zu Ende führen zu können. In 4 Stunden war ihre Arbeit beendet, aber das Bezirksamt hat keinen eindeutigen Sieg über das SJSZ errungen. In der Zeit, in der die Zerstörung unter Polizeischutz durchgeführt wurde, fand eine spontane Demonstration statt, wurden durch Flugblätter die Interessen der Jugendlichen gegen den bürgerlichen Staat herausgestellt und durch Diskussionen mit der Bevölkerung erreicht, daß sich viele Menschen mit dem SJSZ solidarisierten. Am nächsten Tag konnten insgesamt 1 800 Unterschriften gesammelt werden, wobei die Unterzeichner die Forderung an den Stadtrat richteten, am Montag, dem 1. April Rechenschaft vor dem Volk abzulegen über das was vorgefallen war.

KG Westberlin / Red.

PROZESSE GEGEN JUGENDLICHE

Wuppertal. Seit Ende Januar laufen die Prozesse gegenüber 100 Jugendlichen, die sich im Herbst letzten Jahres an einer auf 3 Stunden befristeten Besetzung eines schon seit Jahren leerstehenden Hauses beteiligt hatten. Mit der Hausbesetzung wollten die Jugendlichen zeigen, daß ihre Forderung nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung zu erfüllen ist. Die Stadtbürokratie ging damals jedoch mit brutalem Terror mit Hilfe der Polizei gegen die Jugendlichen vor. Diejenigen der Festgenommenen, die unter 18 Jahren waren, wurden im Jugendstrafverfahren abgeurteilt, die älteren bekamen Strafbefehle mit Geldstrafen bis zu 370 DM. Die Jugendlichen legten Einspruch ein gegen die Geldstrafen. Jetzt wird ihnen der Prozeß gemacht. In den Schnellverfahren sind bis jetzt Urteile herausgekommen, die die Geldstrafen bestätigen und viele Jugendliche zur Ableistung von Arbeitsdiensten verurteilen. In Wuppertal wurden über 7 000 Unterschriften zur Unterstützung der Forderungen der Jugendlichen gesammelt
KBW-Symp.gruppe Wuppertal







WIESBADEN: "VOLKSVERTRETER HIERGEBLIEBEN"!

Im Zusammenhang mit der Schließung des Jugendzentrums PUB in Wiesbaden wurden Stadtverordnete von CDU und SPD, sogenannte Volksvertreter, zur Rede gestellt.
Auf der PUB-Vollversammlung vom 18. März erschien CDU-Stadtverordneter Klein und versuchte auf der Empörung gegen den SPD-Magistrat sein Wahlkampf-Süppchen zu kochen. Die Jugendlichen nagelten ihn jedoch fest und verlangten auf seine unklaren Stellungnahmen hin, daß er sich in die Unterschriftenliste eintrage, durch die bereits 1 400 Menschen ihre Zustimmungen zu den Forderungen der PUB-Jugendlichen zum Ausdruck gebracht hatten. Das lehnte er strikt ab, sagte, ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung gebe es für Wiesbaden nicht und entlarvte sich so vor der Vollversammlung. Zwischendurch versuchte er klammheimlich zu verschwinden, was ihm aber nicht gelang, da die Jugendlichen sofort riefen: "Volksvertreter hiergeblieben!"
Nicht anders erging es dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Exner: Am Ende einer Bürgerversammlung sagte er zunächst großspurig: Ich bin für die Forderungen der Jugendlichen. Daraufhin wurde ihm ein Zettel vorgelegt, um das zu unterschreiben. Schlagartig hatte er seine Meinung geändert und rückte mit seiner wirklichen heraus: Er bestritt, daß die PUB-Vollversammlung überhaupt Forderungen aufstellen kann.
Ortsaufbaugruppe Wiesbaden

PROGRAMMENTWURF DER GRUPPE ROTE FAHNE (KPD)

Keine Antwort auf die Frage nach dem Weg der Revolution in Westdeutschland!

Nach mehreren vergeblichen Anläufen hat die Gruppe Rote Fahne (KPD) den Entwurf eines Programms veröffentlicht. Zu diesem Zwecke hat sie am 16.3.1974 ihre Mitglieder, die Angehörigen ihrer Massenorganisationen und ihre Sympathisanten – insgesamt etwa 2 500 Menschen – in Düsseldorf zu einer Großveranstaltung zusammengezogen. Diese Mitglieder und Anhänger harren seit Jahr und Tag ihrem Programm und ihrem ersten Parteitag entgegen. Jetzt haben sie ihren Programmentwurf und sind so schlau als wie zuvor. Man hat ihnen einen Programmentwurf vorgelegt, der sich dadurch auszeichnet, daß er keine einzige positive Forderung enthält, also die Frage nach der zu verfolgenden Linie und dem Weg zur Eroberung der Macht offen läßt.

Unter der Überschrift "Der Weg der proletarischen Revolution" kann man nur erfahren, daß die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes hergestellt werden muß und zwar "mit dem Ziel des Sturzes des kapitalistischen Ausbeutersystems und der Errichtung der proletarischen Diktatur" (Entwurf S. 31). Wie das geschehen soll, darüber herrschen recht beschränkte Vorstellungen: "... indem sie (die Kommunistische Partei) die Propaganda für die sozialistische Revolution in alle Teilkämpfe trägt" (S. 31). Das ist eine Vorstellung, die für einen Propagandistenverein naheliegend ist. Sie verträgt sich auch ohne weiteres damit, die stattfindenden (Teil)kämpfe auf ihrem gegebenen, begrenzten und prinzipiell – solange es sich um Teilkämpfe handelt – auf Reformen gerichteten Niveau zu organisieren. Die allgemeine Propaganda für den Sozialismus wird dann ergänzt durch eine in der Form häufig militante, in ihrem Kern jedoch reformistische Politik. Dieses Verhältnis von militantem Reformismus, der unter klassischen Reformistenparolen auftritt wie etwa "Für eine ausreichende medizinische Versorgung der werktätigen Bevölkerung", und Propagandistentum findet auf der programmatischen Ebene seinen Ausdruck darin, daß das allgemeine, propagandistische, keinerlei Forderungen enthaltende Programm ergänzt werden soll durch "Aktionsprogramme", welche die praktische Tätigkeit anleiten sollen. Solche "Aktionsprogramme" unterscheiden sich dadurch vom Programm der Kommunisten, daß sie ihre Forderungen in Bezug auf den aktuellen Entwicklungsstand des proletarischen Klassenkampfes aufzustellen versuchen und sie nicht vom Ziel der jeweiligen Etappe der Revolution her entwickeln. Von einer Orientierung in allen Wechselfällen des Klassenkampfes bis zur Erreichung des anstehenden Etappenzieles kann bei solchen wechselnden Aktionsprogrammen natürlich keine Rede sein. Sie sind bestenfalls geeignet, um der spontanen Entwicklung des Klassenkampfes hinterherzulaufen und ihr Ziele zu weisen, die innerhalb des Rahmens der politischen Herrschaft der bürgerlichen Klasse liegen. Sie sind nicht geeignet, um den spontanen Klassenkampf auf sein nächstes strategisches Ziel hinzuführen.

POLITISCHE FORDERUNGEN MÜSSEN VOM ETAPPENZIEL DER REVOLUTION HER BESTIMMT SEIN

Da das nächste strategische Ziel des proletarischen Klassenkampfes in Westdeutschland in der Eroberung der politischen Macht besteht, um den Sozialismus aufzubauen, müssen im Programm solche Forderungen aufgestellt sein, die geeignet sind, die Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat zusammenzufassen. Und die zugleich in der Lage sind, den unter Führung der Arbeiterklasse kämpfenden Massen als positive Grundsätze bei ihrer eigenen politischen Organisierung zu dienen und zwar sowohl im Bürgerkrieg gegen die politische Macht der Kapitalistenklasse, als auch bei der Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Staat der proletarischen Diktatur. Diese Forderungen sind im Grundsatz seit dem ersten Staat der Arbeiterklasse, seit der Pariser Kommune von 1871 bekannt und von der Arbeiterbewegung immer wieder erhoben und in revolutionären Situationen verwirklicht worden. Genau diese Forderungen, die auf einen Staat nach dem Muster der Pariser Kommune hinauslaufen, erhebt das Programm des KBW.

Die Gruppe Rote Fahne behauptet nun, diese Forderungen dürfe man nur während der Phase der Doppelherrschaft aufstellen. Also zu einem Zeitpunkt, wo der Staat der Arbeiterklasse in der Form von Räten schon existiert, gleichzeitig aber der Staat der bürgerlichen Klasse noch nicht gestürzt ist, beide also für eine kurze Zeitspanne nebeneinander in einem Land vorhanden sind. Diese von der Gruppe Rote Fahne heute aufgestellte Behauptung, man dürfe die Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit von Volksvertretern, ihre Bezahlung nach Arbeiterlohn, die allgemeine Volksbewaffnung bei Wahl der Offiziere usw. nur fordern, wenn Räte schon existieren, diese Behauptung ist noch unsinniger als die, welche die Gruppe Rote Fahne vorher zu dieser Frage vertreten hat. Diese erste, inzwischen stillschweigend fallengelassene Auffassung ging dahin, die Forderungen nach politischer Demokratie könnten überhaupt nur für die bürgerliche Etappe der Revolution aufgestellt werden. Man merkt: Wer gegen richtige Auffassungen angehen will, kommt nicht so leicht auf gute Ideen!

KANN DIE BÜRGERLICHE KLASSE IN WESTDEUTSCHLAND MIT EINEM STAAT NACH DEM MUSTER DER PARISER KOMMUNE IHRE HERRSCHAFT BEHAUPTEN?

Warum soll man nun die Forderungen, die auf einen Staat nach dem Muster der Pariser Kommune hinauslaufen erst in der Phase der Doppelherrschaft aufstellen dürfen? Weil ansonsten diese Forderungen darauf hinausliefen, "von der Bourgeoisie die Anerkennung ... einer Gegenmacht" zu fordern (Rote Fahne 12, 1974, S. 7). Das ist nun freilich eine Perle! Wenn man heute in Westdeutschland für die Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter eintritt; für die Wahl der Richter und aller höheren Beamten, die ebenfalls Arbeiterlohn erhalten und jederzeit absetzbar sein sollen; für die Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung bei Wahl der Offiziere, wenn man dafür heute in Westdeutschland eintritt, dann fordert man nicht die Anerkennung durch den bürgerlichen Staat, sondern seinen Sturz. Oder sind die Autoren der "Roten Fahne" etwa der Meinung, die politische Herrschaft der bürgerlichen Klasse in Westdeutschland sei mit einem Staat nach dem Muster der Pariser Kommune vereinbar? Das wäre freilich ein glänzendes Leumundszeugnis, daß sie der imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie damit ausstellen würden. Daß diese auch herrschen könne ohne Polizei, Armee, Offizierskorps, Richterschaft, Berufsbeamtentum, ohne ein Parlament, dessen Abgeordnete niemandem rechenschaftspflichtig sind und der Korruption offenstehen. Marxisten/Leninisten gehen noch immer davon aus, daß die bürgerliche Klasse ohne diese "besonderen Formationen bewaffneter Menschen" mit ihren "sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art" ihre politische Herrschaft nicht aufrechterhalten kann. Die Gruppe Rote Fahne jedoch ist von der Sorge geplagt, die "Wählbarkeit und jederzeitige Abberufung von Vertretungsorganen und Verwaltungsapparat, allgemeine Volksbewaffnung", die sie für "Elemente der proletarischen Demokratie" hält, könnten von "der Bindung an dieses klassenmäßige Ziel losgelöst ... zu Instrumenten bürgerlicher Herrschaft verkommen" (Rote Fahne 12/1974, S. 7). Daß das mit bestimmten demokratischen Einrichtungen immer geschehen kann, das ist unbestreitbar, z. B. ist heute in der Sowjetunion der oberste Sowjet und das ganze ehemalige Sowjetsystem ein Mittel zur Organisierung der bürgerlichen Herrschaft. Aber deswegen auf den Kampf für umfassende politische Demokratie zu verzichten, ist eine Albernheit.

PROPAGANDISTENTUM ODER ORGANISIERUNG DES MASSENKAMPFES UM DIE POLITISCHE MACHT

Die Albernheit sticht besonders ins Auge, weil die Rote-Fahne-Autoren durchaus begriffen haben, daß der klassenmäßige Inhalt der Volkssouveränität (oder wie es im Programm des KBW heißt, der ungeteilten und uneingeschränkten Volksherrschaft) unter den in Westdeutschland herrschenden Verhältnissen "nur heißen (kann): Diktatur des Proletariats, der Staat der Kommune" (Rote Fahne 11/1974, S. 7). Was sie nicht begreifen, ist, daß die Aufstellung von Forderungen, die auf die Organisierung der ungeteilten und uneingeschränkten Volksherrschaft hinauslaufen, dann nichts anderes bedeutet, als die proletarische Diktatur zu fordern. Die Rote-Fahne-Autoren fragen: "Weshalb propagiert der KBW ... nicht die höchste Form der Demokratie, die proletarische Demokratie, die Diktatur des Proletariats?" Abgesehen davon, daß diese Frage eine gelinde Unverschämtheit ist, weil das im Programm ausdrücklich geschieht ("Unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur ...), abgesehen davon also, beschränkt sich der KBW allerdings tatsächlich nicht darauf, die Diktatur des Proletariats zu "propagieren", sondern er arbeitet schon heute in den noch wenig entfalteten Kämpfen darauf hin, sie unter solchen Forderungen zu **organisieren**, die auf dieses Ziel hinauslaufen. Das tut der KBW, weil er die Diktatur des Proletariats für eine Sache der Politik hält und sich nicht dabei beschränkt, sie in der Propaganda hochzuhalten.

Die Gruppe Rote Fahne kann die Linie des Propagandistentums bei Beschränkung des praktischen Kampfes auf den Kampf um Reformen nicht überwinden, weil sie davon ausgeht, die politischen Forderungen, die auf einen Staat nach dem Muster der Pariser Kommune hinauslaufen, seien "nicht Forderungen, auf deren Realisierung es im Kapitalismus ankommt", sondern es seien "Propagandalosungen, die der Diktatur der Bourgeoisie die Propaganda der Massendemokratie entgegenhalten". Die Diktatur der Bourgeoisie ist bekanntlich eine höchst greifbare Sache, die sich in Maschinengewehren, Panzern, Gefängnissen usw. materialisiert. Will man sich darauf beschränken, dieser materiellen Sache die "Propaganda der Massendemokratie" entgegenzustellen, dann sollte man doch vielleicht lieber gleich den Weg zu den Zeugen Jehovas antreten. Die Revolution stellt der Diktatur der Bourgeoisie die demokratisch organisierten Millionenmassen des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse gegenüber, wobei eine Phase der Doppelherrschaft unvermeidlich ist, weil nicht ein politisch organisiertes Volk aus dem Stand heraus die Machtorgane der Bourgeoisie schlagen kann. Und natürlich kommt es auf die Realisierung aller Forderungen der politischen Demokratie gerade im Kapitalismus an, weil der Kapitalismus als eine Produktionsweise überhaupt nur überwunden werden kann vermittelst der schon eroberten Staatsgewalt. Die Eroberung der Macht im Staat, die Zerschlagung des bürgerlichen Machtapparates und die Ausübung der politischen Macht bei der Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse aber, das alles setzt voraus die demokratische Organisierung der Millionenmassen. Die umfassende Demokratie in Bezug auf die Staatsangelegenheiten ist mit dem Kapitalismus durchaus vereinbar, womit sie nicht vereinbar ist, das ist die politische Herrschaft der bürgerlichen Klasse und darum ist die umfassende Demokratie nach dem Muster der Pariser Kommune die "endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse sich vollziehen kann".

PROLETARISCHE DEMOKRATIE IST KEINE FRAGE DES VEREINSLEBENS. SIE ENTFALTET SICH IN BEZUG AUF DIE MACHT IM STAAT!

Der Programmentwurf der Gruppe Rote Fahne, der die Forderungen auf umfassende politische Demokratie ausdrücklich nicht enthält, bietet stattdessen den Massen die Demokratie auf der Ebene von Vereinen und vereinsähnlichen Zusammenschlüssen an, die sich um die "KPD" herum anlagern sollen: "Im Klassenkampf der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut entwickelt sich die proletarische Demokratie. Ihre Organisationsformen, die Kampfausschüsse, die revolutionäre gewerkschaftsoppositionelle Bewegung, die antiimperialistischen Organisationen, die Organisationen der proletarischen Solidarität, die revolutionären Fabrikräte haben mit der bürgerlichen Demokratie nichts mehr gemein. Sie weisen die Richtung einer höheren Staatsform – der Diktatur des Proletariats" (S. 32). Klassischer kann der Rückzug in den Mief einer vom Kampf um die öffentliche Gewalt abgekehrten Vereinsmeierei nicht mehr ausgedrückt werden. Demokratie, also Volksherrschaft ist eine Sache, die sich auf den Staat bezieht, auf die öffentliche Gewalt. Wer es ablehnt, darauf bezogene Forderungen aufzustellen und zwar solche Forderungen, die unweigerlich zur Konfrontation der Massen mit der bürgerlichen Staatsgewalt führen und stattdessen mit ihnen im trauten Verein Demokratie üben will, in der Liga gegen den Imperialismus, der Roten Hilfe, der RGO und den berühmten "Kampfausschüssen", wo immer dieselben 5 Leute drin herumhocken, der hat mit der politischen Revolution als Umwälzung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, dem Sturz der bestehenden Staatsmacht und der Errichtung einer neuen Staatsmacht nichts vor.

WIE SOLL ES WEITERGEHEN?

Obwohl der Programmentwurf der Gruppe Rote Fahne nichts taugt als Orientierung im Klassenkampf, ist er dennoch nützlich. Er tritt den Beweis an, daß es neben dem Programm des KBW, das als Vorschlag der gesamten kommunistischen Bewegung unterbreitet wurde, kein weiteres kommunistisches Programm in Westdeutschland geben kann, und jeder Versuch in dieser Richtung nur auf einen Schmarren hinauslaufen kann. Wir schlagen darum der Gruppe Rote Fahne vor, ihre ja nun seit einiger Zeit angestellten Bemühungen neben dem korrekten Programm des KBW ein eigenes in die Welt zu setzen, einzustellen und ernsthaft zu prüfen, ob sie nicht den von uns verabschiedeten Programmvorschlag als Grundlage für die Politik der Kommunisten anerkennen. Man kann dann über ernste Sachen reden, darüber, wie auf der Grundlage dieses Programms aktuell richtige Politik gemacht werden muß und der Zeitpunkt zum Zusammenschluß der westdeutschen Kommunisten wird beträchtlich nähergerückt sein. Insgesamt begrüßen wir es, daß mit der Veröffentlichung des Programmentwurfs die Auseinandersetzung über die Grundfragen kommunistischer Politik auch in der Gruppe Rote Fahne zweifellos sich entfalten wird. Ausführlicher werden wir auf diesen Entwurf im nächsten Heft von "Kommunismus und Klassenkampf" noch eingehen. Was die Frage der praktischen Forderungen des Programms angeht, so empfehlen wir allen Interessierten den Aufsatz "Das Programm muß die Praxis leiten" von Joscha Schmierer im jüngsten Heft von "Kommunismus und Klassenkampf" (2/1974).

Willfried Maier

Scheue Publizisten

In ihrer – wie üblich – anonymen Antwort auf meinen Artikel zum "Spiegel"-Interview der "Rote Fahne"-Funktionäre Kreidt und Horlemann (KVZ 4/1974, S. 9), beschweren sich die Autoren darüber, daß ich mich auf die "verstümmelte Spiegel-Fassung" bezogen habe, statt "den Originaltext der infrage stehenden Passagen nachzulesen" in der Roten Presse Korrespondenz (Rote Fahne 10/1974, S. 8). Dazu ist zu sagen: Es gehört zu den Gepflogenheiten des "Spiegel", die von ihm erstellte Interviewfassung den Interviewten zur Billigung vorzulegen. Man kann also entweder davon ausgehen, daß es sich um authentische Meinungsäußerungen der Interviewten handelt oder davon, daß die Interviewten ruhig allen möglichen Blödsinn unterschrieben haben, um nur in den "Spiegel" zu kommen. D. Kreidt und J. Horlemann können sich zu einer der beiden Möglichkeiten bekennen. Womit sie nicht durchkommen werden, das ist: Nachdem eine der wenigen in mehrjähriger "Parteiführerschaft" persönlich verantwortete Äußerung von ihnen in die Öffentlichkeit dringt, auf die bürgerliche Presse schimpfen. Daß der "Spiegel" den beiden nicht dieselben Publikationsbedingungen wie die "Rote Fahne" bietet, wo sie anonym und ohne als Person für irgendetwas haftbar zu sein, den größten Unsinn schreiben können, darüber sollte man sich nicht wundern. Die anonyme Meinungsäußerung in der Presse und der anonym geführte ideologische Kampf von leitenden Funktionären in Zentralorganen haben freilich auch in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung ansonsten keinen Boden. Selbst in Zeiten tiefster Illegalität haben die Bolschewiki keineswegs darauf verzichtet, die Verantwortlichkeit leitender Funktionäre für bestimmte Äußerungen auch kenntlich zu machen und damit erreichbar für die Kritik der Genossen und die Kritik in der Öffentlichkeit. Die anonyme Anpinkelei aber hat noch nirgendwo auf Antwort rechnen können.

W. Maier

Aufrechter DKP-Vertreter

GESCHÄFTSLEITUNG KAUFT DEN VORSITZENDEN DES VERTRAUENSLEUTEKÖRPERS BENZ MANNHEIM

Josef Jäger war DKP-Mitglied und Vorsitzender des Vertrauensleutekörpers bei Daimler-Benz Mannheim. Jäger ist jetzt aus der DKP ausgetreten, mit der Begründung, daß die DKP-Mitgliedschaft den "beruflichen Aufstieg" ausschließe. Jäger ist von der Benz-Geschäftsleitung als ihr Sekretär beim Gesamtbetriebsrat angestellt worden. Daraufhin hatte Jäger seine gewerkschaftlichen und Betriebsratsfunktionen niedergelegt.
Die DKP schreibt in ihrer Benz-Betriebszeitung, "daß Josef Jäger in früheren Jahren aufrechter Vertreter der Arbeiter und Angestellten des Daimler-Benz-Konzerns war". Jäger war sicher ein aufrechter Vertreter der DKP-Politik. Aber ein "aufrechter Vertreter der Arbeiter"? Wie sah seine Politik im Auftrag der DKP aus?

Jäger war Mitglied der Tarifkommission. 1971 nahm während des Metallarbeiterstreiks in Baden-Württemberg die IG-Metall- Tarifkommission den 7,5 %-Beschiß an. Als die Mannheimer Streikleiter davon erfuhren, beschlossen sie empört einstimmig ein Telegramm an die Tarifkommission: Diese 7,5 % müssen abgelehnt werden! Was scherte aber den DKP-Vertreter Jäger diese Ablehnung der Arbeiter? Er stimmte dem 7,5 %-Beschiß zu. Seine Begründung: "Ich mußte am Ball bleiben". Das hatte ihm die DKP eingeschärft: Immer bei der SPD bleiben, nicht von der SPD und ihrer Profitsicherungspolitik abweichen. Der 8,5 %-Abschluß von Anfang 1973 wurde von ihm auf Betriebsversammlungen mit keinem Wort kritisiert, obwohl dieser Abschluß für einen großen Teil der Metaller abgelehnt wurde. Im Gegenteil: Im September erklärte er auf einer Betriebsversammlung zu den Lohnforderungen der Kollegen: "Auf jeden Fall wird ein Abschluß angestrebt, der der Volkswirtschaft zuträglich und zumutbar ist und auch den Arbeitnehmern einen gerechten Anteil am Wirtschaftskuchen sichert." Was den Arbeitern zuträglich ist, davon ging dieser DKP-Vertreter nicht aus. Als die Kommunistische Volkszeitung diese Meinungen von Jäger veröffentlichte, verteidigte die DKP in ihrem subventionierten Gratisblättchen "UZ" wütend ihren aufrechten DKP-Politiker.

Die Geschäftsleitung von Daimler-Benz wußte schon lange, was sie an diesem aufrechten DKP-Vertreter hatte. Sie fand, daß Koof-mich Jäger, der vorher so gut die Interessen der Arbeiter an die Kapitalisten verkauft hatte, als ihr Sekretär beim Gesamtbetriebsrat einen beruflichen Aufstieg verdient hatte. Die DKP forderte in einer Erklärung, daß "die Funktion eines angestellten Sekretärs ... durchaus im Rahmen eines Betriebsmandats und damit im Auftrag der Kollegen erfolgen könnte". Die DKP möchte also, daß der von der Geschäftsleitung gekaufte Jäger als von den Kollegen mitbestimmter Sekretär seine Dienste als Kapitalistenknecht verrichten soll. Das ist anerkannte DKP-Politik. Jäger, der "anerkannte Arbeiterführer bei Daimler-Benz", – so die DKP – beschloß seinen beruflichen Aufstieg auch ohne die DKP fortzusetzen: sein DKP-Nachfolger in den Gewerkschaftsämtern, Horst Germies, auch ein typischer DKP-Vertreter, schloß sich ihm an.

–AH–

BGS probt Barrikadenkampf

GESPRÄCH MIT EINEM BUNDESGRENZSCHUTZ-SOLDATEN

Bei der Fahrt in den Wochenendurlaub hatte ich folgendes Erlebnis: Am Bahnhof steigen fast nur Soldaten ein, so kam ich schnell mit einem Kameraden vom Bundesgrenzschutz ins Gespräch, der bereits im Zug sitzt. Zuerst unterhalten wir uns über allgemeine Dinge, daß es bei ihm fast immer Gammeldienst ist wie beim Bund auch. Wenn sie Wache haben, läuft auch kaum eine Streife den Zaun entlang, sondern sie "knacken" irgendwo. Wie er zum BGS kam?

"Ich habe beim Kreiswehrersatzamt den 'Idiotentest' gemacht und als Wunsch BGS angekreuzt, weil das finanziell günstiger ist als Zeitsoldat beim Bund. Verpflichten mußte ich mich, weil der Sold nicht reicht. Aber zum BGS sind auch von meinen Kameraden einige gekommen, die nichts angekreuzt haben, die sind ganz normale Wehrpflichtige. Für die war unsere Grundausbildung natürlich sehr hart. Weißt Du, was wir machen mußten, davon träumt Ihr nur."

Er erzählte etwas über das "Programm", zum Beispiel Mutsprung. Der ganze Zug wird in voller Montur durch die Pläne gejagt. Es geht einen geraden Weg entlang, über dem quer ein Erdaufwurf ist. 200 m davor wird angehalten. "Granateinschlag!" – alles springt ins Gebüsch. Einzeln werden sie rausgerufen und die Ausbilder erklären: so schnell wie möglich den Weg entlang, hinter dem Erdaufwurf Deckung suchen und warten. Jeder rennt also einzeln los. Hinter dem Erdaufwurf ist eine Grube, ca. 2 m tief. Weil man sie nicht sehen kann, ziehen sich viele durch den unvermuteten Fall Verstauchungen usw. zu.

"Einmal mußten wir an einem Seil über einen ca. 10 m breiten Graben hangeln. Und wie oft sind wir über die Hindernisbahn, mit Sprung vom Turm (8 m). Das alles müssen die Wehrpflichtigen mitmachen! Ich habe auch die Schnauze voll."

Kräftig schimpft er los. Bei seinen Kameraden ist auch überwiegend Unlust verbreitet, die meisten bereuen ihre zum Teil langjährigen Verpflichtungen.

"Wie sieht Euer Dienst so aus?" Meist haben sie Streifendienst an der DDR-Grenze, ansonsten sind sie ca. 14 Tage im Monat in der Kaserne.

"Jetzt werden aber häufiger Sonderkommandos zusammengestellt. Zuletzt war das gegen Demonstrationen in Köln und Frankfurt. Das sind jetzt noch Freiwillige, aber es ist unbeliebt, sich da zu wichsen. Es gibt natürlich einige, hauptsächlich Landjungs, die haben ordentlich Haß auf Kommunisten und so, die melden sich zuerst. Manch einer geht noch mit wegen der Sonderzulagen. Aber wegen der läppischsten Sachen holen sie uns. Neulich kommt zum Beispiel ein Fernschreiben, daß im Finanzministerium bei Schmidt eine Scheibe kaputt ist. Muß da doch glatt eine Hundertschaft hin. Oder immer Araber- oder Irland-Alarme, du schnallst ab!"

Es wird häufiger in Übungen Straßen- und Häuserkampf geprobt sowie das Räumen von Barrikaden. In den Unterrichten wird durch die Vorgesetzten viel gegen die Kämpfe der Arbeiter und gegen die Kommunisten gehetzt. Aber als einfacher Grenzjäger darf man sich politisch nicht betätigen. Schon wer eine fortschrittliche Zeitung liest, wird verhört.

Eines wurde auch in diesem Gespräch deutlich: Wie auch beim Bund, so gärt es auch beim BGS, verstärkt sich die Unruhe. Das kann auch gar nicht anders sein, denn wie alle Einrichtungen des bürgerlichen Staates, die dazu da sind, das Volk zu unterdrücken und die Macht der Ausbeuter zu erhalten, leben gerade Armee und Polizei in dem Widerspruch, sich auf das Volk in Form der Soldaten stützen zu müssen, aber gegen die Interessen des Volkes vorzugehen. Diesen Widerspruch müssen die Kommunisten ausnutzen. Sie müssen sich mit allen fortschrittlichen Kräften verbünden und die Forderungen propagieren:

Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksmiliz, und die anderen Militärforderungen aus dem Programm des KBW.

Diese Forderungen müssen in allen Soldatengruppen und -Komitees diskutiert und mit den Kameraden beraten werden. Sie sind die Richtschnur, die den Menschen in unserem Land den Weg weist, wie die gärende Unruhe vorwärts treibt bis hin zum Sturz der Ausbeuterordnung.

(anonym zugeschickt)

Leserbrief von drei Polizisten

Der anschließend abgedruckte Brief wurde uns von drei Frankfurter Polizisten zugeschickt. Dazu müssen wir folgendes vorausschicken:

Als Kommunisten sagen wir ihnen offen, daß wir nicht in der Polizei die Ursache der politischen Unterdrückung sehen, sondern in der Ausbeuterherrschaft der Kapitalistenklasse und ihres Staates, daß aber die Polizei ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse und ihres Staates ist; die Polizei hat ihre Befehle, wie sie ja auch schreiben. Und immer, wo Polizisten den Befehl haben, die kapitalistische Ordnung zu verteidigen, sind sie unsere Feinde, solange sie nicht überlaufen auf die Seite des Volkes. Das ist unvermeidlich. Insofern der Kapitalistenstaat die Polizei aus den Reihen des Volkes rekrutiert, werden auch immer wieder Teile der Polizei, genauso wie in der Bundeswehr, den Befehl verweigern, weil sie sich nicht zum Büttel der kapitalistischen Staatsmacht machen wollen. Je mehr sich die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes entwickeln, desto schneller ist jeder Staatsbeamte, vor allem aber diejenigen, die unmittelbar die Staatsgewalt verkörpern, vor die Entscheidung gestellt, ob er dem kapitalistischen Staat gegen das Volk gehorcht oder sich auf die Seite des Volkes stellt. Wir Kommunisten fordern schon heute die allgemeine Volksbewaffnung und eine Volksmiliz und kämpfen für die Auflösung des stehenden Heeres und der Polizei, die Organe der kapitalistischen Staatsmacht sind.

Red.

"...Bezugnehmend auf Euren Bericht in der KVZ Nr. 6/74 "Bahnpolizei hatte kein Interesse an Personalien" möchten wir Euch folgendes mitteilen:

Wir sind drei Polizeibeamte aus Frankfurt, die Eure Zeitung zum ersten Mal zufällig in die Hand bekamen. Bisher wurde uns immer eingetrichtert, daß die Kommunisten gegen den "bürgerlichen" Staatsapparat und damit auch gegen die Polizei seien. Gerade das Bild der Demonstrationen in Frankfurt scheint das zu bestätigen. Wir freuen uns, daß auch Kollegen von der Bahnpolizei gemerkt haben, daß Kommunisten und Kommunisten zwei Paar Schuhe sein können. Euer Artikel beweist, daß nicht alle über einen Kamm zu scheren sind. So ist es gewiß ein Unterschied, ob man uns als Bullen oder "Bullenschweine" beschimpft und zu Tätlichkeiten gegen uns aufruft, oder ob man, wie Ihr es tut, davon ausgeht, daß auch wir nur Menschen sind, die ihre Pflicht tun. Ihr dürft uns glauben, daß es nicht immer einfach ist, dieser Pflicht nachzukommen! Aber wir können ja leider nicht entscheiden, ob und wie ein Einsatz laufen soll, das wird in – man kann schon sagen – undemokratischer Weise von oben her bestimmt. Wir haben eben Vorgesetzte und die sind, wie die Bezeichnung ja besagt, uns vorgesetzt. Was soll man da machen?

Zuletzt sei noch einmal unsere Sympathien für die Kollegen von der Bahnpolizei ausgedrückt, die so treffend bemerkten: "Keine Verkäufer kommunistischer Zeitungen angetroffen". ..."

R., J., R., Frankfurt.

Keine Chance für den Oberstleutnant

DIE SOLDATENZEITUNG „DRUCK" WIRD VOR DER ROMMEL-KASERNE VERTEILT

Ulm. Anfang März wurde vor den Ulmer Kasernen die 2. Nummer der Soldatenzeitung "DRUCK" verteilt. Besonders in der Rommelkaserne in Dornstadt wurde vielen Soldaten klar, welche Angst die Bundeswehroberen vor irgendwelchen demokratischen Regungen der Mannschaften haben. Das kam zum einen in vielen Stellungnahmen der Offiziere zum Ausdruck, die mit allerlei Verdrehungen die äußerst positive Reaktion der Kameraden auf die Zeitung abschwächen wollten, zum anderen im Verhalten von Oberstleutnant Buhtz, Batillons- und stellvertretender Regimentskommandeur, der sich viele Tricks einfallen ließ, um das Verteilen zu sabotieren.

Nachdem schon der Offizier vom Wachdienst die Verteiler an den Rand der Kasernenausfahrt verwiesen hatte, die Zeitungen bei den Kameraden aber immer noch reißenden Absatz fand, kam der Oberstleutnant persönlich. Zuerst versuchte er die Verteiler einzuschüchtern. Im Befehlston forderte er "auch so'n Blatt", das ihm die Verteiler beharrlich verweigerten mit der Bemerkung, daß sein Sicherheitsoffizier sicherlich schon ein Exemplar für ihn zurücklegen würden. Schließlich maßte er sich an, die Personalien feststellen zu wollen, doch mit all dem kam er nicht weiter. Schließlich startete er den Versuch, einen vorbeifahrenden Streifenwagen zu stoppen, doch aufgrund des schnell vorbeifließenden Samstagsverkehr (die Kaserne liegt unmittelbar an einem Autobahnzubringer) klappte die Zusammenarbeit mit der Polizei diesmal noch nicht so richtig. Doch dafür klappte das Verteilen um so besser. Auch dann, als sich der Oberstleutnant demonstrativ neben die Verteiler hinstellte, die Schulterklappen gut sichtbar, und jeden genau anstierte, der eine Zeitung nahm, um ihn einzuschüchtern.

Doch als er einsehen mußte, daß seine Schulterklappen auf die allermeisten Kameraden nicht den geringsten Eindruck machten, bekam er wohl seinen größten (R)Einfall: In seiner blitzenden dekorierten Uniform stellte er sich mitten auf den Autobahnzubringer und stoppte den gesamten zivilen Verkehr, um den Kameraden mit ihren PKW's Vorfahrt zu gewähren. Doch obwohl die Kameraden alle das Gefühl haben mußten, daß sie schnell an den Verteilern vorbei sollten, wenn extra wegen ihnen Hunderte von Autofahrern anhalten mußten, stoppten fast alle und ließen sich mehrere Exemplare geben. Dabei ließen die Kameraden, obwohl für sie "freie Fahrt" war, sich mit wachsender Begeisterung immer mehr Zeit, während der Oberstleutnant mitten auf der Straße immer mehr in Rage geriet und wie verrückt mit den Armen fuchtelte und winkte. So putzten die Kameraden durch ihr Verhalten den einsam auf der Straße stehenden Oberstleutnant zu einer Witzfigur herab und gaben so klar zu erkennen, was sie von solchen Versuchen, das Verteilen demokratischer Soldatenzeitungen zu verhindern, halten.

Demokratische Soldatengruppe Ulm/Dornstadt

Bundeswehr will keine Rente zahlen

Karlsruhe. Vor kurzem bekam ich einen Brief vom VDK (Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands), in dem mir von einem Fall berichtet wurde, der sich während meiner Grundausbildung im Oktober 1968 ereignete. Im Rahmen der allgemeinen Impfpflicht bei der Bundeswehr zog sich ein damaliger Stubenkamerad von mir bei der Wundstarrkrampfimpfung einen Impfschaden zu. Dieser führte nach 3-jähriger schwerer Krankheit 1972 zu seinem Tode. Die Witwe (mit einem Kind) versuchte nun beim Versorgungsamt einen Rentenanspruch zu erheben. Das Versorgungsamt bestätigte die Impfungen nicht, obwohl unsere Einheit damals nachweislich geimpft wurde. Auch den Hinweis auf die Führung von Impflisten überging man so, als wäre der Betroffene niemals geimpft worden, selbst in den Krankenpapieren sei die Impfung nicht erwähnt, wird behauptet. Drei ehemalige Stubenkameraden haben inzwischen bestätigt, daß der Betroffene damals geimpft wurde. Daß dies sicherlich kein Einzelfall ist, wird jeder wissen, der den volksfeindlichen Charakter der Bundeswehr durchschaut.

C.H.S., Karlsruhe

Im Jahre 1967 wurde vom Harris-Institut eine Meinungsumfrage gemacht: 70 % der Befragten hielten Atheisten, schwarze Militante, demonstrierende Studenten, Prostituierte und Homosexuelle für "gefährlich und schädlich für die Nation".

Dieselbe Umfrage wurde im Herbst 1973 wiederholt: Eine große Mehrheit der Nordamerikaner hält heute folgende Personen für "gefährlich und schädlich für die Nation".

Die Generale, die geheime Bombardierungen vornehmen lassen (67 %);
die Politiker, die Telefone kontrollieren und abhören lassen (71 %);
die Geschäftsleute, die unerlaubterweise Politiker finanzieren (81 %);
die Politiker, die den Geheimdienst CIA und die FBI-Kriminalpolizei zu politischen Zwecken oder zur Beschränkung der Freiheit der Bürger gebrauchen (88 %).

Polizei übt Häuserräumung



Oldenburg. Am Dienstag, den 19.3.74 wurden die Bewohner der St.Peter-Siedlung in Bümmerstede (einem Stadtteil von Oldenburg) von einem Bürgerkriegsmanöver der Polizei geweckt. Eine Hundertschaft der 3. Abteilung der Landesbereitschaftspolizei (die in Oldenburg eine große Kaserne hat) übte das "Räumen eines besetzten Hauses" und das "Auflösen einer Demonstration". 30 Polizisten spielten Demonstranten und 70 übten das Zerschlagen dieser "Demonstration", unterstützt von einem 4 Tonnen-Wasserwerfer. Am Donnerstag wurde von der Polizei das "Räumen eines besetzten Rathauses" geprobt.

Diese Bürgerkriegsmanöver gehören neuerdings zu der Ausbildung jedes Bereitschaftspolizisten. Die Polizei bereitet sich schon heute auf Einsätze gegen die Bevölkerung vor. Diese Tatsachen machen deutlich, wie wichtig es für das Volk ist, eine Polizei zu haben, die nicht von der Bevölkerung getrennt ist, sondern, daß das ganze Volk sich bewaffnen muß, um sein Zusammenleben selbständig und frei organisieren zu können.

Deshalb fordern wird:

Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung! Wahl der Offiziere! Die Arbeiter und Angestellten müssen für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, von den Kapitalisten eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten!

P., Oldenburg

SOLDATEN BERICHTEN:

Wie es bei Übungen am Ende der Grundausbildung zugeht

SPIEGELEIER MIT BAUCHSPECK, HÜHNERBRÜHE MIT SPARGEL, KÄSE, FILETSTEAKS FÜR DIE OFFIZIERE

Diepholz. Als Soldat einer Ausbildungskompanie möchte ich von einer 36 Stunden-Übung unserer Kompanie berichten, die dazu dienen sollte, eine sogenannte "Objektschutzübung" durchzuführen.

Sämtliche Ausbilder und auch ein Teil der Innendienstsoldaten (Spieß, Personalverwalter, Rechnungsführer) gingen mit hinaus. Die Kompanie wurde in zwei Sicherheitszüge und einen Angriffszug unterteilt. Der letztere sollte die Feinddarstellung übernehmen und die Wachsamkeit der anderen Soldaten auf die Probe stelen. Es wurde gefordert, man solle sich gefechtsmäßig verhalten, d. h. mit "Feindberührung" müß immer gerechnet werden. So wurden dann um das zu sichernde Objekt – Waldstück mit unseren Zelten und den Zelten der Zugführer – Kampfstände (2-Mann Stellungen) errichtet. Das waren eher Drecklöcher, in denen die Kameraden dann 36 Stunden lang gewohnt haben. Gelobt sei, was hart macht. Besonders wenn's in Strömen gießt und Zug- und Gruppenführer trocken in den Zelten sitzen und von dort ihre Anweisungen erteilen. Alkohol war strengstens verboten worden und auch sonst durfte man das Nötigste mitnehmen. Begründung: Im Ernstfall haben Sie auch keine Zeit mehr einzukaufen. Die Zugführer hatten sich allerdings so ausgestattet als wenn's zum Camping gegangen wäre. Camping-Heizung, Bratpfanne, Eier, Schinken, Alkohol usw.

Die Innendienstsoldaten, der sogenannte Kompanietrupp, lag mit seinem Zelt als neutraler Punkt in einem anderen Teil des Waldstücks. Zur Bedienung wurden extra 6 Soldaten abgestellt, die dann die ehrenvolle Aufgabe bekamen, für diese Herren Zelte zu bauen, Holz zu hacken, Feuer zu machen, Geschirr zu spülen etc. und ansonsten immer da zu sein.

Der Kompaniechef wohnte während dieser Zeit mit seinem Leutnant in einem Holzhaus mit Ofenheizung. Die ganze Zeit wurde dort Skat gespielt, während die Übung auch ohne sie ablief. Man sieht, wie nötig wir solche Leute haben. Der Chef verließ die Hütte meist nur zu den Essenszeiten. Allerdings bekam er und auch die Leute des Kompanietrupps nicht das gewöhnliche Essen der Rekruten. Während die Soldaten mit Brot, Brötchen, Aufschnitt, Bratheringen und höchstens mal Leberkäse mit Kartoffeln vorlieb nehmen mußten, waren für die Herren Spiegeleier mit Bauchspeck, Hühnerbrühe mit Spargel, Käse, Filetsteak etc. gerade gut genug. Diese Sachen hatte man sich wohl vorher aus der Truppenküche "organisiert". Das Essen wurde in den Stellungen gegessen, um das auch mal zu üben, wie es hieß.

Die größte Nagelei brachte der Kompaniechef fertig. Als er nämlich des Nachts mal nicht als erster sein Essen bekam, ließ er Alarm auslösen. Sämtliche Rekruten mußten vom Essenholen zurück in die vom Regen schlammig gewordenen Stellungen und wieder "wachsam" sein. Als der Chef zwei Minuten später sein Essen bekam, beendete er den Alarm. Am Abend des zweiten Tages wurde die Übung beendet. Um dem Ganzen noch einen krönenden Abschluß zu geben und aufkommenden Unmut der Kameraden mit ihrer Behandlung im Keime zu ersticken, wurde dann bei allen Zügen noch ein "gemütliches Beisammensein" abgehalten. Jeder bekam zwei Flaschen Bier und es wurde gelobt, daß alles so gut geklappt hatte. Das Ziel der Übung wäre erreicht worden, die Soldaten in ihre Aufgaben im sogenannten "Verteidigungsfalle" einzuweisen. Außerdem wären frühere Übungen noch härter gewesen, was allerdings angesichts der übermüdeten, erschöpften, dreckigen und durchnäßten Gestalten ziemlich unglaubwürdig klang.

Als man am nächsten Morgen hundemüde zum Standort zurückfuhr und sich auf die Dusche freute (6 Stück für 120 Soldaten) wurde man enttäuscht. Zuerst wurden Waffen und Gerät gereinigt, dann erst durfte man sich gründlich waschen. Außerdem meldete sich am nächsten Morgen, trotz vieler Erkältungen, kaum jemand krank, weil die meisten Angst hatten, am Wochenende "den dadurch versäumten Dienst" nachholen zu müssen. Das Ziel all dieser Schikanierereï ist: Den Menschen an Entbehrungen und an das Prinzip Befehl und Gehorsam und Nichtaufmucken gewöhnen, damit man im Ernstfall, sei es im imperialistischen Krieg oder im Bürgerkrieg, eine funktionierende Armee hat, die im Interesse des Kapitals verheizt werden kann.

Ich kann daher die im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland aufgestellten Forderungen

– Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung!
– Wahl der Offiziere!

nur voll unterstützen.

G.G., Diepholz

ALBANIEN

Der Sozialismus bringt den Fortschritt bis in das entlegendste Bergdorf

Eine Reise nach Albanien ist nicht nur etwas für eine Handvoll "guter Kommunisten", die ganz besondere Verbindungen zu Albanien haben. Nein, grundsätzlich ist jeder, der mit ehrlichem Interesse nach Albanien kommt, den Albanern herzlich willkommen.

Unser Aufenthalt in Albanien im letzten Sommer wurde von der "Gesellschaft der Freunde Albaniens e. V." organisiert. Diese Gesellschaft steht jedem offen, der sich über Albanien informieren und diese Informationen auch weiterverbreiten will, um damit die Freundschaft zwischen dem albanischen und dem deutschen Volk zu vertiefen.
Dies ist eine wichtige Aufgabe im Sinne des proletarischen Internationalismus, angesichts der zunehmenden Hetze gegen die Volksrepublik Albanien in der bürgerlichen Presse und im Rundfunk hier in der BRD.
Diese Verleumdungen und Verdrehungen sind der Ausdruck davon, daß die Bourgeoisie sich immer mehr gezwungen sieht, das positive Beispiel des sozialistischen Aufbaus in Albanien zu bekämpfen. Sie ist klar in der ideologischen Defensive, denn immer mehr Menschen äußern ein starkes Interesse für das einzige Land in Europa, in dem die Arbeiterklasse und das Volk die Macht im Staat ausüben.
Die Albaner unterstützen die Arbeit der "Gesellschaft der Freunde Albaniens" und haben mehrfach ihre Anerkennung und Freude zum Ausdruck gebracht. Auch über die objektive und korrekte Berichterstattung in den "Albanischen Heften", die die "Gesellschaft der Freunde Albaniens" herausgibt, haben sie sich herzlich bedankt.
Für die Albaner bedeutet der Tourismus nicht etwa, den Ausländern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Für sie sind ausländische Devisen nicht das Wichtigste, wie das z. B. in Jugoslawien der Fall ist. Für das sozialistische Albanien ist der Tourismus vor allem eine Möglichkeit, die Freundschaft zwischen dem albanischen Volk und anderen Völkern zu festigen. Und sie zeigen ihren Freunden stolz ihre Erfolge beim Aufbau ihrer sozialistischen Gesellschaft, damit viele Menschen zuhause darüber berichten können und so zur Völkerverständigung beitragen.
Für uns bedeutet der Besuch der Volksrepublik Albanien, die sich, im Vertrauen auf die eigenen Kräfte, im täglichen ideologischen Kampf erfolgreich gegen alle imperialistischen und besonders revisionistischen Einflüsse zur Wehr setzt, Antwort auf viele Fragen.
Wie konnte das albanische Volk diese Erfolge erringen? Wie geht es an alle gesellschaftlichen Probleme – Arbeitsbedingungen, Planaufstellung, Lohn usw. – heran? Wie übt die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei die Kontrolle in allen Bereichen – Gesundheitswesen, Bildung und Erziehung, Rechtswesen usw. – aus? Wie sieht es ganz konkret und praktisch aus, wenn das Volk die Macht im Staat hat?

SICH AUF DIE EIGENEN KRÄFTE VERLASSEN

Welches sind die Grundlagen für die Erfolge des albanischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus? Hier ist an erster Stelle die "Partei der Arbeit Albaniens" zu nennen. Die kommunistische Partei entstand aus dem Zusammenschluß mehrerer lokaler kommunistischer Gruppen auf nationaler Ebene. Sie stand von Anfang an fest auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, und sie hat immer – schon in den Befreiungskämpfen – gegen Trotzkismus und Opportunismus, gegen Bürokratismus und Revisionismus einen unbeirrbaren, prinzipienfesten scharfen Kampf geführt, unter der Führung ihres Vorsitzenden Enver Hoxha. Bei korrekter Anwendung des demokratischen Zentralismus, war es das oberste Ziel der Partei der Arbeit Albaniens, sich eng mit den Volksmassen zu verbinden. Wie die Partei dieses Ziel verwirklicht hat, wollen wir an einem Beispiel darstellen, nämlich am Problem der Verbindung zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.
Nach der Befreiung bildeten die sozialistische Industrialisierung und die Elektrifizierung des Landes den Kern des ökonomischen Kampfes. Daneben war die Heranführung der Landwirtschaft aus ihrer feudalen Rückständigkeit eine der dringendsten Aufgaben, denn ca. 80 % der Bevölkerung lebte auf dem Lande. Neben der Errichtung von neuen Staatsgütern versuchte die Partei nach und nach die Bauern von den Vorteilen zu überzeugen, die sich für sie aus dem freiwilligen Zusammenschluß in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften ergeben würden. Die Partei hatte dabei ernste Probleme zu lösen: Sie mußte u.a. die Rückständigkeit auf dem Lande bekämpfen oder gegen volksfeindliche Spekulanten vorgehen, die mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und mit Industrieprodukten Schwarzhandel trieben.
Der Staat unterstützte die Bauern, indem er ihnen Kredite gab und ihnen half, die Mechanisierung der Landwirtschaft durch den Ausbau von Maschinen-Traktorenstationen voranzutreiben. Das Bündnis mit den Bauern wurde auch durch den Austausch von Industrieartikeln gegen landwirtschaftliche Produkte gefestigt. Den Bauern wurden Pflichtabgaben teilweise vollständig erlassen und die Steuern gesenkt. Immer waren dabei die persönliche Aufklärungsarbeit und qualifizierte Mitarbeit die Methoden, mit denen die Kommunisten die Bauern zu überzeugen versuchten. Schwierigkeiten wurden nie verheimlicht oder beschönigt. Im Gegenteil, sie wurden offen dargelegt und breit diskutiert, z. B. in der "Zeri i Popullit", der politischen Tageszeitung in Albanien. So konnte es die Partei der Arbeit Albaniens erreichen, daß sich z. B. mehr als 90 % der Arbeiter an sozialistischen Wettbewerben beteiligten, daß viele qualifizierte Arbeiter die Verpflichtung übernahmen, zwei andere Arbeiter zu qualifizieren, oder daß sich auf dem Lande immer mehr landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften–Mitglieder verpflichteten, 300 Arbeitstage im Jahr zu leisten.
1960 betrug der sozialistische Sektor der Landwirtschaft schon mehr als 86 % der Anbaufläche des Landes und erzeugte 80 % der gesamten landwirtschaftlichen Produktion. Und hiermit ist die Kollektivierung in Albanien abgeschlossen.
Die Partei der Arbeit Albaniens hatte voll und ganz auf die Massen vertraut, sie hatte deren schöpferische Initiative entfaltet und sich so eng mit dem Volk verbunden.
Ein großartiger Erfolg dieser korrekten Massenlinie zeigte sich, als die inzwischen revisionistisch entartete Führung der Sowjetunion 1962 eine totale Blockade über Albanien verhängte. Damit wollte sie Albanien zum Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus zwingen. Unter Stalin wurde das sozialistische Bruderland Albanien immer vorbehaltslos unterstützt und die Sowjetunion war ihr wichtigster Lieferant. Doch das tapfere albanische Volk ließ sich nicht von diesem Erpressungsversuch Chruschtschows einschüchtern. Die werktätigen Massen machtem im Laufe einer von Partei und Regierung organisierten Volksberatung 10 500 Vorschläge für neue Erzeugnisse aus einheimischen Rohstoffen! So konnten die Albaner gemeinsam trotz imperialistischer und revisionistischer Blockade auch die Ziele erreichen, die sie sich im 3. Fünfjahresplan gesteckt hatten.

DER SOZIALISMUS BRINGT DEN FORTSCHRITT AUCH IN DAS ENTLEGENDSTE BERGDORF

Bei unserem Aufenthalt in Albanien im letzten Sommer war der Besuch des abgelegenen Bergdorfes Vrith, nahe der Grenze zu Jugoslawien, ein besonders eindrucksvolles Erlebnis. Denn dort konnten wir ganz konkret erfahren, daß auch die Bauern in den entlegendsten Teilen Albaniens teilhaben am Fortschritt des ganzen Landes und vertrauensvoll und stolz in die Zukunft blicken können.
"Das Dorf war früher sehr arm gewesen. Der trockene Boden gab kaum das Nötigste her. Der Kampf um Brot und Nahrungsmittel war groß. Nach der Gründung der Kooperative 1956 gingen die Bauern daran, mit Hilfe von Regierungskrediten, das Ackerland zu vergrößern, die Berge zu terrassieren. Schon 3 Jahre später konnten sie genug produzieren, um die Versorgung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft sicherzustellen.
Durch diese großen Erfolge ermutigt, schlossen sich immer mehr Familien der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft an. Die meisten der jetzt sichtbaren Häuser wurden nach Gründung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft gebaut. Vor der Befreiung gab es keine Schule. Heute gibt es in der Kooperative drei 8-Jahresschulen mit 38 Lehrkräften. Vor der Befreiung gab es keine einzige Ambulanz, heute sind es sechs. Es gibt einen Arzt, 16 Krankenschwestern und Hebammen; für die Landwirtschaft 6 Spezialisten für Viehzucht mit veterinär-medizinischen Kenntnissen. Die Erfolge auf dem Gebiet der Kultur drücken sich aus in drei Kulturhäusern mit Büchereien und 5 kollektiven Fernsehapparaten."
Nach diesem Überblick bat uns der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, Fragen zu stellen:
Wieviele Personen leben in der Kooperative und müssen versorgt werden?
Ungefähr 4 000 Personen.
Welche Hauptaufgaben bestehen für die Kooperative im laufenden 5-Jahresplan?
Die weitere Erschließung von neuem Land und die Steigerung der Hektarerträge.
Werden die Produkte auch in der Kooperative verarbeitet?
Es gibt hier 6 Mühlen, davon ist eine elektrisch. Daneben gibt es noch kleinere Betriebe zur Weiterverarbeitung der Milch. Die Elektromotoren, die es hier gibt, werden benutzt in Bäckereien und im übrigen Handwerk.
Welche Maschinen stehen der Kooperative zur Verfügung?
Die Maschinen, die die Bauern hier haben, kommen aus Sagora, dem Zentrum der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Es gibt besonders kleine Spezialtraktoren für die Berge, sonst dieselben wie im Flachland. Bei besonderen Einsätzen werden wir von der zentralen Maschinen-Traktorenstation in Shkodra unterstützt.
Gibt es Probleme mit der Wasserversorgung?
Die Bewässerung war früher das Hauptproblem. Es gab nicht einmal genügend Trinkwasser. Dies ist jetzt gelöst durch den Bau einer Wasserleitung, was eine entscheidende Verbesserung für die Versorgung, auch für die Hygiene ist. Demnächst werden noch zwei Reservoirs gebaut. Die Arbeit wird kollektiv geleistet, das Material wird meistens vom Staat beigetragen.
Woher kommen die Kader und Spezialisten?
Alle bis auf zwei aus der Kooperative selbst.
Wie hoch ist das Durchschnittseinkommen der Kooperativbauern?
Die Bauern verdienen heute dreimal soviel wie 1960. Die Entlohnung wird auf der Grundlage eines Arbeitstages vorgenommen, wobei der Arbeitstag eine örtlich festgesetzte ökonomische Einheit ist, die der einzelne bei größerer Anstrengung mehr Arbeitstage erreichen kann als das Jahr hat. Darauf zielt die Parole: "Laßt uns 400 Arbeitstage im Jahr erreichen".
Solche Parolen zeigen, daß die Arbeiter hier zuerst in der kollektiven Arbeit beschäftigt sind und nicht in ihrem Privatgarten.
Wurde ein Unterschied gemacht bei der Entlohnung zwischen den Bauern, die viel Land hatten und den Tagelöhnern?
Also, das ist eine Frage, die braucht man nicht zu stellen, denn nach der Landreform hatte jeder Land. Und die Leute brachten damals ihr Land in die Kooperative ein. Es gab auch keinen Unterschied, ob einer viel oder wenig Land einbrachte.
Gibt es hier noch privates Land?
Ja, es gibt noch private Gärten, die pro Familie 0,1 ha betragen. Die Bauern können außerdem eine Kuh, zehn Schafe und Bienen für ihre persönlichen Bedürfnisse halten. Es gab eine Initiative von den Bauern selbst, das private Land zu verkleinern. Deshalb wurde die Größe von ehemals 0,3 ha auf 0,1 ha vermindert.
Gibt es einen Austausch der Bergkooperative mit den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften des Flachlandes?
Es gibt einen Austausch mit landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften auf der Ebene desselben Distrikts, aber auch entfernterer Distrikte, z. B. Vlora. Gruppen werden ausgetauscht für einen Monat, um Erfahrungen zu sammeln und voneinander zu lernen. Als die Kooperative gegründet wurde, haben Kooperativen aus dem flachen Land direkt ökonomische Hilfe geleistet. Der Staat hat Kredite gegeben, die nicht zurückgezahlt werden mußten (z. B. für die gesamte Elektrifizierung, die 1970 abgeschlossen wurde).
Gibt es Bauern aus der Kooperative, die zeitweise oder auf Dauer in die industrielle Produktion abwandern?
Bei Fierca wurde ein Wasserkraftwerk gebaut. An diesem Bau beteiligten sich 30 unserer Mitarbeiter, die sich freiwillig auf einen Appell hin gemeldet hatten, nicht, weil sie hier keine Existenzmöglichkeiten oder keinen Arbeitsplatz haben. Die Leute werden zum Teil wieder zurückkehren, zum Teil qualifizieren sie sich dort und gehen in die Industrieproduktion.
Welche Gemeinschaftseinrichtungen gibt es zur Versorgung der Kooperative?
Es gibt 3 Kantinen, die vor allem zum Mittagessen benutzt werden. Außerdem 6 Bäckereien. Das soll vor allem den Frauen Gelegenheit geben zur produktiven Arbeit und sie von der Hausarbeit entlasten. Der Preis pro Mahlzeit beträgt 1,50 Lek, da sind nur die Materialkosten, die Dienstleistungen zahlt der Staat.
Welche Organisationen gibt es hier?
Es gibt hier in der Landwirtschaft keine Gewerkschaft, aber die breiteste Massenorganisation, die Demokratische Front, Partei-, Frauen- und Jugendorganisationen. Höchstes Organ der Kooperative ist die Versammlung der Mitglieder, zu der alle produktiv Tätigen gehören, das sind ca. 1 200.
Was gibt es hier zu kaufen und zu welchem Zweck gehen die Bauern in die Stadt?
Das Markt- und Handelsproblem ist bereits gelöst: es gibt 10 Geschäfte in der Kooperative, die alles für den täglichen Bedarf haben, was Essen, Haushalt, Werkzeug angeht, auch Stoffe, Kleider und Möbel. Wir gehen nur noch in die Stadt, um Verwandte zu besuchen.
(aus: "Albanische Hefte" 3/4, 2.Jahrgang)
Wer denkt beim Lesen dieses Berichtes nicht sofort an die Rückständigkeit der Entwicklung auf dem Lande in den kapitalistischen Ländern und besonders auch bei uns in der BRD? An die völlig unzureichende ärztliche, schulische oder kulturelle Versorgung, an die vielen Probleme in den sogenannten "Randgebieten"? Keiner will dort leben, gerade weil sie so vernachlässigt werden, und besonders die Jugend zieht in die großen Städte. Die Entwicklung in Albanien zeigt uns, daß das Leben auf dem Lande genauso wichtig sein kann, wie das in den großen Industriestädten. Dann nämlich, wenn die Bauern wissen, daß sie Teil des Volkes sind, und wenn sie am gesellschaftlichen Fortschritt voll beteiligt sind. Das aber ist nur in einem sozialistischen Lande der Fall.
–hch,Westberlin–

SOLANGE ES KEINE WIRKLICHE GESELLSCHAFTLICHE FREIHEIT FÜR DIE FRAU IN EINEM LAND GIBT, SO LANGE GIBT ES KEINE WIRKLICHE FREIHEIT IN EINEM LAND. E. HOXHA



ALBANIEN-
FRAU IM SOZIALISMUS
GESELLSCHAFT DER FREUNDE ALBANIENS

Plakat der Gesellschaft der Freunde Albaniens, mit dem sie für die Veranstaltung in Westberlin warben (siehe nebenstehenden Bericht).

Vom Senat verboten

Westberlin. Die Gesellschaft der Freunde Albaniens (GFA) wollte am Sonntag, den 17.3., in einer Veranstaltung zeigen, wie das Problem der Befreiung der Frau in Albanien, dem einzigen sozialistischen Land Europas, gelöst wird. Die Veranstaltung im Haus der Jugend im Böckler Park ist vom Bezirksamt Kreuzberg nicht genehmigt worden. Begründung des Stadtrates Beck: In dieser kurzen Zeit sieht er sich nicht in der Lage, diese politische Frage zu entscheiden. Das ist aber eine klare politische Entscheidung, die Angst des kapitalistischen Staates vor der Propaganda des Sozialismus und vor der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk ausdrückt. Die Gesellschaft der Freunde Albaniens protestierte mit einem Flugblatt gegen diese Einschränkung der Informations- und Versammlungsfreiheit.
Sie fordert ungehinderte Benutzung der Einrichtungen dieses Staates für ihre Arbeit.
Zum Zeitpunkt der Veranstaltung versammelten sich die Menschen, die die Veranstaltung besuchen wollten, zu einer Kundgebung vor dem Haus der Jugend und protestierten gegen die Maßnahme des Senats durch Unterschriften.
Vorwärts in der Freundschaft zwischen dem albanischen und deutschen Volk!

Sendezeiten Radio Peking

Betr.: KVZ 6/74, S.15
Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Sendezeit und Frequenzen von Radio Peking **falsch** wiedergegeben sind. **Die richtigen Zeiten und Frequenzen:**

19.00 – 20.00 Uhr und
21.00 – 22.00 Uhr

a) im Winter (Oktober – April)
43,7 m entspricht 6860 KHz
42,8 m entspricht 7010 KHz
38,5 m entspricht 7780 KHz

b) im Sommer
42,8 m entspricht 7010 KHz
38,5 m entspricht 7780 KHz
26,2 m entspricht 11445 KHZ

Albrecht Lein, Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft, Bundesgeschäftsstelle, 34 Göttingen, Lotzestr.43

Das Volk von Oman muss unterstützt werden!

DIE REVOLUTION IN SÜDARABIEN IST IN GEFAHR

Seit über 7 Jahren wird gegen einen Teil des Volkes aus dem südarabischen Sultanat Oman eine Wirtschaftsblockade verhängt. 200 000 Menschen in der Provinz Dhofar sind vom Hungertod bedroht. Gleichzeitig wird dieses Gebiet von der britischen Luftwaffe mit Bombenteppichen belegt, um jedes Leben im Keim zu ersticken oder es von vornherein unmöglich zu machen. Seit Ende des letzten Jahres fielen 30 000 iranische Söldner in die Provinz Dhofar ein und begannen, unterstützt von anderen Söldnertruppen, einen weiteren blutigen Feldzug gegen die Bevölkerung von Dhofar. Warum diese Angriffe und gegen wen sind sie gerichtet?

Außer der Hauptstadt der Provinz, Salalah, die einer bewaffneten Festung gleicht, ist Dhofar ein von Kolonialismus und Unterdrückung befreites Gebiet in Oman. Schon früh hatte die dort ansässige Bevölkerung den Kampf gegen die politische Herrschaft der Sultane aufgenommen. Und ebenso haben sie den bewaffneten Kampf auch gegen deren Hintermänner, die britischen Kolonialherren, geführt. Mit einfachsten Mitteln wurde die soziale Revolution in Angriff genommen. Die Bevölkerung von Dhofar errichtete, angeleitet von der 'Volksfront zu Befreiung Omans und des Arabischen Golfs' (PFLOAG) Krankenhauseinrichtungen, Schulen. Landwirtschaftliche Farmen wurden aufgebaut, und gleichzeitig wurde die Gleichberechtigung der Frau überall konsequent in Angriff genommen. Nur weil das ganze Volk sich aus seiner Knechtschaft befreien wollte und konsequent den Kampf gegen die Sultanherrschaft und die ausländischen Söldnerbanden führte, gelang es dem an Kriegsmaterial und Geld überlegenen Feind im bewaffneten Befreiungskampf mit einfachsten Mitteln viele Niederlagen zu bereiten. Die Wirtschaftsblockade des Sultans ist als ein letztes Mittel anzusehen, den Widerstand der Bevölkerung zu brechen. Das "Komitee für den Gesundheitsdienst" in der PFLOAG hat zwei Aufrufe an die Weltöffentlichkeit gerichtet. Diese Aufrufe fordern die Unterstützung aller fortschrittlichen Menschen in der Welt für die Revolution in Dhofar. Sie fordern dazu auf, die Errungenschaften des Befreiungskampfes des Volkes von Oman verteidigen zu helfen. Denn heute sind die sozialen Errungenschaften, für die das Volk von Oman langjährig gekämpft hat, in Gefahr. Wegen der hohen strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Gebiets am arabisch-persischen Golf sind die Imperialisten und ihre Marionetten in dieser Region, wie der Iran und Saudi-Arabien, entschlossen, die Revolution in Dhofar zu zerschlagen. Alle diese feindlichen Kräfte mit ihrem großen militärischen Potential ringen jetzt verbissen darum, die Revolution in Dhofar zu zerschlagen.

Dieser Angriff beschränkt sich nicht nur darauf, ungeheure Mord- und Vernichtungsmittel einzusetzen. Er betreibt außerdem eine planvolle Vernichtungs-, Vertreibungs- und Verhungerungspolitik mit der Wirtschaftsblockade dieses Gebietes.

WIE KÖNNEN WIR DIE PFLOAG UNTERSTÜTZEN?

Aufgaben konkreter Unterstützung:
1. Die Revolution in Oman steht einer totalen Informationssperre gegenüber. Die bürgerlichen Zeitungen, die schnell dabei sind, sich über alles mögliche Gedanken zu machen, schweigen sich zum Kampf des Volkes von Oman vornehm aus. Dieses systematische Verschweigen auch der jetzt stattfindenden Kämpfe nutzt nur den Söldnertruppen, daß ihr schmutziges Geschäft nicht an das Licht der Öffentlichkeit kommt, daß sie ungestört ihre Verbrechen am Volk von Oman begehen können. Es gilt, diese Nachrichtensperre zu durchbrechen und immer mehr Menschen in der BRD über die gerechten Ziele dieses Kampfes aufzuklären, sie zu praktischer Solidarität aufzufordern. Das ist eine konkrete Solidaritätsaufgabe, die unbedingt erfüllt werden muß.
2. Die Einwohner von Dhofar, die Milizangehörigen und die Kämpfer benötigen alles: zum Beispiel Kleider, Schuhe, Medikamente. Solche Dinge zu beschaffen, vor allem Lebensmittel und Medikamente, stellt einen unmittelbaren Beitrag dazu dar, das Leben des Volkes von Oman in Dhofar zu schützen. Medikamente und Lebensmittellisten können vom Nah-Ost-Komitee Heidelberg, Friedrich-Ebert-Anlage 48, angefordert werden. Die wirklich materielle Solidarität mit der PFLOAG ist derzeit notwendig.

—Nah-Ost-Komitee Heidelberg, März 1974—



Volksküche in den befreiten Gebieten; gegenwärtig verschlechtert sich die Versorgungslage der Volksmassen in bedrohlicher Weise.

Der Aufruf der Pfloag

Die verräterische Regierung in Maskat, ihre englischen Gebieter und die üblen Aggressoren der jordanisch-iranischen Reaktion führen einen verbrecherischen und schmutzigen Krieg gegen unser armes hungerndes Volk mit dem Ziel seiner vollständigen Ausrottung. Das hat eine tragische



Die Lage Omans und Dhofars am Golf. Gestrichelt die befreiten Gebiete.

und schmerzhafte Lage geschaffen und hat dazu geführt, daß in den ländlichen Gebieten Dhofars etwa 200 000 Menschen am Rande des Hungertods dahinvegetieren. Die Völkermörder nutzen dabei das Schweigen der Weltöffentlichkeit und ihrer humanitären und staatlichen Organisationen über dieses widerwärtige Verbrechen auf gemeinste Weise aus. Diese erschreckende Situation läßt uns erschreckt fragen, ob es in der Welt eine sogenannte Kommission für Menschenrechte, einen Roten Halbmond oder ein Rotes Kreuz gibt: denn die Aufgaben dieser humanitären Einrichtungen sollen, wie wir wissen, darin bestehen, sich um alle Verletzungen der Menschenrechte zu kümmern und Hilfe und Unterstützung allen Völkern zukommen zu lassen, die durch Unheil oder Gefahren bedroht sind oder aber zusehen müssen, wie die heimtückischsten und abscheulichsten Verbrechen an ihnen verübt werden.

Gegenüber unserem armen und hungernden Volk, das in den ländlichen Gebieten Omans dem Tode ausgeliefert ist, verfolgt die verräterische Regierung in Maskat eine barbarische und verbrecherische Politik, die wir wie folgt zusammenfassen:

1. Die Politik der Blockade und der Aushungerung bis zum Tode.

Diese Politik besteht darin, die Bevölkerung daran zu hindern, sich Lebensmittel oder Viehfutter aus der Stadt zu beschaffen. Dies ist umso gefährlicher, als die Produktion von Lebensmitteln in den von der Blockade betroffenen Gebieten sich auf den begrenzten Anbau von Getreide und auf die Milch des Viehs beschränkt. Dabei muß man bedenken, daß die Milchproduktion auf drei Monate, nämlich auf die Regenzeit, begrenzt ist, und daß in den übrigen Monaten des Jahres die brennende Sonne weder Boden noch Gräser noch Bäume verschont.

Vor dieser Wirtschaftsblockade holte sich die Bevölkerung während der Trockenzeit Lebensmittel und Viehfutter aus der Stadt. Infolge dieser Blockade sind die Menschen gezwungen, ihr milchgebendes Vieh zu schlachten, um das Existenzminimum ihrer Kinder zu gewährleisten; so gibt es immer weniger Milch, was auch aus dem abgemagerten Zustand des Viehs herrührt. Aufgrund der von Wäldern bedeckten Berge und aus Mangel an fruchtbaren Tälern ist der Anbau von Landwirtschaftsprodukten äußerst schwierig. Daher überschreitet die Landwirtschaftsproduktion im Jahr und pro Kopf nicht ein Kilogramm Getreide – dies, wenn man von den Bombardierungen, Vernichtungen und Bränden absieht, die die Kampfflugzeuge der Royal Air Force der Bevölkerung Omans "bescheren".

2. Die verbrecherische Militärpolitik, die alles in Brand steckt, alles ausrottet.

Täglich fliegen die Kampfflugzeuge Großbritanniens Dutzende von Angriffen in allen Gebieten: man lauert den Tieren auf und tötet sie mit schweren Waffen. Außerdem werden Benzinfässer auf die Weiden und Getreidefelder geworfen, um sie in Brand zu stecken und die Menschen ihrer Existenzbedingungen zu berauben, denn nur so kann die Wirtschaftsblockade zu ihrer geplanten unheilbringenden Wirkung kommen.

3.Die Bombardierung und Beschießung von Orten, an denen viele Menschen versammelt sind (Wasserbrunnen, Hütten, Höhlen) und Ermordung von Kindern, Frauen und älteren Menschen.

Die Regierung führt all dies durch, um ihren verbrecherischen Plan in der Bekämpfung des Volkes für seine Rechte auf ein menschenwürdiges, freies Leben zu verwirklichen.

Das ist die Wahrheit über das britisch-quabusische Verbrechen gegen unser kämpfendes Volk. Wir wenden uns an alle fortschrittlichen und hilfsbereiten Menschen. Wenn den humanitären Organisationen ihr Ruf und ihre Vertrauenswürdigkeit wichtig sind, dann fordern wir sie auf, uns zu besuchen, um sich mit eigenen Augen zu überzeugen vom Schmutz, der Niederträchtigkeit und der Unmenschlichkeit dieses Krieges, vom Ausmaß der Praktiken, Provokationen und Zerstörung der Grundbedingungen des menschlichen Lebens. Wir fordern Euch auf, die unschuldige Bevölkerung vor den grausamen Verbrechen von Quabus und von den Offizieren Ihrer Königlichen Hoheit der Königin von England zu retten, die uns ermorden im Namen des Islam und unter der Beschuldigung, Kommunisten zu sein. Wir fordern Euch auf, es nicht zuzulassen, daß der Islam von Quabus weiterhin Säuglinge, schwangere Frauen und ältere Menschen umbringt. Wir können Euch nicht aufrufen imNamen der stillenden Mütter Dhofars, denn in Dhofar gibt es wegen des Hungers und der fehlenden Nahrung kaum eine Frau, die ihr Kind mit Muttermilch ernähren kann.

Wir kämpfen für unser Volk, unsere Heimat und für Brot für unsere Kinder.

Wir fordern Euch auf, einzugreifen, um die Regierung unter Druck zu setzen, mit der Ziel der Aufhebung der Wirtschaftsblockade, die über Dhofar seit mehr als sieben Jahren verhängt wird.

Ihr müßt eingreifen, damit Schluß gemacht wird mit der Bombardierung der Häuser, der Felder und der Tiere, die die einzigen Existenzbedingungen darstellen.

(Veröffentlicht vom Komitee Gesundheitsdienst, Provinz Dhofar, November 1973)

Auszug aus einem zweiten Aufruf

Wir fordern Euch auf, dafür zu arbeiten, daß mit dem Morden an Kindern, Frauen und alten Menschen endlich Schluß gemacht wird. Ihr müßt dafür sorgen, daß die Regierung in Maskat unter Druck gesetzt wird, daß sie die Wirtschaftsblockade aufhebt, die seit sieben Jahren gegenüber der Landbevölkerung angewandt wird. Ihr müßt Euch dafür einsetzen, daß die Bombardierung von Wohnhäusern, von Feldern und von Tieren sofort gestoppt wird. Ihr müßt mithelfen, diese einfachen Lebensbedingungen zu schützen. Dieses ist unser dringendes Ersuchen im Namen von Hunderten von Kindern, die dem Hunger zum Opfer fallen, im Namen jeder schwangeren Frau, die abgemagert und von Krankheit schwer gezeichnet ist und deren Hoffnung, nach der Entbindung zu leben, nicht größer ist als die Unabwendbarkeit ihres Todes, im Namen von Hunderten von Menschen, die an Tuberkulose sterben. Wir wenden uns an jeden ehrenhaften Menschen in der Welt und an sein lebendiges und unabhängiges Gewissen.

Wir richten an Euch unsere Bitte, eine für 200 000 Menschen zu erwartende Hungerkatastrophe zu verhindern.

Die Augen unserer Kinder suchen Euch und hoffen darauf, von Euch Brot und Medikamente zu bekommen. In ihrem Namen richten wir unser dringendes Ersuchen an Euch – zum letzten Mal: setzt Euch ein für die bescheidensten Menschenrechte, für Brot für die Kinder, für die Kinder allein. (März 1974)

Spenden konto

Heidelberger Volksbank
Konto Nr. 205 012 00
Kennwort Dhofar.

INDIEN

Kampf gegen Hunger

Seit Ende des letzten Jahres sind die Arbeiter sämtlicher wichtiger Industrien des Landes wiederholt in den Streik getreten für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Wirtschaft wurde in vielen Bereichen zeitweise völlig zum Stillstand gebracht. Die Arbeiter im Staat Maharashtra führten zu Beginn des Jahres einen Generalstreik durch, um gegen steigende Preise und den Mangel an Nahrungsmitteln zu protestieren. In der großen Industrie- und Hafenstadt Bombay streikten innerhalb von drei Tagen etwa eine Million Arbeiter und legten den Verkehr in der Stadt lahm. Zur gleichen Zeit wurde die Ministerpräsidentin Indira Gandhi in der Stadt Nagpur am Reden gehindert, als die Massen ihr zuriefen: "Gib uns Nahrung, nicht Worte!" und sie mit Steinen und Schuhen bewarfen. Die Behörden setzten Polizei ein, um die Streiks und Demonstrationen zu unterdrücken. Allein in Bombay wurden 700 Demonstranten verhaftet, mehrere Menschen getötet und viele verletzt.

In den Staaten Maharashtra, Madhy Pradesh, Westbengalen, Bihar, Rajasthan, Gujarat und Mysore bemächtigten sich die hungrigen Massen der Nahrungsmittel in den Depots und Geschäften, wobei sie gegen die Polizei kämpften. In diesen Staaten war die Regierung manchmal während mehrerer Wochen nicht fähig, die Lage unter ihre Kontrolle zu bringen, Streiks, Kaufboykotte, Demonstrationen, Plünderungen und die Kämpfe auf dem Land zwischen Landarbeitern und Großgrundbesitzern zu verhindern. Es kam zum Generalstreik in der Hauptstadt Gujarats, Ahmedabad. Die bürgerliche Presse sprach vom "Zustand der Anarchie", den die Massen in wochenlangen Kämpfen in den dreißig Städten des Staates Gujarat herbeigeführt hätten. Das Verkehrs- und Verwaltungsleben in diesen Städten wurde teilweise lahmgelegt. Bei Massendemonstrationen wurden Regierungsgebäude von den empörten Massen in Brand gesetzt. Die Hochschulen des Landes wurden geschlossen, da sich die Studenten aktiv an den Kämpfen beteiligten. Indira Gandhis Regierung in Delhi verfügte das Eingreifen der Armee, nachdem die Ohnmacht der Landespolizei offenbar wurde, die Volksbewegung einzudämmen. Nach offiziellen Verlautbarungen waren bis dahin in Gujarat an die 40 Menschen im Verlauf der Kämpfe getötet worden. Zwei Wochen später mußte die von der Kongreßpartei dominierte korrupte Landesregierung wegen anhaltender Kämpfe abdanken. Der Bundesstaat wurde der direkten Verwaltung der Zentralregierung in Delhi unterstellt.

Im Bundesstaat Bihar erreichten die Massenkämpfe in der letzten Woche einen Höhepunkt. Die Empörung des Volkes über die hohen Lebensmittelpreise, den Mangel an Getreide und die unzulängliche Ausbildung in den Schulen äußerte sich in der Erstürmung oder Inbrandsetzung von Superhotels, großen Restaurants, von Geschäften und Tankstellen. Eine Demonstration von einigen 10 000 Menschen in Patna, der Hauptstadt des Staates, versuchte, die Haushaltsdebatte im Landtag zu verhindern. Durch das Eingreifen der Polizei kam es bei den harten Auseinandersetzungen offiziell zu fünf Toten und vielen Verletzten.

Die von der Zentralregierung nach Bihar entsandten Truppen mußten schon einen Tag nach ihrem erstmaligen Eingreifen ihre Patrouillen verdoppeln, da sich die Bevölkerung vom verhängten Ausgehverbot nicht einschüchtern ließ. Die Truppen haben Anweisung erhalten, ohne Anruf auf Plünderer zu schießen.

Wie ernst die herrschenden Klassen in Indien ihre Lage selber einschätzen, und wie sehr sie sich bewußt sind, daß aus Funken Steppenbrände entstehen können, zeigt sich darin, daß Indira Gandhi eine große Delegation der Kongreßpartei mit dem Verteidigungsminister und dem Innenminister an der Spitze nach Bihar geschickt hat. Mit den notwendigen Entscheidungsbefugnissen ausgestattet sollen sie die Landesbehörden beim Versuch der Niederschlagung des Aufstandes unterweisen. – U.K., Heidelberg –

»Der Sultan braucht Piloten«

Unter dieser Überschrift war im November 1973 in einer australischen Zeitung zu lesen:

"Das Sultanat Oman, ein kleiner arabischer Staat, bietet australischen Piloten hohe steuerfreie Gehälter, wenn sie in seine Luftwaffe eintreten.
Die Piloten würden wahrscheinlich in dem Feldzug gebraucht, den das Sultanat seit neun Jahren gegen lokale, von Kommunisten unterstützte Guerillas führt. Wegen der Außenpolitik des Sultanats ist es aber unwahrscheinlich, daß sie in irgendeine Aktion gegen Israel verwickelt würden.
Das Angebot an australische Piloten enthält ein steuerfreies Gehalt von 11 150 Dollar, was einem steuerpflichtigen Einkommen von bis zu 19 000 Dollar entspricht – die Annehmlichkeiten eines Junggesellenlebens, zehn Wochen Urlaub und jedes Jahr Kostenerstattung für Flüge in die Heimat.

Bewerber werden von einem Repräsentanten des Sultanats interviewt ...

Ein Sprecher des Australischen Pilotenverbandes sagte: 'In Australien gibt es viele Handelspiloten, die nicht voll beschäftigt sind, aber es muß schon ein ausgesprochener Abenteurertyp sein, der von diesem Angebot gefesselt wird.' "
(aus: Australian Express, 19.11.1973)

Die Hälfte des Himmels...

„DIE FRAUEN TRAGEN AUF IHREN SCHULTERN DIE HÄLFTE DES HIMMELS, UND SIE MÜSSEN SIE EROBERN." (MAO TSE TUNG) / BESPRECHUNG ÜBER EIN BUCH VON C.BROYELLE

Dieses Buch entstand aufgrund der Erfahrungen und Erlebnisse der Autorin bei einer China-Reise im November 1971. C. Broyelle ist mit einer Gruppe von Frauen nach China gefahren, um das heutige Leben der chinesischen Frauen und die Fortschritte bei ihrer Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung kennenzulernen. Durch Gespräche mit Arbeiter- und Bauernfrauen, mit Kindergärtnern und Kindern, mit alten Menschen, Krankenpflegern, Ärzten hat sie eingehend die Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Leben untersucht und schildert in diesem Buch, wie die heutige Stellung der Frauen in China aussieht. Sie beschreibt, wie die Frauen den häuslichen Herd verlassen haben, um der ganzen Gesellschaft zu dienen und nicht nur ihren Familien; sie zeigt, wie die Frauen sich Schritt für Schritt am Aufbau des Sozialismus beteiligt haben und wie sich die Hausarbeit aus der Frauenarbeit verwandelt hat in eine Arbeit aller.

Auch über die Veränderungen in der Erziehung und im Familienleben berichtet das Buch anschaulich. Es ist ein lebendiger Beweis dafür, daß in China die Arbeiterklasse die Macht hat und die Volksmassen unter der Führung der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus ständig vorwärtsschreiten. Wir empfehlen dieses Buch allen Lesern der Kommunistischen Volkszeitung und allen Menschen, die über die Fortschritte des chinesischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus erfahren wollen.

Im alten China waren die Frauen dem schwersten Leid ausgesetzt. Sie wurden nicht nur vom Imperialismus des Auslands und der reaktionären Regierung des Inlands, den einheimischen Grundherren und Kapitalisten unterdrückt und ausgebeutet, sondern sie litten auch unter dem Joch der 2 000 Jahre alten Ideologie der chinesischen Sklavenhalter-Philosophen Konfuzius und Menzius von der "Überlegenheit des Mannes und der Unterlegenheit der Frau". Sie hatten kein Recht, an den politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten teilzunehmen und auch in der Familie spielten sie eine untergeordnete Rolle.

DIE REVOLUTION IST DIE VORAUSSETZUNG FÜR DIE BEFREIUNG

"Die Frauen machen die Hälfte der Bevölkerung aus. Die wirtschaftliche Stellung der werktätigen Frauen und die Tatsache, daß sie besonders unterdrückt werden, beweisen nicht nur, wie dringend die Frauen die Revolution benötigen, sondern auch, daß sie eine für den Sieg oder die Niederlage der Revolution entscheidende Kraft sind." (Mao Tse-tung) Dadurch, daß hunderte Millionen von chinesischen Frauen gemeinsam mit den anderen Volksmassen aktiv an den revolutionären Kämpfen teilnahmen, wurde in China 1945 endlich die dunkle Herrschaft des Imperialismus, Feudalismus und Kapitalismus gestürzt. Mit der Befreiung des chinesischen Volkes wurde auch der entscheidende Schritt getan zur Befreiung der breiten Massen der werktätigen Frauen in China.

DIE UNGEHEURE MEHRHEIT DER FRAUEN IST AN DER GESELLSCHAFTLICHEN PRODUKTION BETEILIGT

Nach der Befreiung waren zunächst noch viele Frauen zu Hause geblieben, um sich um die Familien und Kinder zu kümmern. Aber überall erhoben sich die Arbeiter und Bauern, wurden alle Energien zusammengenommen, um den "Großen Sprung nach vorn" zu tun, d.h. den Sprung nach vorn in eine neue Etappe der Veränderung der Gesellschaft. Auf dem Land wurden die Volkskommunen aufgebaut, in denen die Bauern gemeinsam ihre Felder bewirtschafteten. Sollten die Frauen bei diesem Sturm abseits stehen? Der Vorsitzende Mao Tse-tung rief die Frauen auf, *"auf ihre eigenen Kräfte zu trauen, sich der Haushaltsaufgaben zu entledigen und sich an den produktiven und gesellschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen".* Zu Tausenden und Millionen entschlossen sich die Frauen, dieser Aufforderung zu folgen. Die Fabrik für medizinisches Gerät Tschao Yan in Peking ist ein typisches Beispiel für den Schritt der Frauen in die gesellschaftliche Produktion. Diese Fabrik wurde 1958 von den Frauen aus dem Stadtviertel aufgebaut. Zunächst waren es etwa 20 Frauen, die sich zusammenschlossen, um in dem Viertel eine Fabrik zu gründen. Das Straßenkomitee der Kommunistischen Partei stellte ihnen zwei leere Schuppen zur Verfügung. Die Schwierigkeiten schienen zunächst sehr groß: Sie waren zu wenige, sie hatten keine Ausrüstung, keine Kinderkrippe, keine Kantine, keinerlei Produktionserfahrung. Nach einer Umfrage bei den Bewohnern des Viertels entschlossen sich die Frauen, die am dringendsten benötigten Geräte zu produzieren: Wasserkessel, Ofenrohre, Tiegel. Ein Problem war es, Werkzeuge und Material zu erhalten, ein anderes, wie man es machen mußte. Schließlich gelang es nach anfänglichen Schwierigkeiten, Wasserkessel und Ofenrohre zu produzieren. Die Produktion wurde vom Staat akzeptiert. Mit der Zeit vergrößerte sich die Belegschaft auf über 300 Kollegen, darunter auch Männer und junge Schulabgänger. Die Produktion wurde dann ausgedehnt auf medizinisches Gerät, wie Schutzplatten gegen Röntgenstrahlen und Isolierschränke. Ein großes Problem war auch die Beaufsichtigung der Kinder. Zunächst wurde dies durch gegenseitige Hilfe der Nachbarn gelöst. Später bauten die Arbeiterinnen mit eigenen Händen eine Kinderkrippe und ein Restaurant im Bereich der Fabrik auf.

Solche kleinen Straßenfabriken wie Tschao Yan gibt es zu Tausenden in China. Sie wurden in den meisten Fällen von Frauen aufgebaut, die sich entschlossen haben, die Gesellschaft zu verändern, sich am Aufbau des Sozialismus zu beteiligen. Die 50-jährige Arbeiterin Ma Yü-yin von Tschao Yan erklärte dies so: *"Wir wollten nicht mehr nur unserer Familie dienen, wir wollten dem Volk dienen".* Die Straßenfabriken stehen im engsten Zusammenhang mit den örtlichen Bedingungen und produzieren für den unmittelbaren Bedarf der Massen.

EIN BEISPIEL FÜR DEN ERFOLGREICHEN WIDERSTAND DER FRAUEN GEGEN REAKTIONÄRE VORSTELLUNGEN

Beispiel der Pekinger Tschao-Yan-Fabrik kann noch mehr verdeutlicht werden. Die Arbeiterin Ma Yü-yin berichtet: *"In der Fabrik herrschte eine Atmosphäre von Solidarität, Begeisterung und Selbstlosigkeit. . . Aber unsere Erfahrung fand nicht überall Anklang. 1961 beschloß ein Teil der Fabrikleitung, die Produktion zu "rationalisieren"."* Dieser Teil der Fabrikleitung war den Befehlen der Pekinger Stadtverwaltung blind ergeben, die zu dem Zeitpunkt eine Bastion der Anhänger Liu Schao-tschis war. Liu Schao-tschi bekämpfte mit allen Mitteln die Macht der Arbeiterklasse und war gegen die Straßenfabriken. *"Sie entschied einfach, daß wir für die anfallenden Arbeiten zu zahlreich wären, und daß wir die Fabrikation der Wasserkessel einstellen sollten, da wir von jetzt an eine Fabrik für medizinisches Gerät wären. Mit welcher Mißachtung sie von unseren Wasserkesseln sprachen! Ein großer Teil von uns sollte nach Hause zurückkehren. Man glaubte, uns überzeugen zu können, indem man sagte, daß die Löhne der Männer erhöht würden, damit man zu Hause bleiben kann, um sich um die Familie zu kümmern. Was es so nicht viel leichter? Aber diese Pläne stießen auf den heftigen Widerstand der Frauen, der erklärten: "Wir werden nicht an unsere Herde zurückkehren, wir werden unsere Arbeitsplätze nicht aufgeben." Das Leben in der Fabrik wurde sehr gespannt. Es gab einen erbitterten Kampf zwischen jenem Teil der Fabrikleitung, die auf den unmittelbaren Profit der Fabrik aus war, und der vor allem die Befreiung der Arbeiterinnen verhindern wollte, und der großen Mehrheit der Arbeiterinnen, die so weitermachen wollte wie vorher. Dieser Kampf wurde bewußt geführt. Wir begriffen, was auf dem Spiel stand. In den meisten Fllen unterstützten uns unsere Ehemänner und die anderen Männer. In allen Fabriken hatte Liu Schao-tschi eine reaktionäre Offensive entfacht, die darauf abzielte, die kapitalistischen Produktionsnormen wieder einzuführen bzw. die Massen daran zu hindern, sie zu zerstören. Daraus erklärt sich, daß auch die Männer den Widerstand der Frauen verstanden und im allgemeinen unterstützten."*

Ungefähr 15 Frauen verließen unter diesem Druck die Fabrik. Sie gingen entweder in die großen Fabriken arbeiten oder kehrten ins Haus zurück. Ma Yü-yin berichtet weiter: *"Während der Kulturrevolution haben wir das Wesen dieser reaktionären Politik noch besser verstehen gelernt. Wir haben Kampagnen zur Denunzierung der sogenannten "Rationalisierungsmethoden" durchgeführt. Die meisten von denjenigen, die Liu Schao-tschis Positionen unterstützt hatten, wurden sich darüber im Klaren, welchen Interessen sie gedient hatten. Jetzt arbeiten sie Seite an Seite mit uns. Die Frauen, die die Fabrik verlassen hatten, sind fast alle wiedergekommen. . . In unserem Viertel gibt es praktisch keine Frauen mehr, die zu Hause bleiben, außer den Frauen, die schon zu alt oder bei schlechter Gesundheit sind, aber selbst für diese hat sich das Leben geändert. Sie helfen sich gegenseitig und übernehmen bestimmte häusliche Aufgaben, um diejenigen, die draußen arbeiten, zu entlasten; sie organisieren das politische und kulturelle Leben in den Wohnvierteln, sie sind nicht mehr isoliert wie früher. Diese Veränderung ist auf den "Aufbruch" tausender Frauen in die produktiven und gesellschaftlichen Aktivitäten zurückzuführen. . . Wir haben aus der Produktion eine scharfe Waffe gemacht, um uns zu befreien, um dem chinesischen Volk und der Weltrevolution besser zu dienen." (Aus: "Die Hälfte des Himmels)*

In den nächsten Nummern der Kommunistischen Volkszeitung werden wir noch über die Veränderungen bei der Hausarbeit, Kindererziehung und beim Leben der Familie berichten.

–R.W. Heidelberg –

C. Broyelle: Die Hälfte des Himmels. Frauenemanzipation und Kindererziehung in China. 173 Seiten. Nr. 49 der Reihe "Politik" des Verlags Wagenbach. Preis 7,50 DM.

Der bessere Imperialist

SOLSCHENIZYN IST EIN KRIEGSHETZER

Am 19.3.74 veröffentlichte die "Süddeutsche Zeitung" einen Auszug aus Solschenizyns "Offenem Brief an die sowjetische Führung". Hier rechnet, nach Meinung der bürgerlichen Journalisten, "ein geknechteter, immer für die Freiheit kämpfender Demokrat" (Solschenizyn) mit dem "menscheinfeindlichen, wirklichkeitsfremden Marxismus" ab.

Solschenizyns "schwerster" Vorwurf ist, daß der Marxismus schon 1848 den Nationalismus begraben hätte, der doch eine der größten Kräfte in der Welt sei. Sein ganzer Brief hingegen "ist Patriotismus – und bedeutet die Verneinung des Marxismus". Deshalb gibt er der sowjetischen Führung den patriotischen Rat:

"Hüten Sie sich, in jener Minute, da die ersten Kanonen an der sowjetisch--chinesischen Grenze feuern werden, in dieser zwiespältigen, schwankenden Lage mit dem unzureichenden und unausgeprägten Nationalbewußtsein unseres Landes dazustehen. – Sie haben doch gesehen, wie das mächtige Amerika gegen das kleine Nordvietnam verloren hat, wie leicht die Nerven der amerikanischen Gesellschaft und die Jugend aufgaben, weil nämlich in den Vereinigten Staaten das Nationalbewußtsein sehr schwach ausgeprägt ist. Lassen Sie nicht den Augenblick verstreichen." – Hier ist genau der Kern des ganzen dummen Gewäschs Solschenizyns über die "Unwissenschaftlichkeit des Marxismus". Nicht die Widerlegung des Marxismus ist sein Anliegen (für diesen Versuch fehlt ihm wohl auch die notwendige Kenntnis), sondern die noch nicht ausgefeilte imperialistische Politik der UdSSR stört ihn. Solschenizyn wirft dem amerikanischen Volk vor, sich von der "Nation und ihren Interessen" abgewandt zu haben und für das Ende des Krieges eingetreten zu sein. Er verliert kein Wort darüber, daß das amerikanische Volk gegen die imperialistischen Ziele und für die gerechten Forderungen der vietnamesischen Befreiungsbewegung nach Freiheit und Unabhängigkeit gekämpft hat.

Die gleiche Gefahr sieht Solchenizyn in der UdSSR. Er hat erkannt, daß das sowjetische Volk ähnlich dem amerikanischen gegen einen Angriff auf die VR China ist und sich nicht unter dem Deckmantel des Nationalismus vor den Karren der Sozialimperialisten wird spannen lassen.

Solschenizyn hat sich in seiner wahren Gestalt gezeigt: nicht als besserer Demokrat, sondern als besserer Imperialist.

–E.K., Göttingen–

Ausbeuter Kirche

DEN KAMPF FÜR DIE TRENNUNG VON KIRCHE UND STAAT FÜHREN!

Daß es mit der Macht der Kirche doch nicht so vorbei ist, erfahre ich tagtäglich auf meinem Arbeitsplatz, einem großen Frankfurter Krankenhaus, wo ich im Pflegedienst arbeite. Der Pflegedienst wird hier von Diakonissen geführt. Über die Eigentumsverhältnisse habe ich bisher noch keine klare Auskunft erhalten, aber es ist sicher, daß die evangelische Kirche auch gewisse Eigentumsrechte an dem Krankenhaus hat.

Schaut man sich die Frankfurter Krankenhäuser an, so fällt gleich auf, daß mit wenigen Ausnahmen (4) fast alle nicht privaten Krankenhäuser in irgendeiner Form mit der Kirche zusammenhängen: entweder gehört es der Kirche ganz, oder es besteht ein Pachtverhältnis, oder wird "nur" der Pflegedienst von der Kirche organisiert.

Daneben werden all diese Krankenhäuser von der Stadt, also vom Staat aus Steuermitteln bezuschusst, was faktisch nichts anderes bedeutet, als daß hier die Kirche über staatliche Mittel verfügt.

Finanziell lohnt sich die Sache für die Kirche auf jeden Fall: denn wenn sich an der Führung von Krankenhäusern auch nicht viel verdienen läßt, so wird dadurch doch zum Tei die Kirchenbürokratie finanziert und auch die Pfründe der hohen Bürokraten und Kirchenfürsten vergrößern sich dadurch. Einen großen Teil ihres Gewinns macht die Kirche dabei durch die besonders scharfe Ausbeutung der arbeitenden Schwestern.

Bei uns im Krankenhaus bekommen die Diakonieschwestern 50 DM weniger als die freien Schwestern. Die katholischen Schwestern, also die Nonnen, erhalten keinen Lohn. Ihren Lohn erhält die Kirche, sie selbst erhalten dann nur ein Taschengeld. Für Wachhunden der Geschäftsführung gemacht. Bei uns sind z. B. sehr viele Stationsschwestern von der Diakonie, die gerade durch ihre eigene Schufterei die schlimmsten Antreiber sind. Man hört pausenlos die Argumente von "Humanismus" und "Idealismus" fallen

Bei dieser hierarchischen Betriebsorganisation, legitimiert durch die



In Bonn demonstrierten am 23. März zahlreiche Frauen, die mit ausländischen Männern verheiratet sind, gegen die reaktionären Ausländergesetze. Wenn eine deutsche Frau einen Ausländer heiratet, bekommt der Mann nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, wie es umgekehrt der Fall ist. Die rechtlich völlig ungesicherte Lage dieser Familien wird bei Ausweisungen deutlich.

ihre Verpflegung und Unterbringung sorgt dann auch die Kirche.

Unter der Parole des Idealismus, der angeblich zu diesem Beruf notwendig sei ("Die Schwester bleibt, solange sie gebraucht wird!") arbeiten diese Schwestern oft 10 bis 12 Stunden am Tag, ohne die Überstunden bezahlt zu bekommen. Da diese Schwestern am Lohnkampf gar kein Interesse haben, können sie zu jeder Zeit als Streikbrecher, aber auf jeden Fall als Spalter einer einheitlichen Kampffront eingesetzt werden. Damit das jederzeit gewährleistet ist, ist den Diakonieschwestern sowohl als auch den katholischen Schwestern die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft verboten.

Mit kleinen Bestechungen, mit scheinbaren kleinen Machtpositionen werden sie dabei zu Aufsehern und kirchliche Ideologie, die hier direkt zur Verschleierung der Ausbeutung dient, ist es kein Wunder, daß von der ganzen Belegschaft (450 Mann) nur 25 Menschen in der ÖTV organisiert sind.

Wollen wir in den Krankenhäusern den Kampf für die Rechte der Arbeiter und Angestellten aufnehmen, so wird unsere wichtigste Aufgabe sein, die Kirche im Betrieb als kapitalistischen Unternehmer zu entlarven und bloßzustellen, daß hinter den salbungsvollen Sprüchen nichts als nackte Ausbeutung zum Vorschein kommt. Wir müssen die Arbeiter und Angestellten für die gewerkschaftliche Organisierung gewinnen

Wir müssen die Forderung nach der Entmachtung der Kirche, nämlich ihrer Trennung vom Staat, propagieren.

K.K., Frankfurt

KATHOLISCHER FILM ÜBER ABTREIBUNG

Die schmutzige Moral der Kirchenfürsten

DIE KIRCHLICHEN MORALHÜTER SIND SCHWEINE UND MENSCHENVERÄCHTER

In der Diözese Köln zeigte die Katholische Kirche in den letzten zwei Jahren in über hundert Pfarreien einen Film gegen die Abtreibung und gegen die Aufhebung des § 218. In diesem Film wird 10 Minuten lang, in Großaufnahme und in Farbe, eine Abtreibung gezeigt. Um Abscheu und Empörung gegen die Abtreibung zu wecken, zeigten diese dreckigen Moralhüter eine Abtreibung im fünften Monat der Schwangerschaft, die fast nie vorgenommen wird und bei der der schon gewachsene Fötus wegen seiner Größe zerstückelt werden muß. Als Horrorschau zeigten sie diesen schwierigen und gräßlich anzusehenden Eingriff bis ins Detail, um den zur Kirche irrenden Menschen ihre schmutzige Moral und ihre menschenverachtenden religiösen Zwänge schockartig einzuprägen.

Die Illustrierte "STERN" berichtete über diesen Film. Wer das gelesen oder gesehen hat, dem wird deutlicher bewußt, warum die Bonzen der Katholischen Kirche die Sendung eines anderen Film verhinderten, in dem eine Abtreibung gezeigt wird, die mit der schonenden und annähernd schmerzlosen Methode der Absaugung vorgenommen wurde. (Wir berichteten darüber in der letzten KVZ.) Eine vergleichsweise harmlose und leichte Methode der Abtreibung sollte nicht gezeigt werden. Und nicht gezeigt werden sollte, wie eine Abtreibung vor sich gehen kann, die nicht unter den unwürdigen und gefährlichen Bedingungen steht, wie sie unter dem Verbot jetzt jeden Tag tausendmal vorgenommen wird. Gezeigt werden sollte nicht, daß aufrechte Ärzte und eine mutige Frau sich öffentlich über das bestehende Unterdrückungsgesetz § 218 hinwegsetzten.

Abtreibung soll nacn dem Willen der Bischöfe gefährlich für die Frau und verboten bleiben, auch wenn die soziale Lage tausendmal am Tag Frauen zur Abtreibung zwingt.

–bb–